

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonnabend, den 14. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljahr 2,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. In der Provinz für Deutschland und Ostpreußen 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Ungarn, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montagen.

Die Interaktions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilene Kolonelle ober deren Raum 10 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Besammlungs-Anzeigen 20 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (letzte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenanzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Macht geht vor Recht.

Das Kompromiß in der Polenvorlage ist heute von der Kommission angenommen worden. Die Regierung fordert danach statt der ursprünglichen 400 Millionen Mark jetzt 275 Millionen. Sie verzichtet auf das Recht, die Bezirke, für die das Enteignungsrecht gelten soll, durch königliche Verordnung zu bestimmen, wird vielmehr diese im Gesetze selbst bezeichnen. Auf Wunsch der Regierung, die noch Erhebungen vornehmen will, werden diese Bezirke erst bei der Beratung im Plenum genannt werden. Trotzdem die Kommission so gerade über das wesentlichste im unklaren gelassen wurde, stimmte die Majorität nach Ablehnung eines Verzögerungsantrages dem Gesetze zu. Danach lautet der entscheidende Paragraph:

„Zur Sicherung des gefährdeten Deutschtums wird dem Staate behufs Erwerbung und Stärkung der bestehenden Ansiedlungsgruppen (je eine Ansiedlungsgruppe in jeder Provinz) das Recht zur Enteignung solcher Grundstücke verliehen, die zu diesem Zweck erforderlich sind. Ausgeschlossen ist die Enteignung von Gebäuden, die dem öffentlichen Gottesdienst gewidmet sind und Begräbnisstätten.“

Nach den Erklärungen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen ist kaum noch ein Zweifel, daß die Vorlage auch im Plenum des Abgeordnetenhauses angenommen werden wird.

Um das Ungeheuerliche des Gesetzes zu kennzeichnen, muß man die bisherigen Resultate der Polenpolitik kurz beleuchten.

Diese Politik hat vollständig Bankrott gemacht, nachdem dafür 350 Millionen Mark verbraucht worden sind. Nichts weniger als Bankrott haben aber dabei die ostpreussischen Junker gemacht. Die Ansiedlungskommission war bestraft, große Güter anzukaufen, sie zu parzellieren und darauf deutsche Bauern anzusiedeln. In derselben Richtung arbeiteten aber auch polnische genossenschaftliche Organisationen, und da die polnischen Arbeiter, die in der Fremde etwas Bargeld erspart haben, in die Heimat zurückgekehrt, landhungrig für jede Landparzelle glänzende Preise zahlten, wurden die Landpreise fortwährend die Höhe getrieben.

Die Ansiedlungskommission zahlte pro Hektar 1886: 568 M. und dieser Preis blieb bis ungefähr 1895 der gleiche. 1900 betrug er aber schon 809 M. und 1906: 1386 M. In den letzten 6 Jahren also eine Preissteigerung um mehr als 70 Proz., seit 1895 aber um 142 Proz. Kein Wunder, daß die gut nationalen deutschen Grundbesitzer sich zum Verkauf drängten. Die Polen verkauften dagegen nicht an die Ansiedlungskommission, sondern an die polnischen Parzellierungsbanken, die die Parzellen zu den wahnsinnigen Preisen, die die Tätigkeit der deutschen Ansiedlungskommission geschaffen hatte, an polnische Arbeiter und Kleinbauern verkauften.

Die Spekulation, sowohl die polnische als die deutsche, machte dabei glänzende Geschäfte. So verging eine solche polnische „Parzellierungsbank“ ihre Geschäftsanteile mit nicht weniger als 25 Prozent. Diese Profite wurden aus den armen polnischen Arbeitern, Händlern und Kleinbauern herausgeschlagen, die mit ihren Ersparnissen auch zu den wahnsinnigsten Preisen Grund kaufen.

Aber die deutschen Großgrundbesitzer blieben hinter den ebenso raffgierigen polnischen Spekulanten nicht nur nicht zurück, sie haben sich zum Teil mit ihnen verbündet! In der amtlichen Denkschrift über die Polenpolitik findet man folgende vorsichtige Bemerkung:

„Das deutsche Güterangebot kennzeichnet sich dadurch, daß es fast durchweg dringlich und unter der Drohung mit dem Verkauf an die polnische Hand austritt.“

Wie das geschieht, schildert ein genauer Kenner der Verhältnisse, Prof. Ludw. Bernhard, folgendermaßen: Der deutsche Grundbesitzer bietet sein Gut dem Fiskus an, an demselben Tage aber verkauft er es an einen polnischen Händler. Um jedoch seinem Patriotismus gerecht zu werden, reserviert er sich bis zum Ablauf von vier Wochen ein Rücktrittsrecht und gestattet dem Fiskus, sich vier Wochen zu überlegen, ob er das Gut „retten“ will. Im Kaufvertrag aber, der z. B. den Preis von 600 000 M. festsetzt, wird folgendes vereinbart: Wenn der Fiskus in den Kauf eintritt, soll er 30 000 M. mehr zahlen. Dieser Gewinn aber soll zwischen dem Spekulanten und dem Rittergutsbesitzer geteilt werden. Der polnische Spekulant erhält so entweder das Gut immer noch um 30 000 M. billiger als der preussische Staat oder aus der Staatskasse 15 000 M., die sein Betriebskapital vermehren. Solche Fälle sind aber durchaus keine Seltenheiten, und Kenner des ostdeutschen Gütermarktes behaupten, die polnischen Spekulanten decken einen großen Teil ihrer unvermeidlichen Verluste mit solchen Neugeldern.

Unsere nationalen Großgrundbesitzer lieben sich die glänzende Gelegenheit nicht entgehen, in direkt betrügerischer Weise öffentliche Gelder in ihre Taschen zu stecken. Die Ansiedlungskommission bekam fast nur mehr deutsche Güter; in den letzten Jahren kamen höchstens 7-10 Proz. ihres Gesamtankaufes aus polnischen Händen, das übrige vom deutschen Großgrundbesitz.

Man begreift daher Wilsons Klage in seiner letzten Polenrede, die den Bankrott der bisherigen „nationalen“ Politik angeht:

„Der Kampf des Staates mit dem Polentum um den Boden und die Ausnutzung der durch diesen Kampf hervorgerufenen eigenartigen Situation durch ein rücksichtsloses Spekulantentum hat auf dem Gütermarkte der Ansiedlungsprovinzen durch aus ungesunde Zustände hervorgerufen, für die mit der Bezeichnung einer vollständigen Demoralisation nur zutreffend erscheint.“

Das Resultat dieser glorieichen Politik ist nicht nur eine ungeheure nationale Verbitterung, die Kompromittierung Preußen-Deutschlands im Auslande, eine Heranzüchtung einer gewissenlosen deutschen und polnischen Spekulation, eine Vereinerung des Großgrundbesitzes zum Teil aus öffentlichen Geldern, zum Teil durch die gewissenlose Ausnutzung des kleinbäuerlichen Landhungers, sondern zum Schluß auch noch eine Vermehrung des polnischen Besitzes. Dieser hat von 1896 bis 1901 um rund 100 000 Hektar zugenommen. Und für dieses Resultat werden 350 Millionen Mark aus Steuergeldern verpulvert!

In der bisherigen Weise ging es daher nicht weiter. Die Polenpolitik hatte geendet in Demoralisation, in gewissenloser Spekulation, in nacktem Betrug, in einer völligen Blamage der nationalen Ehrfurcht, in einer Kompromittierung vor allem des deutschen Großgrundbesitzes des Ostens. Aber die Regierung will den wahnsinnigen Versuch, im tiefsten Frieden die eigenen Staatsbürger von ihrem Grund und Boden zu vertreiben, nicht aufgeben. Und da dies gesetzlich einfach unmöglich ist, greift sie zum letzten verzweifeltsten Mittel: bankrotter Regierungssysteme, zur Gewalt! Denn dies und nichts anderes bedeutet das neue Polengesetz. Es ist trotz aller Bemäntelungsversuche der Regierung ein offenes Ausnahmengesetz. Zwar wird vermindert, zu sagen, daß nur die Polen minderen Rechts sein sollen als die Deutschen. Dafür werden aber bestimmte Bezirke bezeichnet, in denen die Eigentümer minderen Rechts sein sollen als alle anderen Deutschen. Und zu diesem Unrecht des Ausnahmengesetzes soll dann noch die Lücke der Verwaltung treten, die in diesen Bezirken wieder nur die Polen treffen soll. Dieser Gesetzesvorschlag widerspricht nicht nur jedem Gerechtigkeitsgefühl, er widerspricht der Verfassung Preußens sowohl als der des Reiches. Wird der Vorschlag Gesetz, so sind nicht mehr alle Preußen gleich, wie es im Art. 4 der Verfassung heißt, sondern die Preußen in bestimmten Bezirken sind vor dem Gesetz schlechter gestellt als die anderen. Verletzt ist vor allem aber auch die Reichsverfassung, die jedem Staatsbürger das Recht auf Ansiedelung gibt und ihn in seinem Recht auf Wohnung schützt, während sich Preußen jetzt das Recht anmaßt, gewisse Staatsbürger an der Ansiedelung zu verhindern, oder die Angehörigen zu vertreiben.

Diese Verletzung der Reichsverfassung macht es dem Reichstag zur Pflicht, die Gesetzesvorschläge der preussischen Regierung vor sein Forum zu ziehen. Wenn der Reichstag nicht vollständig auf jede Bedeutung in Verfassungsfragen verzichten will, darf er nicht ruhig zusehen, wie die Regierung eines Bundesstaates die Reichsverfassung verletzt, um den völligen Bankrott einer verderblichen Politik zu verschleiern!

Block-Gegensätze.

Die Konservativen zeigen sich durchaus nicht geneigt, der steuerpolitischen Taktik des freisinnigen Blockflügels Rechnung zu tragen. Auf dem gestern in Berlin abgehaltenen Delegiertentage der deutsch-konservativen Partei haben sich die Parteiführer sehr energisch gegen direkte Reichssteuern und die Erhöhung der Reichserbschaftsteuer ausgesprochen. Freiherr v. Manteuffel sagte nach dem Berichte der „Neuzig“:

Für die Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer und für direkte Reichssteuern werde die konservative Partei keinesfalls zu haben sein. (Lebhafte Zustimmung.) Ebenso wenig werde die Partei jemals am preussischen Wahlrecht im Sinne des Reichswahlrechts rütteln lassen oder gar für Preußen das Reichswahlrecht annehmen. (Bravo!) Das Alibi-Mittel, um den Block zusammenzuhalten, scheint man an mancher Stelle darin zu finden, daß allein die Konservativen Konzeptionen machen. Es werde gesagt, die Konservativen hätten bis jetzt nichts als Vorteile gehabt. Es sei nicht richtig, daß die Minister konservativ seien. Aber er — Redner — wolle lieber von einem liberalen Ministerium konservativ, als von einem konservativen liberal registriert werden. (Große Heiterkeit und allgemeiner Beifall.) Die konservative Partei müßte das sein und bleiben, was sie bisher war, königlich und recht, um eine feste Stütze von Thron und Altar zu bleiben. (Anbauernder Beifall und Händeklatschen.)

Staf Mirbach-Sorquitten protestierte ebenfalls gegen den angeführten „Zinsabmarsch“ und forderte energischen Widerstand gegen alle liberale Politik:

Gehen wir zur Offensive über, so erreichen wir unbedingt das, was überhaupt erreichbar ist. ... Zu der heute in allen Ländern modernen Verbeugung vor den großen Mächten gehört auch der Ansturm auf die bestehenden Wahlrechte — auch auf das preussische Wahlrecht, das sich, wenn man objektiv urteilt, voll bewährt habe. Es schänt uns wirksam vor den Sozialdemokraten — es bevorzugt keine politische Partei — die liberalen Parteien haben eine lange Reihe von Jahren hindurch im preussischen Abgeordnetenhause eine starke Majorität gehabt. Heute ist die konservative Partei dort stark, aber eine Majorität verfügt sie aber nicht.

Auch Herr v. Normann, der Vorsitzende der konservativen Reichstagsfraktion, erklärte, für eine Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer und für eine Einführung direkter Reichssteuern werde die Fraktion unter keinen Umständen zu haben sein. (Lebhafte Beifall.) Im übrigen mahnte der Redner zum Abwarten. Die politische Lage sei heute ungemein schwarz, aber die parlamentarischen Vertreter würden sich ihr gewachsen zeigen.

Die konservative Parteileitung sucht klar ersichtlich die Regierung dahin zu drängen, die Zigarren-Vanderrollesteuer, das Spirituosenmonopol und die Dividendensteuer dem Reichstage als Mittel zur Sanierung der Reichsfinanzen vorzuschlagen. Zur Annahme solcher Steuern werden sich aber die Herren Wiener, Kopsch und Müller schwerlich bequemen, gehören doch die Börsekreise und Schnapsindustriellen zu den zahlungsfähigsten Gönnern der Freisinnigen Volkspartei. Ohne ihre Zusätze kann die freisinnige Parteileitung nicht auskommen.

Deshalb bereitet auch dem Freisinn die Steuerpolitik der Konservativen ein weit größeres Unbehagen als aller Widerstand der Junker gegen die Änderung des preussischen Wahlrechts im freisinnigen Sinne. Rag Freiherr von Manteuffel noch so energisch erklären, die Konservativen würden an dem Dreiklassenwahlrecht nicht rütteln lassen — das sieht die freisinnige Parteileitung nicht an, denn die Wahlreform ist im Grunde genommen den geldgebenden Kreisen, aus denen die freisinnige Geschäftsführung die Mittel für ihre politischen Geschäftskosten bezieht, recht gleichgültig, während die konservativen Steuerpläne sie dort treffen, wo sie am empfindlichsten sind, am Sitz ihrer Portemonnaies.

An der Wahlrechtsfrage wird deshalb auch der Block kaum scheitern, selbst wenn, wie die „Deutsche Tageszeitung“ ankündigt, es im preussischen Abgeordnetenhause auf diesem Gebiet „nieder zu keiner gesetzgeberischen Aktion“ kommen sollte. Wenn der Block scheitert, dann an den steuerpolitischen Gegensätzen.

Der Block begeht sein Geburtstagsfest Durch Börsenspiel und Wechselprotest.

Aus dem Reichstag. In der feierlichen Stunde der ersten Geburtstagsfeier des Blocks, wie ein antisemitischer Bloctredner rührend hervorhob, brachte der Reichstag zunächst die erste Lesung der Novelle zum Börsengesetz zu Ende.

Genosse Singer legte den Standpunkt der Sozialdemokratie zu dem Gesetzentwurf dar, indem er die Halbheit der Reform als ein den Agrariern von der Regierung und den Liberalen dargebrachtes Opfer kennzeichnete: Die Sozialdemokratie habe weder an der Börse im allgemeinen noch an der Produkturbörse im besonderen ein direktes Interesse. Nur unter dem Gesichtspunkte, daß auch die Börse dazu dienen kann, dem Volke billiges Brot zu geben, beurteilen wir die Frage. Da unter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung die Börse ein Ding der Notwendigkeit sei, so müsse es als ein Unförm bezeichnet werden, an die Börse andere moralische Maßstäbe zu legen, als an die kapitalistische Gesellschaft überhaupt. Die Moral der Börse sei genau so gut oder so schlecht wie die Moral der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt. Der Widerstand, den Terminhandel in Getreide im allgemeinen zu verbieten, aber ihn gewissen Personen unter gewissen Umständen doch gestatten zu wollen, habe im Entwurfe zu Unklarheiten geführt. In diesem Blickwerk trete deutlich zu Tage, was dabei herauskomme, wenn man den Agrariern Gelegenheit biete, die Mängel der Gesetzgebung zu ergreifen, um sich Vorteile zu verschaffen. Unsere endgültige Stellungnahme werden wir davon abhängig machen, ob es in der Kommission gelingt, den Entwurf zu verbessern. Aber das wolle er erklären: unter keinen Umständen werden wir uns darauf einlassen, der von den Agrariern geplanten Einführung des Deklarationszwanges (für die amtliche Buchung der einzelnen Umsätze im Börsengeschäfte) zuzustimmen.

Für die Wirtschaftliche Vereinigung sprach ein gewisser Herr Böhm, der neue Abgeordnete für Marburg, der in unfreiwilliger Selbstverhöhnung sich im parlamentarischen Handbuch als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter des Verbandes gegen die Sozialdemokratie“ angepriesen hat. Von seiner Wissenschaftlichkeit legte er gleich einen überzeugenden Beweis ab, indem er Singers Ausführungen, die Moral der Börse entspreche der Moral der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, mit der Behauptung zu übertrumpfen glaubte, in der sozialistischen Gesellschaftsordnung würde es an der Börse auch nicht moralischer hergehen. Dieser „wissenschaftliche Hilfsarbeiter“ des Liebert-Ringes weiß also noch nicht einmal, daß die sozialistische Gesellschaftsordnung eine Einrichtung wie die Börse überhaupt gar nicht haben kann. Das Argument ist ganz reichverwundlich. Man sieht daraus wieder einmal, daß die Hochflut der Holtentotenwahlen Leute von geradezu phänomenaler politischer Unwissenheit in den Reichstag hineingeschwemmt hat.

Der Direktor des Bundes der Landwirte, Diederich Hahn, brachte alle möglichen Dinge über die Entwicklung des Bankwesens und die Gründung von Aktiengesellschaften vor, die mit der Frage des Terminhandels gar nichts zu tun haben, immer in jenem überschnidigen Leutnantston, durch den Sproßlinge der Bourgeoisie mit degeneriertem Ehrgefühl

es jedermann in die Ohren zu wedern suchen, daß sie's wahrhaftig und gewiss in ihrem Militärverhältnis bis zum Leutnant oder gar Hauptmann der Reserve gebracht haben. Der wichtigste Punkt in Hahn's Ausführungen war, daß die Konservativen in der Kommission auf die Einführung des Deklarationszwanges hinarbeiten werden.

Nach einigen weiteren Ausführungen, in deren Verlauf der Abg. Dove von der Freisinnigen Vereinigung die Anschauungen der Berliner Kaufmannschaft zur Geltung brachte, wurde der Gesetzentwurf einer 23gliedrigen Kommission überwiegen.

Bei dem Gesetzentwurf über den Wechselprotest handelt es sich um einige Erleichterungen bei Einleitung der gerichtlichen Klage wegen Nichtzahlung eines Wechsels. Im Prinzip waren alle Parteien damit einverstanden, daß künftig die Protestmeldung auch von den Postbeamten angenommen werden solle. Der freisinnige Abg. Blahy legte indes Verwahrung dagegen ein, daß die Post sich die Neueinrichtung zu fiskalischem Zwecke dienstbar mache. Der Generalpostmeister Kraetke bestritt, daß das beabsichtigt werde, worauf Genosse Frank namens der Sozialdemokratie erklärte, jedenfalls müsse im Gesetz dafür Sorge getragen werden, daß nicht etwa später einmal die anfangs niedrigen Gebühren im Verordnungswege erhöht würden. Wenn man aber den Postunterbeamten eine solche neue Aufgabe aufbürdet, die von Vertrauen zu ihrer Willigkeit und Leistungsfähigkeit zeuge, so sei zu hoffen, daß das auch zu einer Gehaltserhöhung für diese Postbeamten führen werde.

Der Gesetzentwurf ging an eine Kommission von 14 Mitgliedern. Dann vertagte sich das Haus bis zum 8. Januar.

Wer besitzt die Sparkasseneinlagen?

Die Bourgeoispreffe pflegt gewöhnlich, wenn ihr an den offiziellen Zahlen der Einkommen- und Vermögenssteuerstatistik nachgewiesen wird, in welcher Weise sich das Nationalvermögen immer mehr in den Händen einer kleinen Schicht Befriedigter anhäuft, auf das wachsende Vermögen des kleinen Mannes, die Sparkassen hingewiesen. Wir haben uns demgegenüber schon wiederholt das Vergnügen gemacht, nachzuweisen, daß auch der größere Teil des in den Sparkassen niedergelegten Vermögens gar nicht auf das Proletariat, auf Arbeiter, Arbeiterinnen, Dienstboten usw., entfällt, sondern auf nichtproletarische Bevölkerungsschichten. Diese oft geleugnete, aber nicht zu widerlegende Tatsache wollen wir auch diesmal wieder erhärten.

Nach dem soeben erschienenen Jahresbericht des „Sparkassenverbandes für die Provinz Hessen-Nassau und das Fürstentum Waldeck“ belief sich während des Geschäftsjahres 1906/07 der Gesamtbetrag der Spareinlagen auf 430 Millionen Mark, die sich auf 648 000 Sparkassensbücher verteilten. Von diesen entfielen auf:

1— 60 M.	191 000	Sparkassensbücher
60— 150 „	92 000	„
150— 300 „	87 000	„
300— 600 „	93 000	„
600— 3 000 „	158 000	„
3 000—10 000 „	21 000	„
über 10 000 „	2 000	„

Rechnen wir auf die 191 000 Sparkassensbücher mit 1 bis 60 M. die Durchschnittssumme von 30 M., so besaß diese zahlreichste Schicht der Einleger eine Gesamteinlage von 5 730 000 M. Nehmen wir dagegen die Einlagen über 10 000 M. mit durchschnittlich 15 000 M. an, so ergibt sich für diese 2000 Einleger der Betrag von 30 000 000 M., also das Häufschafte der Einlagen der 191 000 kleinsten Einleger!

Doch weiter: 272 000 Einleger besaßen Sparkassensbücher mit 60—600 M. Nehmen wir eine Durchschnittseinlage von 300 M. an, so besaßen diese 272 000 Sparer zusammen 81 600 000 M. Berechnen wir dagegen die Durchschnittseinlage der 21 000 nichtproletarischen Einleger mit 3000 bis 10 000 M. Einlage auf 60 000 M., so besaßen sie 126 000 000 M., also mehr als das Anderthalbfache der 272 000 proletarischen Sparer! Auf die 158 000 Einleger mit einer Einlage von 600—3000 M. endlich entfiel bei 1500 M. Durchschnittseinlage der Betrag von 234 000 000 M.! Rechnet man hieron die Hälfte, also 117 000 000 M. auf proletarische Einleger, so ergibt sich das Resultat, daß auf die nichtproletarischen Sparkasseneinleger der Betrag von 30 + 126 + 117 = 273 Millionen entfällt, auf die proletarischen Einleger nur der Betrag von 204 Millionen!

Man sieht also, daß eine solche Durchschnittsrechnung — deren Richtigkeit sich aus der Addition der Gesamtbeträge ergibt, die von der wirklich vorhandenen Summe der Einlagen (430 Millionen), während sich bei unserer Durchschnittsrechnung 477 Millionen ergaben) nur unwesentlich abweichen — das Resultat liefert, daß weit mehr als die Hälfte der Einlagen selbst der Sparkassen aus nichtproletarischen Kreisen stammt!

Politische Ueberlicht.

Berlin, den 13. Dezember 1907.

Die Unstimmigkeiten im Flottenverein.

Es ist bemerkenswert, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bis jetzt jede Stellungnahme zur Krise im Flottenverein vermieden hat. Das ist umso merkwürdiger, als doch Prinz Ruprecht der Sohn des bayerischen Kronprinzen, also selbst künftiger Thronfolger ist. Das Schweigen des offiziellen Blattes läßt darauf schließen, daß man die Angelegenheit als eine sehr delicate betrachtet, die mit höchster Vorsicht zu behandeln ist. Das offizielle Blatt hätte umso mehr Ursache, sich zu äußern, als die „Germania“ die Vermutung ausgesprochen hat, daß die Wahl Keims die Billigung des Reichskanzlers gefunden habe. Ja, das „Veipz. Tageblatt“ hat sogar behauptet, daß ein anderer hoher Protektor des Flottenvereins, Prinz Heinrich von Preußen, der Bruder des Kaisers, eine Gegenklärung erlassen habe! Alles das rührt das offizielle Blatt, rührt den Fürsten Wilow nicht, der doch schon offizielle Berichtigungen beantragt hat, wenn er Gefahr liefe, als schlechter Geschichtsklener zu gelten!

Wilhelm II. wird ja am Sonnabend wieder in Berlin eintreffen, so daß vielleicht dann den Offizieren die Junge gelöst wird. Einmal weilen bleibt es der „Post“ überlassen, zu erklären, daß Wilow nicht nur die Wahl Keims begünstigt, sondern sogar in einer Unterredung mit dem Freunde und Gönner Keims, dem Fürsten Salim, vergebens versucht habe, die jetzt eingetretene verhängnisvolle Wendung zu verhüten.

Die Stellungnahme der Konservativen gegen Keim ist ja, wie wir schon früher andeuteten, leicht zu verstehen. Ihre Sympathien für die „gräßliche Flotte“ läßt und nur das Ergebnis diplomatischer Rücksichtnahme auf „allerhöchste“ Wünsche sind. Nationalliberale und Freisinn aber, die ebenfalls gegen Keim polemisieren, tun das hauptsächlich aus Scheinlichkeit, obwohl sie sich dem Flottenvereinsdemagogogen wegen seiner Bekämpfung des Zentrums eigentlich verpflichtet fühlen. Das begreift auch die „Germania“, die sehr zutreffend bemerkt:

„Wir wissen freilich wohl, wie wie das Auftreten der Modpresse gegen eine politische Betätigung des Flottenvereins einzuschlagen haben. Man ist im Augenblick erschrocken, als man in dem Verhalten des Prinzen Ruprecht erlaunte, daß die Wahl Keims am Ende doch recht unangenehme Folgen haben könnte. Wenn aber wieder Reichstagswahlen wären und Herr Keim in alter Weise seine parteipolitische Tätigkeit entfaltet, so würde man ihn unbedingt in Schutz nehmen.“

Vertreter reichsdeutscher Hochkultur.

Die Zeitschrift „Morgen“ veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage bei deutschen und außerdeutschen Dichtern, die von der Redaktion dieser Wochenchrift um ein Gutachten zu dem Thema Maximilian Harden erfragt worden waren. Wie wir einer der eingegangenen Antworten entnehmen, hatte die Redaktion des „Morgen“ die posteriore Frage gestellt, „ob wir es bei Maximilian Harden mit einem Manne zu tun haben, der seine zweifellos hervorragenden Gaben zum Zwecke des allgemeinen Wohles verwendet, oder ob er sich ihrer lediglich in seinem Privatinteresse bedient.“

Wunder naive Deutschen, wie die befragten Poeten, würden aus dieser Frage auf die Absicht einer Verurteilung geschlossen haben. Denn wenn man Literaten um ein Urteil angeht, so sollte es doch wohl ein literarisches sein. Das aber war ja bereits in der Frage in bejahendem Sinne vorweggenommen. Die Frage drehte sich also um die „Zwecke des allgemeinen Wohles“, also doch wohl um politische und soziale Dinge, von denen gerade unsere meist einem eiteln Artistentum verfallenen Künstler wirklich nicht allzubildet verstehen! Obendrein war die Frage noch so formuliert, ob Harden seine „zweifellosen Gaben“ „lediglich“ in seinem Privatinteresse „verwende“.

Die interviewten Poeten haben sich aber wirklich mystifizieren lassen. Geradezu enthusiastisch haben sie sich für Herrn Harden ins Zeug gelegt, die Dehmel, Bierbaum, Holz, M. G. Conrad, Schnitzler usw. Wir nehmen ihnen das übrigens nicht übel, da sie es offenbar für eine begriffliche Anstands-pflicht hielten, Herrn Harden, der ja abermals prozessiert werden soll, beizupringen. Daß sie im Fall Viehknacht kein Sterbenswörtchen von sich gaben, verargen wir ihnen ebensowenig. Sie waren ja nicht interviewt worden und pflegen sich überdies um wirkliche politische Dinge prinzipiell nicht zu kümmern!

Im übrigen mißgönnen wir Herrn Harden die Verherrlichung als „Vertreter reichsdeutscher Hochkultur“ (M. G. Conrad) umso weniger, als ja auch Herr Dernburg und Herr Peters die Vorberespanden deutscher Dichter frachtdagenweise einheimen konnten!

Aber ein zoon politikon ist der teutsche Dichter wahrhaftig nicht! —

Die agrarische Besorgtheit um die Volksgeundheit.

Nach der Behauptung der Agrarier und der sich als ihren Interessenvertretungsausführer fühlenden Regierung ist das deutsche Vieh seuchenfrei, das Vieh aller Nachbarländer dagegen total verseucht, so daß es zur Erhaltung der jungfräulichen Reinheit des deutschen Vieh- und Schweineviehes durchaus nötig ist, die deutschen Grenzen gegen die Vieheinfuhr aus dem Auslande abzusperren. Was von dieser Behauptung zu halten ist, zeigt die Tatsache, daß bald da, bald dort in den angeblich seuchenfreien deutschen Gebieten große innere Seuchenherde entstehen, ohne daß sich irgend welche Einschleppung nachweisen läßt. Jurgelt herrscht wieder mal in Döpreußen die Maul- und Klauenseuche. Das „Boiische Bureau“ berichtet darüber:

Die Maul- und Klauenseuche hat in der Provinz Ostpreußen gegenwärtig einen bedrohlichen Umfang angenommen. Während sie anfangs nur in den Grenzdistrikten auftrat, herrscht sie jetzt auch in verschiedenen Binnenkreisen. Nach amtlicher Zusammenstellung sind von der Seuche betroffen im Regierungsbezirk Gumbinnen sieben Kreise mit insgesamt 19 Gemeinden, im Regierungsbezirk Allenstein vier Kreise mit zusammen 22 Ortschaften, im Regierungsbezirk Königsberg fünf Kreise mit im ganzen 11 Gemeinden. Das Eindringen der Seuche aus den Grenzdistrikten in die inneren Kreise und die Entstehung zahlreicher Seuchenherde im Innern der Provinz ist im wesentlichen auf fahrlässige oder gar wissenschaftliche Verlegung der Anzeigepflicht seitens einer Reihe von Landwirten zurückzuführen. Wenn einem weiteren Fortschreiten der Krankheit Einhalt geboten werden soll, so wird es des einmütigen Zusammenwirkens der Viehbesitzer und aller an der Seuchenbekämpfung interessierten Organe bedürfen. Vor allem muß durch Anregung und Belehrung der landwirtschaftlichen Bevölkerung dafür Sorge getragen werden, daß sie nicht durch einseitiges und schuldhaftes Verhalten der Seuchenverbreitung weiteren Vorschub leistet.

Charakteristisch für die Selbstsucht der Agrarier ist, daß nach der eigenen Angabe des offiziellen Telegramms die „Entstehung zahlreicher Seuchenherde“ auf fahrlässige oder „gar wissenschaftliche“ Verlegung der Anzeigepflicht durch eine „Reihe von Landwirten“ zurückzuführen ist. Bei der Begründung der Grenzsperrung zeigen sich die Vertreter des Junkertums regelmäßig außer Besorgnis um die Gesundheitsverhältnisse des deutschen Volks und erzählen die schauerhaftesten Geschichten über die Gewissenlosigkeit der ausländischen Viehzüchter und Importeure; in Wirklichkeit geben, wie der offiziöse Bericht aufs neue beweist, die deutschen Viehhalter in dieser Beziehung ihren ausländischen Genossen durchaus nichts nach.

Auch ein Opfer der Blockpolitik.

Die „Nationalliberale Korresp.“ erzählt: „Tatsache ist allerdings, daß im vorigen Frühjahr mit den Herren Paasche und Hagemann wegen ihres Eintritts in das neu zu begründende Reichskolonialamt verhandelt worden ist. Und es ist ferner richtig, daß auf Witten des Herrn Reichskanzlers Herr Dr. Paasche sich bereit erklärt hat, das Amt des Unterstaatssekretärs zu übernehmen.“

Als Wilow mit Paasche im Frühjahr des vorigen Jahres wegen Ueberrnahme des Amtes des Unterstaatssekretärs für das neu zu schaffende Reichskolonialamt verhandelte, dachte man noch nicht an den Block. Um die während des vorigen Sommers so grimmig tobende freisinnige Kolonialkritik zum Schweigen zu bringen und die Paarung von Agrariern und Börsenspekulanten zu vermitteln, mußte dann Wilow Herrn Paasche fallen lassen und Herrn Dernburg zum Kolonialsekretär machen.

Herr Paasche hat diese schändliche Zurücksetzung offenbar noch immer nicht verwunden. —

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Sachsen-Altenburg.

Ronneburg, 13. Dezember.

(Privatbesuche des „Vorwärts“.)

Bei der Landtagswahl im 5. Wahlkreise erhielten der sozialdemokratische Kandidat Genosse Böhm 1036 Stimmen, der Reichsverbändler Kniese 759 und der Liberale Höfer 81 Stimmen. Genosse Böhm ist also gewählt. Bei der letzten Hauptwahl erzielten die Sozialdemokraten 902, die Gegner 697 Stimmen.

Der 5. altenburgische Wahlkreis umfaßt die Städte Eisenberg, Nahta, Roda und Orlamünde. Die Wahl wurde nötig durch den Wegzug des Genossen Horn aus Nahta. Er wurde zum Leiter des Konsumvereins in Bernburg gewählt. Die im Reichstagenverband organisierten Gegner hatten den Lötfermeister Kniese in Roda aufgestellt. Dem vereinigten Wahlstandsvereinigung und der Bund der Landwirte, nicht aber der liberale Verein an. Eine liberale Vertrauensmännerversammlung in Rera beschloß, nur dann für Kniese einzutreten, wenn er verspreche, „für Trennung von Schule und Kirche zu stimmen, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Landtag zu fordern, und sich die Agitation des Reichstagenverbandes zu verbieten.“ Das versprach auch anfangs der „Nichtparteiemann“ Kniese, dem angeblich nach seinem Wahlausruf „keine Parteibrille den Blick trüben“ sollte, der sein Einkommen „mit seiner Hände Arbeit“ erwerbe und „nicht an ein Parteiprogramm gebunden“ sein wollte. Er ließ sich aber von den Reichstagenverbandsagenten breit schlagen und gab keine bindende Erklärung für die liberalen Forderungen ab.

Aus diesem Grunde gingen dann die Liberalen gesondert vor. Der Wahltermin war zweimal verschoben worden, offenbar, um den bürgerlichen Zeit zu einer Einigung zu lassen, eine Maßnahme, die große Erbitterung in der Arbeiterschaft hervorrief. Wie das Wahlergebnis zeigt, hätten die Gegner auch beim Zusammengehen die Sozialdemokratie nicht zu werfen vermocht.

Die badische Vermögenssteuer, eine Reform der seit drei Jahren verstorbenen Finanzministers Suchenberger, wird jetzt in Wirkung treten. Die Kataster der neuen Einschätzung sind fertig und be weisen, daß die neue Steuer eine Entlastung der ländlichen Gegenden bedeutet. Bei einem Steuerfuß von 12 Pf. beläuft sich in den 58 Amtsbezirken der Vermögenssteuerertrag auf 10 400 000 M. Vergleicht man diese Verrechnung mit den Einzelergebnissen der bisherigen Ertragssteuer, so bleiben 21 Amtsbezirke mit zusammen 172 000 M. unter ihrer früheren Leistung zurück. Dagegen leisten die übrigen Distrikte ein Mehr von 1 1/2 Millionen. Das Maximum entfällt auf Pannheim bei einer totalen Vermögenssteuerleistung von rund 2 Millionen Mark; dann folgt Freiburg mit 1/2 Million Zunahme (950 000 M. Totalsteuer), während Karlsruhe mit seinem Steuerertrag von 1 070 000 nur um 174 000 gewachsen ist. Mehr als 3/4 der Erträge des Netto-Mehrertrages (1 400 000) belastet die fünf größten Städte.

Bekanntlich fordert die Sozialdemokratie in der Zweiten Kammer zur Abschaffung der staatlichen Fleischkaufpreise (800 000 M.) — nicht des Oktrois, wie neulich irrtümlich im „Vorwärts“ gesagt wurde — die Fixierung des Steuerfußes auf 12 Pf., während die Vertreter der Landwirtschaft durch Festhalten an dem 11 Pfennig-Satz diese Vorseitigung der indirekten Steuer hintertreiben wollen. Als Grund geben sie fälschlich an, die ländliche Bevölkerung leide unter der neuen Vermögenssteuer. Die Statistik widerspricht jedoch dieser Behauptung. —

Sie können es nicht verwunden.

Daß den rheinisch-westfälischen Industriehäuptern der Wahlkreis Duisburg-Mülheim durch die Wahl des Genossen Dengs-bach entzogen wurde, scheinen sie immer noch nicht verwunden zu können. Nach Berichten der nationalliberalen Presse des genannten Wahlkreises befaßt man sich zurzeit mit einer Reorganisation im nationalliberalen Herodeslager. Zunächst ist man daran, drei Lokalorganisationen unter einen Hut zu bringen. Die Jugendorganisationen im Kreise sollen schon zugestimmt haben. Dann will man einen nationalliberalen Parteisekretär für den Wahlkreis anstellen. Und wenn diese Formalitäten erledigt sind, dann soll eine „energetische Agitation“ einsetzen. Da wäre es nun Zeit für den Reichstagenverband, seine skrupellosen Klaffer zur Konkurrenz aufzufordern. Die großindustriellen Schornsteine im Duisburger Kreise sind dankbare Leute. —

„Stumms Werke.“

Der Coarbrüder Handelskammerpräsident Dr. A. Tille hat die Reden des verstorbenen Parlamentarier und Großindustriellen Freiherrn v. Stumm in gesammelt und druckfertig gemacht. Soeben ist der erste Band des großen Werkes herausgegeben, das 20 — in Buchstaben: zwanzig — Bände umfassen soll. Der Berliner Verlag von Otto Elsner wird sichverpflichtet auf eigene Gefahr diesen Wust auf den Büchermarkt gewälzt haben; denn für den Buchhandel ist das Werk so gut wie wertlos. Wer wird sich hinstellen und zwanzig Bände Stumm'scher Reden nachlesen, die einzig lediglich deshalb beachtet wurden, weil König Stumm, der Repräsentant der mächtigen Großindustriellen-Tippe sie hielt! —

Wertzuwachssteuer. Gleich der Ersten Kammer hat die Zweite Kammer den Gesetzentwurf über die Einführung der Wertzuwachssteuer in Hessen genehmigt. Damit ist die Einführung dieser Steuer zu Beginn des neuen Jahres gesichert. —

Die Kölner Bischofskonferenz.

Die „Köln. Volksztg.“ und die „Schief. Volksztg.“ bestritten, daß auf der Bischofskonferenz in Köln zwischen den deutschen Bischöfen ein Gegensatz in der Beurteilung des sogenannten „Modernismus“, wie die „Köln. Ztg.“ behauptet hat, zutage getreten sei. Beide Blätter erklärten offiziell:

„Inwieweit der Gegensatz über den Modernismus trat in der Versammlung weder eine Scheidung der Geister noch irgend ein Gegenstand hervor, sondern einmütig und einstimmig wurde bestritten, was geschrieben sollte. Eine solche Verständigung des Geistes Stabes, welche die diesem schuldige Ehrfurcht verleiht haben würde, ist natürlich weder vorgeschlagen, noch verfaßt, noch abgehandelt. Daß die bayerischen Bischöfe an der nächstjährigen Bischofskonferenz in Friburg teilnehmen würden, ist auf der Versammlung nicht zur Sprache gekommen.“

Au der Todesstrafe vorbei.

Unter der schweren Auflage eines tödlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten, begangen im Felde — ein militärisches Verbrechen, das nach dem Militärstrafgesetzm mit dem Tode geahndet wird — stand gestern ein Krieger vor dem Kriegsgericht der künft. Landwehr-Inspektion. Der Angeklagte ist der Heiler Donag, der im Jahre 1904 und 1905 an den Feldzügen gegen die Kussändischen in Schwedens-Afrika teilnahm. Er hat gegen die Hereros und gegen die Hottentotten mitgekämpft. Später kam er nach der Station Windhof, wo er einige Zeit

im Lazarett lag. Am 5. Dezember 1905, also vor zwei Jahren, war er abends ausgegangen und auf dem Wege durch Windhuf traf er den Serganten Wolf und den Gefreiten Aneist, die er beide früher kennen gelernt hatte. Das Wiedertraffen wurde nun durch einige Flaschen Bier gefeiert. A. bekam sowohl von dem Serganten als auch von dem Gefreiten je zwei Flaschen Bier spendiert. In etwas angeregter Stimmung traten dann die drei wieder auf die Straße hinaus. Es war jetzt 9 Uhr und 45 Minuten. Um zehn Uhr war Passierstreich. Durch eine unter dem Unteroffizier Rasky stehende Patronenlade wurden die drei Krieger angehalten und da sie angeblich keinen Urlaubsschein bei sich hatten, wurden sie zur Feldwache gebracht. Wolf machte dabei fortgesetzt großen Lärm. Er glaubte, daß er zu unrecht nach der Wache geschleppt worden sei. Ein hinzukommender Unteroffizier Akeinst mußte Ruhe gebieten, doch ließ sich Wolf dadurch nicht beirren. Auf der Wache herrschte nun ein Durcheinander, und auch Wozjak sollte dabei gelärmt und den Befehlen der Vorgesetzten keine Folge geleistet haben. Auf Befehl des wachhabenden Unteroffiziers mußten ihn schließlich vier Wachtleute nach der Kaffernzelle transportieren. Diese Zellen sind eigentlich nur für die Schwarzen bestimmt, da für das Militär besondere Arrestzellen existieren. Die Kaffernzellen sind meist durchsteicht und infolgedessen sträubte sich der Angeklagte, die Zelle zu betreten. Da er nicht freiwillig in die Zelle hineingehen wollte, so wurde er von den vier Wachhabenden gepackt und hineingeschleppt. Er setzte jedoch seinem Transport nach der Zelle Widerstand entgegen und soll auch einen der Wachhabenden, die in diesem Fall Vorgesetzte des Angeklagten gewesen waren, mit der Faust geschlagen haben.

Gestern kam die Angelegenheit vor dem Kriegsgericht zur Verhandlung. Der Angeklagte gab bei seiner Vernehmung zu, daß er sich gestraubt habe, in die Kaffernzelle gebracht zu werden. Die Zellen wimmelten von Ungeziefer, und er habe erfahren, daß in der letzten Zeit in der betreffenden Kaffernzelle mindestens zwölf Leichen herausgeschafft worden seien. Die Inhaftierten seien in der Zelle zugrunde gegangen. Er rief den Wachtleuten zu: „Ich gehe freiwillig in die Zelle, aber nicht in die Kaffernzelle!“ Er bestritt, sich mit Vorsatz an dem Vorgesetzten tödlich vergriffen zu haben.

Als einziger Zeuge wurde der Reiter Brestel vernommen, der damals auf der Wache Dienst tat. Brestel behauptete, daß einer der Wachhabenden einen Stoß bei dem Transport des Angeklagten nach der Kaffernzelle bekommen habe, ob aber der Angeklagte geschlagen habe, wisse er heute nicht mehr unter seinem Eid behaupten.

Der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Wlterbock plädierte auf Freispruch, da es nicht erwiesen sei, daß sich der Angeklagte der ihm von dem Stappenskommandeur zur Last gelegten Verbrechen schuldig gemacht habe. Jedenfalls habe dem Angeklagten die aggressive Abwehr bei seinem Vorgehen gefehlt. Das Gericht sprach dem auch den Angeklagten frei.

Saßt sie verhungern!

Ein Malermeister in dem oberfränkischen Orte Schönwald empfielt den Strömern und Bauern, den Sozialdemokraten keine Kartoffeln mehr zu verkaufen, denn dann müßten sie verhungern, und aus wäre es dann mit der Sozialdemokratie.

Warum läßt der Reichsverband dieses Genie beim Anstreichen von Fensterläden verkümmern? Herab mit ihm, der Mann hat Ideale im Leib!

Ein Amnestie-Turrogat in Baden.

Eine Anzahl Wegnadiungen hinken dem seit zwei Monaten vollzogenen Regierungsantritt des badischen Großherzogs nach. Es kamen dabei kaum 70 Personen in Betracht, die von den Staatsanwaltschaften ausgestellt worden sind. Auch ein Wächter, der durch Wegnadiung zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe dem Fallteil entging, kommt bedingungsweise wieder in die Freiheit. Die politischen „Verbrecher“ scheinen nicht unter die Amnestierten zu gehören; man hört nichts davon, daß dem Redakteur unseres Mannheimer Parteiorgans seine einmonatliche Gefängnisstrafe erlassen wird, die ihm wegen Veröffentlichung (antagonistische Verwirklichung) eines Bildes verliehen wurde, welches die Aufführung einiger „deutscher“ Regier in Südwestafrika darstellte. Eine Verwirklichung jenes Bildes wird zurzeit in Berlin in kolonialistischen Kreisen bei Lichtbildervorträgen gezeigt. Herr Staatsanwalt Jungmann würde durch den Erlaß dieser Strafe um den einzigen Erfolg seiner Sozialistenverfolgung gebracht worden sein.

§ 175 in der Kaserne.

Eine merkwürdige Sache beschäftigte dieser Tage das Kriegsgericht der 18. Division in Aitona. Der Unteroffizier W. vom 15. Infanterie-Regiment (Wandobetz), der sich bis zum Jahre 1911 zum Armeedienst verpflichtet hatte, ist auf die Tierarztschule in Wagburg entsandt worden, wurde aber in die Front zurückgeschickt, weil er sich verdächtig gemacht hatte, gegen den § 175 verstoßen zu haben. Er wurde trotzdem für würdig erachtet, in der Front (!) weiterzudienen. Diese „Jurisdiktion“ pagte W. nicht, der eines Tages aus der Kaserne verschwand, um mit einem homosexuellen Kameraden „freundschäftlichen“ Verkehr zu pflegen. Der Arbeiter lieb dem schätzigsten Unteroffizier zu einer Meile nach Berlin Geld, und als er dies zurück haben wollte, gerieten beide auf offener Straße in einen Wortwechsel mit nachfolgender Kellerei. Beide gerieten in Haft. Das Kriegsgericht beurteilte den Angeklagten wegen Fahrensücht zu 6 Monaten Gefängnis, Degradation und Verlegung in die zweite Soldatenklasse.

Eine fürchterliche Drohung

enthält eine dieser Tage an den Polener „Postemp“ gerichtete Zuschrift. Es wird darin als polnische Antwort auf die Ostmarkenvorlage und das Vereinsgesetz eine Mandatsniederlegung sämtlicher polnischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter empfohlen. Mit der Mandatsniederlegung allein soll es aber nicht sein Bewenden haben, um der Regierung eine deutliche Antwort zu geben. Die zurücktretenden polnischen Abgeordneten sollen vielmehr ihren Wählern die Wahl von — Sozialdemokraten empfehlen, für die eine lebhafteste Agitation in der polnischen Bevölkerung zu erwarten ist.

Dieser Nach- resp. Vergeltungsplan nennt das „Allenstein Kreisblatt“ nun eine polnische Albernheit. Es wirkt dabei die Frage auf, ob man denn wirklich meint, daß irgendein denkender Politiker die Polen für weniger gefährlich halte als die Sozialdemokraten? Eher seien die Polen das größere Übel von beiden.

Diese Anrennung des Kreisblatts nennt nun wieder die katholische „Ermländische Zeitung“ eine Herausforderung aller christlich-gemühten Menschen. Verzweifelt fragt das fromme Blatt, ob man sich das in einem Kreise mit fast rein katholischer Bevölkerung bieten lassen müsse?

Hoffentlich zieht dieser in Ostpreußen ausgebrochene Freischmiedekrieg nicht die angebotenen ernstlichen Folgen nach sich.

Schweiz.

Leuerung und Leuerungszulagen.

Zürich, 11. Dezember. (Eig. Ber.)

Mit Versuchen, die allgemeine Lebensmittelverteuerung und das Mißverhältnis zwischen dieser und den Löhnen in Abrede zu stellen, fehlt es auch in der Schweiz nicht. Solchen Versuchen ist freilich schon längst durch periodische Untersuchungen, namentlich über die Fleischpreise, jede Grundlage

entzogen. In den Augen der Unternehmer, an welche die Arbeiterschaft mit der Forderung nach Lohnerhöhung herantritt, und ihrer bürgerlichen Prestolaten handelt es sich aber nur um die berühmte „vorübergehende Erscheinung“. Um so wertvoller ist ein amtliches Dokument, das dieser Tage vom schweizerischen Bundesrat ausgegangen ist: ein Bericht an die Bundesversammlung, betreffend Bewilligung eines Spezialkredits beabsichtigt Ausrichtung von Leuerungszulagen für das Jahr 1907 an die eidgenössischen Beamten und Angestellten. Der Bundesrat ist der Meinung, die Leuerung sei derart offenbar, daß es keiner statistischen Erhebungen bedürfe. Die Leuerung der notwendigen Lebensbedürfnisse habe seit einem Jahre noch zugenommen, heißt es in dem Berichte, und die angezogenen Zustände seien in die Augen springend, sie könnten von niemand in Abrede gestellt werden, alle in Betracht fallenden Angaben und Tatsachen stimmten überein und eine Meinungsverschiedenheit darüber sei durchaus ausgeschlossen.

Der Bundesrat verlangt in Anbetracht dieser Verhältnisse von der Bundesversammlung einen Kredit von 1.750.000 Frank, um den Beamten und Angestellten des Bundes sowie den ständig in dessen Anstalten und Werkstätten beschäftigten Arbeitern für das Jahr 1907 eine Leuerungszulage geben zu können. Die Zulage soll für jeden verheirateten Beamten, Angestellten und Arbeiter 100 Frank, für jeden unverheirateten Beamten, Angestellten und Arbeiter 50 Frank betragen. Den Verheirateten werden diejenigen gleichgestellt, die die Stütze ihrer Familie sind. Die Wohlthat der Zulage wird beschränkt auf die Beamten und Angestellten mit Besoldungen bis zu 4000 Frank inklusive.

Der Bericht bedauert, die Leuerungszulagen mit Rücksicht auf die Finanzen nicht auf alle Klassen des Personals ausdehnen noch größere Beträge in Vorschlag bringen zu können, weil zugestanden werden müsse, daß die beantragte Zulage in Anbetracht der steigenden Leuerung der Lebenshaltung, namentlich in gewissen Städten, nur das Minimum eines Beitrages zur Verbesserung der Lage des Bundespersonals bedeute!

Da der schweizerische Bundesrat nicht im Rufe der Schwarzmalerei steht, sofern Verhältnisse der Arbeiter- und Beamtenerschaft in Frage kommen, so kann man sich an Hand seines Berichtes ein Bild machen von den wirtschaftlichen Verhältnissen, die gegenwärtig in der Schweiz herrschen. . . .

Belgien.

Ein Antrag auf Einführung von Minimallohnen für die Eisenbahner von der belgischen Kammer — abgelehnt.

Brüssel, 12. Dezember. (Eig. Ber.)

Der jetzige Eisenbahnminister Helleputte war als Deputierter ein Mann der radikalen Note, der „moderne Sozialpolitiker“ unter den Merkmalen. Von seinem „Jungliberalismus“, wie sich die moderne Richtung im belgischen Lager nennt, ist seit seiner Ministerkammer noch nichts zu sehen gewesen.

In der Sitzung vom 10. Dezember stellte der christlichsoziale Deputierte Abbe Daens den Antrag auf Einführung von Minimallohnen von 3 Frank pro Tag für die Arbeiter und Angestellten der Eisenbahnen, der Post und des Telegraphendienstes. In der Begründung des Antrages vertriebs Daens auf das Wort des vorigen Eisenbahnministers Liebaert, der erklärt hatte, es gäbe keine Löhne mehr von 2,40 Frank. Auf dem Bahnhof in Mook wurden jedoch in einer Kundmachung der Eisenbahnverwaltung Arbeiter zum Tagelohn von 2,40 Frank gewonnen. — Genosse Pepin stellte den glänzenden Einnahmen der Eisenbahnen die Arbeiterlöhne unter 3 Frank gegenüber, sowie die skandalöse Tatsache, daß es Angestellte gibt, die nach einer 23jährigen Dienstzeit nur 3 Frank pro Tag beziehen! Pepin führte auch Verschwärde, daß man die Eisenbahnarbeiter verhöhne, ihr soziales Recht auszuüben. — Der Minister versteckte sich hinter allgemeinen Bedenken: daß er sein Möglichstes getan habe und tun werde, daß schon ohnedies die Kosten gestiegen seien und daß er „entsprechend seinen Mitteln“ vorgehen werde. — Ansele erwiderte ihm in seiner gewohnten kräftigen Art, daß für die Stopfung der Löhne im Justiz- und Kriegsbudget immer Geld da sei — nur für das Arbeiterpersonal findet sich kein. — Auch Janson sprach kräftige Worte gegen die „Hungerlöhne“, die der Staat zöhlte. Aber die wie gewöhnlich halbleere Kammer entschied gegen die Tagesordnung Daens (die von Pepin und Janson unterstützt wurde), und in der nächsten Sitzung sprachen die Merkmalen Herrn Helleputte sogar die Verzweiflung in seine guten — Absichten aus! Für die Einführung von Minimallohnen stimmten mit den Sozialisten die Liberalen, dagegen alle Merkmalen, auch die, die sich sonst mit „Sozialpolitik“ drapierten.

Die belgischen Eisenbahner haben da wieder eine Kostprobe vom modernen Christentum verabreicht bekommen. —

Die Anneziionsvorlage.

Die sozialistische Kammerfraktion hat am Dienstag in ihrer Beratung über die Anneziionsvorlage beschlossen, ihren Delegierten in der Kongokommission den Auftrag zu geben, gegen die Anneziionsvorlage zu stimmen. —

England.

Der Kongovertrag.

London, 11. Dezember. (Eig. Ber.)

Vor wenigen Tagen kam zwischen König Leopold II., dem Oberherren des Kongostaates, und der belgischen Regierung ein Vertrag zustande, nach dem der Kongostaat dem belgischen Volke abgetreten werden soll. Der Vertrag bedarf der Ratifikation des belgischen Parlaments, um perfekt werden zu können. Schonbar ist dies ein großes Geschenk, das König Leopold „seinem“ Volke macht. Es kann aber auch ein Danaergeschenk sein. Von dem Inhalt der Beilagen, die dem Vertrag beigegeben sind, hängt es ab, was der Kongostaat dem belgischen Volke werden kann. Die Beilagen sind noch nicht veröffentlicht.

Es handelt sich um zwei Punkte. Erstens hat der Kongostaat, der 76 Mal so groß ist wie Belgien, weite Krondomänen, die den zehnfachen Umfang Belgiens haben und wahrscheinlich die wertvollsten Gebiete der Kolonie umfassen. Diese Krondomänen sollen, wie es scheint, auch fernerhin Eigentum des Königs und seiner Erben bleiben. Sodann gibt es dort zahlreiche Altengeldstätten und Schindeln, die sich ebenfalls die ertragreichen Ländereien und Produkte angeeignet haben dürften. Die Rechte dieser Handelsgesellschaften sind auf lange Zeit unantastbar.

Sind diese Vermutungen richtig, dann dürfte der geschenkte Kongostaat dem belgischen Volke nur Pflichten und Lasten auferlegen. Er wäre somit in der Tat ein Danaergeschenk. Der Vertrag kommt in einigen Monaten zur parlamentarischen Verhandlung, wobei die breite Öffentlichkeit endlich die Einzelheiten des Vertrages und der Beilagen sowie die Motive kennen lernen dürfte.

Der Kriegszug gegen die Zulu.

London, 11. Dezember. (Eig. Ber.) Der linke Flügel der liberalen Partei ist hier zugunsten der Zulu in anerkannter Weise tätig. Die Feindschaft der Zingoes von Natal richtet sich

besonders gegen den großen Zuluheuptling Dinizulu, der lange Zeit im Exil auf St. Helena gelebt hatte und im Jahre 1897 auf Veranlassung Chamberlains in seine Heimat zurückkehren durfte. Nun wird behauptet, daß es Dinizulu sei, der den Aufstand angeleitet und gegen die lokalen Zulu, die im vorigen Jahre den Natalern bei ihrem Kriegszuge halfen, terroristische Verbände organisierte. Aber der alte Zuluheuptling ist ein Mann von großem Mute und edlen Charakter. Um einem Unberechneten vorzubeugen, ließ er dem Oberst Madenjie sagen, er sei bereit, sich einem gerichtlichen Prozessverfahren zu unterziehen und die gegen ihn gerichteten Anklagen öffentlich untersuchen zu lassen. Dinizulu hielt Wort und stellte sich freiwillig dem Verichte. Der Prozess wird vor einem Zivilgericht und nicht vor einem Kriegsgericht stattfinden.

Hoffentlich wird dieser Schritt Dinizulus die Nataler beruhigen und den Kriegszügen ein Ende bereiten.

Rußland.

Noch ein „Meiner“ Rechenfehler im Subgetentwurf.

In den letzten Tagen wurde schon darauf hingewiesen, daß das etatsmäßige Defizit mit einem „Rechenfehler“ von 160 Millionen Rubel behaftet ist.

Diesem Rechenfehler des Finanzministers steht ein „Rechenfehler“ ebenfalls zur Seite, das sich in das außerordentliche Ausgabebudget eingeschlichen hat.

Zu außerordentlichen Budget figurieren 66,8 Millionen Rubel für die „Liquidation des russisch-japanischen Krieges“. Schon im vorigen Jahre wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß unter dieser Flagge die verschiedenartigsten Ausgabenposten segelten. Auch in diesem Jahre finden wir unter dieser Rubrik einen Posten von 8 Millionen . . . zum Unterhalt von Kosakenregimentern, die für den inneren Dienst mobilisiert werden, und zur Verpflegung von Truppen, die zur Unterstützung der Zivilbehörden requiriert werden.“ Was der Kampf gegen den „inneren Feind“ mit der „Liquidation des russisch-japanischen Krieges“ zu tun hat, bleibt Geheimnis des Herrn Finanzministers!

Des weiteren finden sich im außerordentlichen Ausgabebudget unter derselben Rubrik circa 10,2 Millionen Rubel für Erbauung von Kasernen für „einige“ Truppenteile, für Ausbesserung „einiger“ Kriegsschiffe usw., alles Ausgaben, die unbedingt in das ordentliche Budget gehören. Der Grund dieser eigenartigen Manipulation des Finanzministers besteht darin, daß nach Uebertragung der erwähnten 18,2 Millionen in das ordentliche Ausgabebudget dieses nicht mit einem Ueberschuß von 1,8 Millionen — wie Stoloff frohlockend verkündet — sondern mit einem Defizit von 18,9 Millionen berechnet werden muß.

Ein kleines Randüber! Um das Defizit des ordentlichen Budgets zu verschleiern, praktiziert man unbequeme Posten in das außerordentliche Budget hinüber, um darauf zur Deckung „außerordentlicher“ Ausgaben neue Anleihen zu verlangen. —

Aus der Partei.

Gemeindevorläufe.

In Reghsklau (Sachsen) wurde bei der Stadterordnetenwahl der dritten Klasse ein Sozialdemokrat mit 311 Stimmen gegen 228 bürgerliche gewählt.

In Reußen bei Dortmund wurden bei der Gemeindevorwahl in der zweiten und dritten Klasse je ein Sozialdemokrat gewählt. Von den sechs Sitzen des Gemeinderats sind vom 1. Januar 1906 ab drei im Besitz der Sozialdemokratie.

In der nahegelegenen Gemeinde Ellinghausen wurde in der dritten Klasse ein Sozialdemokrat gewählt.

In Fort i. L. haben die Bürgerlichen bei den Stadtverordnetenwahlen über die Sozialdemokratie mit 1602 gegen 1877 Stimmen gesiegt. Die Sozialdemokratie verliert sieben Mandate.

Unsere Lesern. In Warmen starb der Genosse Heinrich Karburger, ein altes und verdientes Mitglied der Partei.

Die Boykott-Schadenersatzfrage gegen die „Mühlauer Volkszeitung“, die die Mühlauer Wirtenschaft angeht, hat (gleichzeitig gegen den sozialdemokratischen Verein Mühlhausen) bei, nachdem das Landgericht Mühlhausen die Beklagten verurteilt hatte, vom Oberlandesgericht Colmar zurückgewiesen worden. Der Wirtverein hat sofort Revision eingelegt, jedoch nunmehr die Angelegenheit vor dem Reichsgericht zum Entschluß kommen wird.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Polizei und Bürger. In 200 Mark Geldstrafe war Genosse Gaale aus Kattowitz vom dortigen Schöffengericht wegen Verleitung eines Polizeikommissars verurteilt worden. Vor der Strafkammer zu Weuthen als Verfassungsinstanz schiederte Genosse Gaale den Vorgang folgendermaßen: Am 26. Mai d. J. habe im Kattowitzer Gewerkschaftslokale eine Versammlung des polnisch-sozialdemokratischen Vereins stattgefunden, er habe das Referat gehalten. Nachdem er etwa 1/2 Stunde gesprochen, sei Kommissar Richter heringekommen, habe sich neben dem Ueberwachen gesetzt und mit diesem eine Unterhaltung geführt. Er habe angenommen, daß er diesem etwas mitteilen wollte, da die Polizei wegen der Anwesenheit des Regierungspräsidenten eine große Tätigkeit entfaltet hatte. Da jedoch die Unterhaltung eine so laute und lange war und die Anwesenden alle nur auf das Gespräch des Kommissars achteten, habe er seinen Vortrag unterbrochen. Der Vorsitzende Sobna habe ein Glockenzeichen gegeben und gebeten, die störende Unterhaltung abzubrechen. Als Richter gemerkt, daß ihm diese Mahnung gelte, habe er nun in der größten Erregung unter verschiedenen Kränkschreien, die sonst bei gebildeten Menschen nicht immer üblich sind, sich dies verbeten. Sobna habe ihn nochmals höflich aber bestimmt ermahnt, ruhig zu sein. Als Versammlungsleiter habe er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, jeden, der eine Versammlung störe, zur Ordnung zu rufen. Nachdem der Kommissar eine Weile geistes sei er plötzlich aufgesprungen und habe erklärt: „Wenn dies noch einmal vorkommt, dann löse ich die Versammlung auf.“ Darauf habe er, Sobna, ihn erklärt: „Er hätte doch hier nichts zu sagen, er solle sich doch ruhig verhalten.“ Darauf habe Richter die Versammlung aufgelöst. Eine Verteidigung habe ihm fern gelegen, auch könne diese unmöglich in seiner Weigerung enthalten sein, denn Richter könne doch höchstens als Privatperson anwesend gewesen sein. Dieses gehe doch daraus hervor, daß er mehr denn eine halbe Stunde zu spät gekommen sei und sofort die Unterhaltung angefangen habe.

Eine Reihe Entlastungszeugen bestätigten unter Eid die Angaben des Genossen Gaale. Mehrere erklärten: Sie seien in vielen Versammlungen gewesen, aber ein derartiges Kränkschreien und Verhalten eines Polizeibeamten sei ihnen noch nicht vorgekommen. Der Kommissar Richter dagegen wollte nur gestöhnt und Kränkschreie erst nach Auflösung der Versammlung gebraucht haben. Sobna sagte ein Wachtmeister aus, Genosse Gaale habe seine Verteidigungspetition mit den Worten: „Verurteilen Sie mich, dann haben Sie den Polizeibeamten zur Begehung von Ungeheuerlichkeiten Tür und Tor geöffnet. Denn wenn jeder bestraft wird, der einem Polizeibeamten beim Begehen einer ungesetzlichen Handlung entgegentritt, dann gehen wir herrlichen Zeiten entgegen.“ Die Staatsanwaltschaft beantragte Verurteilung der Verurteilung. Die Strafkammer setzte die Strafe von 200 auf 50 M. Geldstrafe herab und sagte begründend aus, daß der Angeklagte sich in völlig gutem Glauben befunden habe, wenn er annahm, daß Richter zur Versammlungsauflösung seinen gesetzlichen Grund hatte. Ihn sei daher der Schuldsatz des § 198 zuzubilligen. Jedoch sei er in der Form etwas zu weit gegangen.

Strafkonte der Presse. Wegen Verleitung eines Reichs-Deutscher Gewerkschafts wurde Genosse Wolff von der Breslauer „Volkswehr“ vor dem Oeffentlichkeitsrat von 50 M. Geldstrafe

berurteilt. In der Begründung hieß es, das Verhalten des Klägers sei zwar in keiner Weise zu billigen, aber der Angeklagte habe sich nicht auf eine bloße Kritik beschränkt, sondern in politischem Interesse aus dem fraglichen Vorgang Kapital schlagen wollen.

Redakteursfreuden. Nach drei Wochen Gefängnisarrest ist Genosse W. Dahl von der „Erfurter Tribune“ in die „Freiheit“ zurückgekehrt.

Aus Industrie und Handel.

Zur Lage in der Porzellanindustrie.

Die deutsche Porzellanindustrie, die sehr stark auf den Export angewiesen ist, hat jetzt an mehr als einer Stelle eine Stodung aufzuweisen, die sich für die Arbeiter in Fehlerschichten, verlängerten Arbeitszeiten und Entlassungen geltend macht. Und dies, obwohl die letzten Messen, im Herbst und im Frühjahr, nicht schlecht waren. Der Rückschlag, den der Geldmangel in Amerika, das als Hauptabgabegbiet für deutsche Porzellanwaren in Betracht kommt, in Verbindung mit der allgemeinen Krise für die Porzellanindustrie mit sich gebracht hat, wirkt um so härter, als durch unglückliche Neugründungen der Markt stark überlastet wurde. Immer mehr wurde in den letzten 10 Jahren auch die Porzellanindustrie ein Gebiet, auf dem das Großkapital sich versuchte. Die ehemals vorherrschenden kleinen Betriebe verschwanden mehr und mehr, an ihre Stelle traten Aktiengesellschaften. Fusionen wurden vorgenommen und zwar in der Weise, daß ein beträchtlicher Teil der hiesigen Porzellanfabriken schon heute sich hauptsächlich in den Händen eines Konfessionskonglomerats befindet, an dessen Spitze der Bankier Strupp steht. Dessen Einfluß erstreckt sich aber auch auf bedeutendere Porzellanfabriken in Bayern und Schießen. Die Krise wird dieser Kapitalkonzentration weiteren Vorschub leisten. Dies um so mehr, als die Kapitalanlage in Porzellanaktien eine äußerst lehnende ist. Wäher hand die feinkeramische Industrie mit einem durchschnittlichen Dividendenfuß von mehr als 13 Proz. an der Spitze der deutschen Industrien. Im letzten Jahre wurden noch von den größten Gesellschaften, bei enormen Abschreibungen und Stilllegungen der Kesselfonds, 10, 12, 16, 18, 20 und sogar 35 Proz. Dividenden ausgeschüttet. Die kritische Zeit wird einer Reihe von kleinen Fabrikanten die Existenz kosten, die Großen sehen seit längerem auf dem Sprunge die Erbschaft anzutreten. — Ebenso wie die Großfabrikanten und Gesellschaften gegen die kleinen Konkurrenten vorgehen, rücken sie gegen die Arbeiter. Die Porzellanarbeiter haben ja stets mit den Unternehmern zu tun, aber gegenwärtig ist dieser der Wamm ganz gewaltig geschwollen. In Böhr bei Koblentz, in Wihendorf und Unterweibach in Thüringen sind gegen 500 Arbeiter seit mehr denn 3 Wochen ausgesperrt und jetzt vor Weihnachten wurde 400 Arbeitern in der Porzellanfabrik von Dertwig u. Co. in Nächsthütte in Thüringen gekündigt. Weitere Aussperrungen sind zu erwarten, da auch die Porzellanfabrikanten den Willen zu haben scheinen, sich die Arbeiterorganisation vom Halse zu schaffen. Die Unternehmer selbst sind gut organisiert. Sie bilden mehrere Verbände zur Regulierung der Preise, die in verhältnismäßig kurzer Zeit um 20 Proz. erhöht worden sind. Zwar erstreckt sich diese Markierung nur auf das Gebrauchsgeschirr, aber für den Inlandmarkt kommt daselbst in erster Linie in Frage. Der höchste deutsche Porzellanfabrikantenverband hat nun auch in Oesterreich Fuß gefaßt, und dort die nicht unbedeutende böhmische Porzellanindustrie in den Preisring einbezogen. Nach mehrfachen Versuchen ist das gelungen. 24 der größten böhmischen Porzellanfabriken bildeten eine Gesellschaft m. b. H., um auf diesem Wege zu festen und erhöhten Preisen zu gelangen. Als ein weiteres Ziel dieser Vereinigung wird dann auch die Regelung des Exports nach Nordamerika, der Ein- und Ausfuhr von Porzellanwaren zwischen Deutschland und Böhmen angesehen. Ohne diese Aussicht hätten sich die deutschen Porzellanbarone wohl auch schwerlich um diese Vereinigung bemüht, die dadurch erleichtert wurde, daß schon heute viel deutsches Kapital in österreichischen Porzellanfabriken beteiligt ist. — Bei Betrachtung aller dieser Dinge gewinnt die Verführung Raum, daß die Kosten der Krise in der Porzellanindustrie die kleinen Fabrikanten und die Arbeiter zu tragen haben. Die letzteren aber in erster Linie dort, wo sie als unorganisierte Menge den straff vereinigten Unternehmern gegenüberstehen, die auch nach der Krise obenauf sein werden.

Der Einfluß der Brotpreissteigerung auf den Haushaltswirtschaftswand ist schon früher Gegenstand amtlicher Untersuchungen des Königl. Württembergischen Statistischen Landesamtes gewesen. Es wurde für 39 Gemeinden des Staates eine Berechnung darüber angestellt, wie hoch sich ungefähre die Verteuerung des Aufwandes einer fünfköpfigen Unterbeamtenfamilie (Mann, Frau und drei nicht erwachsene Kinder) für Fleisch, Brot und Milch infolge der erhöhten Preise dieser Lebensmittel berechnet. Diese Untersuchungen hatten für den Durchschnitt der 39 Gemeinden hinsichtlich der Ausgaben für Brot, wobei ein Jahresbedarf von 500 Kilogramm Schwarzbrot (Weißbrot in Schwarzbrot umgerechnet) angenommen war, folgendes ergeben:

	Monatlicher Betrag der Ausgaben für Brot
im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1904	9,70 M.
im Dezember 1905	9,75
im September 1906	10,10
im Durchschnitt des Jahres 1906	10,10
im Mai 1907	10,15

Unter Zugrundelegung der Brotpreise im Oktober 1907 würden sich die monatlichen Ausgaben auf 11,20 M. stellen, das sind 15 Proz. mehr als im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1904. Nun hat aber inzwischen eine weitere namhafte Brotpreissteigerung stattgefunden, die sich noch nicht für sämtliche Gemeinden berechnen läßt, da die Novemberpreise noch nicht überall vorliegen. Für Stuttgart kann das aber schon gesehen, und dabei stellt sich heraus, daß der monatliche Aufwand für Brot auf 12,10 M. gegen 8,75 M. im Durchschnitt der Jahre 1901 bis 1904, das ist also um 38,35 M. — 38,3 Proz. gestiegen ist!

Und da soll noch jemand behaupten, die Regierung triebe nicht glänzende Sozialpolitik — für die Junter!

Die Krise. Am 6. Dezember, am Tage nach dem Streik der Petersburger Arbeiter als Protest wegen des Prozesses gegen die sozialdemokratische Dumafraktion, wurden viele Arbeiterentlassungen vorgenommen. Die große Alexandrowskaja Maschinenfabrik wurde geschlossen, 6000 Arbeiter waren arbeitslos. Wie die Verwaltung angibt, soll der eintägige Streik der Arbeiter die Ursache der Massenentlassung sein. Die Freisetzung von Arbeitern in ganz Petersburg beweist, daß die eigentliche Ursache die Krise ist, die in vielen großen Städten Russlands wütet.

Gewerkchaftliches.

Der Wolf am Bache.

In der Fabel verschlingt der Wolf das Lamm, das am Bache mit ihm trank. Er verschlingt es nicht aus Lust am Lammfleisch, sondern — behauptet er — weil es ihm das Wasser trübte. Dabei stand der moralisch entrüstete Isgrimm o h e n am Bache, das Lamm, das er mit erheuchelter Entrüstung verzehrte, weiter stromab.

Die Scharfmacher im Baugewerbe üben sich jetzt in der Rolle des entrüsteten Wolfes.

Das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ ist als erstes Scharfmacherblatt auf dem Plane und heute abend wird zweifellos die „Arbeitgeber-Zeitung“ ihm in etwas kräftigen Tönen sekundieren.

Das „Zentralblatt“ ist natürlich entrüstet. „Aus der berühmten trüben Quelle“, schreibt es, „aus der die rote Presse so gern und inbrünstig schöpft, war ihr der Verhandlungsbericht über die außerordentliche Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, welche am 21. Oktober d. J. in Berlin stattfand, zugegangen.“ — Wie unmoralisch doch von der Arbeiterpresse, aus der Quelle zu schöpfen, die den Scharfmachern Wasser auf ihre Mühle liefern sollte!

Dann hämt das Scharfmacherblatt:

„Haben unsere Herren Gegner vielleicht angenommen, daß wir auf unseren Versammlungen schöne Reden über die Notwendigkeit des allgemeinen Achtstundentages oder über die Schädlichkeit des Alkohols schwingen würden?“

Wir warhaftig nicht. Aber die Scharfmacher haben sich der Öffentlichkeit gegenüber immer so aufgespielt, als ob sie in ihren Versammlungen die Kulturforderungen der Arbeiterschaft erörterten und aus rein sachlichen Gründen zu ihrer Ablehnung kämen. Wir werden ihnen das obige Geständnis gelegentlich gern unter die weindunfblaue Nase reiben!

Dann sagt das Blatt:

„Gott, man legt ja solche Beschlüsse seinen Gegnern im allgemeinen nicht zur freundlichen Remissionnahme vor! Geschlecht dies doch irgend einen Vertrauensbruch doch — auch gut, auch kein Fehler; und solls schon recht sein, wenn allerorts Klarheit herrscht, wohin die Reise geht.“

Aber im nächsten Augenblick tut dem „Zentralblatt“ die ungewohnte Offenheit leid:

„Herrschaften! Wenn ihr euch noch überzeugen lassen wollt, so lest unseren Verhandlungsbericht. Abwehr, Verteidigung ist keine Lösung.“

Sind unsere Arbeitgeberverbände dazu geschaffen worden, die Arbeiter zu schuttern, zu schinden und zu drangalieren, oder hat man sie gegründet, weil man sich wehren mußte — mußte, sage ich — gegen unerträglich werdende Uebergriffe, gegen Zustände, die naturnotwendig den Ruin unseres gewerblichen Lebens mit sich bringen mußten?“

Man sieht: der Wolf, dem das Lamm das Wasser trübte!

Steht der Arbeiter oben am Bache des Lebens? Oder steht dort das Unternehmertum? Fröst der Kapitalismus die Arbeiterschaft, weil sie aus demselben Bache trinken will oder fröst er sie ohne Rücksicht darauf, aus Lüsterheit nach ihrem Fleische, nach ihrer Arbeit? Seine ganze Tendenz ist darauf gerichtet, sich das Produkt der Arbeit so billig wie möglich anzueignen. Dagegen war der einzelne Arbeiter machtlos. Darum organisierte die Arbeiterschaft sich. Und dieser organisierten Abwehr der Arbeiter gegen die Wolfszähne des Kapitalismus stellt das Unternehmertum in Form der Arbeitgeber-Verbände einen neuorganisierten Angriff gegenüber!

Und im Angesichte dieser Tatsachen, im Angesichte des Geheimprotokolls, wagt das „Zentralblatt“ heulmeiernd noch zu schreiben:

„... man beschließt über die Einführung gleichlautender Kollektivverträge, legt also den Grundstein zu der nationalen Tarifgemeinschaft, einer Erwerbschaft, die doch sonst immer sozialpolitisch in den höchsten Löhnen bewertet wird...“

Also das Edelste und Beste wollten die Scharfmacher! Wie in dieser schönen Weihnachtszeit Eltern unter sich erörtern, was sie ihren Kindern zum Feste Gutes spenden könnten, so haben die Scharfmacher sich heimlich beraten, wie sie ihren Arbeitern eine große sozialpolitische Wohltat bereiten könnten. Und am 31. März 1910 sollten diese zu ihrem freudigen Staunen die schöne Ueberraschung aufgebaut erhalten.

Wo sind die Schafe in der Arbeiterschaft, die solche Märlein glauben? Die wären wert, daß der Wolf Kapitalismus sie verschlingt!

Berlin und Umgegend.

Vom Kampf um den Arbeitsnachweis der Bäcker.

Gegen den Sprechmeister Vogel von der Bäckerinnung zu Berlin ist seitens des Väterverbandes eine Anzeige wegen Meineides bei der Staatsanwaltschaft eingereicht worden. Die Anzeige gründet sich auf die Vorgänge in dem kürzlich verhandelten Prozeß, wo Vogel beschwor, er habe niemals in seiner Eigenschaft als Arbeitsvermittler der Innung Geldgehälter von Arbeitnehmern erhalten, während etwa zehn Zeugen, die das Gericht für einwandfrei anah, eidlich bekundeten, daß Vogel von ihnen Bestechungsgelder erhalten und angenommen hat. — Es handelt sich bei der Anzeige wegen Meineides nicht etwa um ein Vorgehen gegen die Person Vogel, noch viel weniger um das Bestreben, einem mißliebigen Gegner persönlich einen empfindlichen Schlag zu versetzen, sondern wir haben es hier mit einer zwar nicht angenehmen, unter den obwaltenden Umständen aber notwendigen Episode aus dem Kampf zu tun, den der Väterverband seit Jahren führt, um eine gerechte und unparteiische Arbeitsvermittlung zu bekommen. Für die Väterinnung ist der Arbeitsnachweis ein Mittel, die Gesellen in vollkommener Abhängigkeit zu erhalten und jeden in der empfindlichsten Weise zu mahrgeln, der für sich oder seine Arbeitsgenossen nach Freiheit, Selbstbestimmung und besseren Arbeitsverhältnissen strebt. Ein Werkzeug dieser Innungsbestrebungen ist der Sprechmeister Vogel. Der Väterverband ist durch Tatsachen zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Uebelstände in der Arbeitsvermittlung der Innung nicht beseitigt werden können, solange Vogel dabeilist das unumschränkte Regiment führt. Deshalb sind bei der Innung schon früher Anträge auf Entlassung Vogels gestellt, aber nicht berücksichtigt worden. Auch nach dem erwähnten Prozeß hat der Gesellenausschuß wieder die Entlassung Vogels beantragt, aber der Innungsvorstand hat den Antrag abgelehnt. Die Innung will Vogel nicht fallen lassen, obgleich ihn das Gericht als einen unzuverlässigen Zeugen kennzeichnete und den Gegenzeugen vollen Glauben schenkte. Der Gesellenausschuß hat dann eine Eingabe an die Gewerbedeputation gerichtet und diese ersucht, die Amtsentsetzung Vogels zu beantragen. Auf diese Eingabe, die am 15. November erfolgte, ist bis jetzt noch kein Bescheid beim Gesellenausschuß eingegangen. Schließlich wurde nun die Meineidsanzeige erstattet. Es muß sich ja nun zeigen, ob sich die Staatsanwaltschaft in diesem Falle als „die objektive Behörde“ betätigt, oder ob sie jemand nicht des Meineides verdächtig hält, der Tatsachen, die er nach menschlichem Ermessen als bestehend kennen muß, trotzdem als nicht bestehend beschwört.

Glasarbeiter, Achtung! In der Mittwochnummer des „Vorwärts“ sucht die Firma Kreichel in Chemnitz Glaschleifer. Wir geben hierdurch bekannt, daß bei dieser Firma Differenzen ausgebrochen sind und daher der Bezug streng zu meiden ist. Die Ursache der Differenzen ist folgende: Zwei Glasbuchstaben-schleifer, welche die Leitung der dortigen Zehstieße in Händen haben, wurden entlassen. Da die übrigen Kollegen dies als einen Schlag gegen die Organisation betrachteten, so erklärten sie sich sämtlich mit den Entlassenen solidarisch und reichten die Kündigung ein.

Der Vorstand
des Verbandes der Glasarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
J. B. C. Girdig.

Deutsches Reich.

Ueber die Einigungsverhandlungen

zwischen dem „Metallarbeiterverband“ und dem „Allgemeinen Deutschen Metallarbeiterverband“, deren Scheitern wir in unserer Nr. 289 meldeten, geht uns die folgende altentworfene Darstellung zu:

Nach längerer Beratung und wiederholter Aufforderung formulierten die fünf Vertreter des neugegründeten „Allgemeinen“ Verbandes in der gemeinschaftlichen Sitzung am 6. Dezember 1907 mit dem Parteivorstand folgende Einigungsbedingungen:

1. Die politische Tendenz, d. h. die sozialdemokratische Betätigung solle mehr wie bisher im Verbandsorgan und der Agitation Ausdruck finden.
2. Selbständigkeit der Ortsvereine.
3. Selbständigkeit der Berufsgruppen (Branchen).
4. Aenderung des Ausschlußverfahrens—Schiedsgerichts (nach dem Parteistatut).
5. Verleihung des Rechts an den Ausschuß, Beschlüsse des Verbandes zu annullieren.
6. Fakultative Unterfägung.
7. Staffellung der Beiträge.
8. Der „Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband, Sitz Berlin“ bleibt so lange bestehen, bis die Statuten des „Deutschen Metallarbeiterverbandes, Sitz Stuttgart“ im vorstehenden Sinne geändert sind.

Auf diese knapp formulierten Einigungsbedingungen erhielt der Verbandsrat des „Allgemeinen“ Verbandes in Dresden am 8. Dezember ein Schreiben aus Stuttgart. In diesem Schreiben lehnt der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes in längeren Ausführungen die Vorschläge des „Allgemeinen“ Verbandes ab. In seiner Schlussbetrachtung kommt er zu folgendem Resultat:

„Im übrigen ist Punkt 2, 3, 4, 5, 6 und 7 nur durch eine Statutenänderung zu verwirklichen, wozu bekanntermaßen der Vorstand nicht berechtigt ist, auch nach Ansicht des Vorstandes kein erschließlicher Grund vorliegt.“

Bis auf den ersten Punkt lehnt also der Stuttgarter Verband die Einigungsvorschläge des Berliner „Allgemeinen“ Verbandes ab. Darauf beschloß die Tagung in Dresden:

„Da die Einigungsverhandlung an dem starren Verhaken des Deutschen Metallarbeiterverbandes gescheitert ist, beschloß der Verbandsrat am 8. Dezember 1907 in Dresden, daß in Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Metallarbeiterverband überhaupt nicht mehr eingetreten wird, sondern daß unentwegt die auf dem 7. Kongreß gefaßte Resolution hoch gehalten und die Prinzipien unserer Organisation zum Ausdrog gebracht werden.“

Zu dieser Resolution lag folgende Erklärung der Antragsteller vorstehender Resolution vor, welche Schlenker, Berlin als Vorsitzender des Verbandsrates zur Kenntnis brachte:

„Der Verbandsrat hat mit dieser Resolution ausgesprochen, daß der Verbandsrat für alle Zukunft nur berechtigt ist, auf der Grundlage der Programmresolution des 7. Kongresses der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften in Einigungsverhandlungen mit dem Parteivorstand einzutreten.“

Dieser Erklärung schloß sich der Verbandsrat einstimmig an.

Zur Lohnbewegung im sächsisch-thüringischen Weberbezirk. Die Antwort der Unternehmer auf die Forderungen der Weber ist von lakonischer Kürze. Sie verweisen einfach die Gauleiter des Textilarbeiterverbandes in einem Einschreibebriefe auf den Abschredungsufas vom 30. November, den sie vor Einreichung der Forderungen erlassen haben. Neben den Lohnzulagen sind aber eine ganze Anzahl anderer Forderungen eingereicht worden, auf die also nach Auffassung der Unternehmer gar keine Antwort erfolgen soll. Vor allen Dingen soll eine anderweitige Zusammenfügung der Fabrikabschlüsse platzgreifen, wie das schon jetzt in Greiz üblich ist. Die Arbeiterschaft wird wohl noch Stellung zu den Ankerungen nehmen, im übrigen aber ruhig den 1. Januar abwarten, bevor sie definitiv weitere Schritte unternimmt. Es steht fest, daß die Unternehmer die Arbeiter provozieren wollen. Das beweist schon ihre Anfrage bei den Schiffsahrtsgesellschaften nach auswandernden Weibern, die eventuell nach dem sächsisch-thüringischen Bezirk gelockt werden sollten. Man ist also jetzt schon auf der Arbeitwilligensuche, es scheinen also schwere Kämpfe bevorzustehen.

Arbeitswillige Betrüger.

Arbeitswillige der Harzer-Werke in Blankenburg a. S., Jorge i. S. und Sangerhausen verlassen ihre Arbeitsplätze. Sie versuchen, sich in verschiedenen Orten als streikende Arbeiter von den Harzer-Werken oder als solche, die auf Veranlassung der Streikenden abgereist sind, vorzustellen und auf diese Weise eine Unterstützung zu erlangen.

Zur Information teilen wir mit, daß diese Leute mit den streikenden Arbeitern der Harzer-Werke nichts gemein haben und ohne jede Einwirkung derselben die Harzer-Werke verlassen. Darum haben sie von organisierten Arbeitern keine Unterstützung zu verlangen.

Auf dem Wege zur Einheit.

Der Verein deutscher Straßenbahnbeamten in Straßburg, eine auf lokaler Basis bestehende Vereinigung, beschloß in einer außerordentlich stark besuchten Generalversammlung mit allen gegen eine Stimme den Anschluß an den Deutschen Transportarbeiterverband (freie Gewerkschaft). Der Uebertritt der etwa 500 Vereinsmitglieder erfolgt am 1. Januar 1908 und dürfte derselbe, nach dem Resultat der Abstimmung zu schließen, wohl einhellig erfolgen. Bemerkenswert und für die christlichen Gewerkschaften sehr bezeichnend ist die Haltung der Direktion, welche den Straßenbahnern den Anschluß an den christlichen Verband empfahl, der sich gleichfalls um die Mitglieder des Vereins bewarb. Die Straßenbahner aber bedankten sich für die Aufnahme in die christliche Gemeinschaft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Im Kampf um die Existenz.

Königsberg i. Pr., 13. Dezember. (W. L. V.) Vor der hiesigen Strafkammer ist in zweitägiger Sitzung gegen 13 Einwohner von Agilla, meist Holzhöher, wegen Landfriedensbruchs verhandelt worden. In Agilla war eine Hölzererinnung gegründet worden, die mit den Königsberger Needern wegen der Bewilligung höherer Holzgelde in Differenzen geraten war, so daß die Needer schließlich unter Aufsichtung der Höher dazu übergingen, für den Transport der Hölze Schlepptromper zu verwenden. Als mehrere dieser Tromper im Mai d. J. Agilla zum erstenmale passierten, versuchten die Angeklagten durch Legen von Hindernissen, Versperrung der Wasserstraße, Zerreißen von Tristen und durch Werfen mit Steinen den Weitertransport zu verhindern. Die Strafkammer verurteilte wegen Teilnahme an diesen Ausschreitungen 11 Hölzer zu Gefängnisstrafen von 1 bis 5 Monaten, eine Frau zu 3 Monaten, in einem Falle erfolgte Freisprechung.

Reichstag.

73. Sitzung vom Freitag, den 13. Dezember, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Dr. Delbrück.

Nach Erledigung einiger Rechnungssachen wird die erste Beratung des Börsengesetzes fortgesetzt.

Abg. Singer (Soz.):

Die Begründung der Vorlage bedeutet die völlige Preisgabe der Grundsätze, die für die Regierung bei dem Börsengesetz von 1896 maßgebend waren. Ich ziehe daraus den Schluss, daß die Regierung im Jahre 1896 die damalige Vorlage gegen ihr besseres Wissen den Agrariern zu Liebe eingebracht hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Wirkungen dieses Gesetzes von 1896, wie sie gestern mehrfach dargestellt wurden, haben wir bereits damals vorausgesehen, und es gehörte eben der absolute Wille, die Gesetzgebung bestimmten agrarischen Interessen dienbar zu machen, dazu, um solch ein Gesetz im Reichstag zur Annahme zu bringen. Ich finde aber, daß auch bei der gegenwärtigen Vorlage die Begründung mit dem Gesetze stellenweise in trügerischem Widerspruch steht. Das erklärt sich eben daraus, daß die Herren von der Regierung, die das Gesetz gemacht haben, wohl die volkswirtschaftliche Bedeutung solcher Gesetzesbestimmungen erkennen, aber andererseits nicht in der Lage sind, den Fesseln, die das Agrarierturn ihnen angelegt hat, zu entfliehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Sie kommen daher zu einer Art von Arbeit, die man nur als halbe Arbeit bezeichnen kann und die eine gewisse Ähnlichkeit mit der bekannten Springprozedur hat; es geht einen Schritt nach links und drei nach rechts.

(Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Herr Reichstagspräsident hat neulich als maßgebend für die Blaupolizei den Grundsatz aufgestellt, die Blaupolizei müsse Zweckbewußtsein und Selbstbeherrschung verbinden. Nach diesem Rezept ist auch diese Vorlage ausgearbeitet, sie vertritt das Zweckbewußtsein des agrarischen Teiles des Blocks und erfordert im hohen Maße die Selbstbeherrschung des liberalen Teiles des Blocks (Weiterkeit und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), und ich glaube auch nicht, daß sich die Regierung über das Maß der Selbstbeherrschung, das der Liberalismus auszubilden imstande ist, getäuscht hat. Schon die Selbstbeherrschung des Liberalismus beim Reichsvereinsgesetz war eine ganz wunderbare; besonders Herr Müller-Reinigen hat darin Hervorragendes geleistet. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hier ist diese Selbstbeherrschung aber noch größer. Trotz der Verwahrung des Herrn Kämpf in bezug auf die Produktionsbörse war doch das A und das O seiner Ausführungen, daß er höchst befriedigt ist von den Bestimmungen der Vorlage in bezug auf die Effektenbörse.

Für und liegt die Bedeutung des Entwurfs im § 50, auf den ich etwas näher eingehen will. Er will den

Terminhandel

in Getreide wie bisher weiter verbieten, aber den Terminhandel in Fabriks- und Bergwerksanteilen wieder zulassen. Wir halten den Terminhandel für eine wirtschaftliche Notwendigkeit, soweit und solange die Börse selbst eine Notwendigkeit der kapitalistischen Gesellschaft ist. Wenn man sich aber vor die Frage stellt, welchen Terminhandel wir für wichtiger halten, den in Effekten und Industriepapieren oder den in Getreide- und Mühlenfabrikaten, so würden wir ohne Besinnen antworten, daß der letztere uns im Interesse der allgemeinen Volkswirtschaft ungleich wichtiger ist. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wer sein Geld in Effekten, Staats- oder Industriepapieren anlegen will, der kann zur Not in dem Augenblick, wo er das Geld zur Verfügung hat, seine Dispositionen treffen, worin er es anlegen will. Da aber, wo es sich um eine Vermehrung oder Verminderung, um eine Verarbeitigung von Produkten handelt, da muß der Geschäftsmann, um überhaupt die geschäftlichen Dispositionen treffen zu können, die notwendig sind, um sein Geschäft zu halten, vorher seine Einkäufe machen, damit er zu einem bestimmten Zeitpunkt mit Sicherheit auf die Lieferung rechnen kann, und damit er auch seinerseits sein Geschäft darauf einrichten kann, die Ware zu bearbeiten und die Produkte wiederum zur rechten Zeit an seine Kundschaft zu liefern. Mag der Terminhandel in Effekten und Börsenpapieren also auch nützlich und notwendig sein, so ist er es doch erst in zweiter Reihe; für die Volkswirtschaft und die breite Masse der Bevölkerung ist der Terminhandel in Getreide um ungleich bedeutungsvoller. Wir haben weder an der Börse überhaupt noch an der Produktionsbörse ein unmittelbares Interesse. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für uns steht die Frage nur so, wie der Getreideterminhandel entsprechend den allgemeinen volkswirtschaftlichen Gesetzen zu wirken geeignet ist. Und da wollen die Agrarier den Terminhandel gerade deshalb verbieten, weil er geeignet ist, der breiten Masse der Bevölkerung billigere Nahrung zu beschaffen; sie befürchten von ihm, daß er eine Preissteigerung des Getreides herbeiführt. Wir aber haben das größte Interesse daran, dem Volke die Möglichkeit zu geben, sich

billigeres Brot

zu verschaffen, und das ist der einzige Gesichtspunkt, von dem aus wir überhaupt diesen Börsenfragen näherzutreten. All die Behauptungen von gegnerischer Seite, als seien wir Freunde der Börse oder wollten gar den Börsenwandel begünstigen, gehören in das Reich der Legende und finden in den Taten der Sozialdemokratie nicht den geringsten Untergrund. Wir vertreten noch heute den Standpunkt, den wir von jeher eingenommen haben, daß innerhalb der heutigen Wirtschaftsverhältnisse die Börse notwendig ist, und deshalb erweist es uns ein Unsinns, ein Konjens, an die Börse andere moralische Maßstäbe anzulegen als an die kapitalistische Gesellschaft überhaupt. Wir erwarten von der Börse keine höhere Moral, als wir sie sonst im kapitalistischen Getriebe finden. Die Moral der Börse ist genau so gut und so schlecht, wie sie in der bürgerlichen Gesellschaft sein muß. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Ausdehnungen über die Börse haben sich nicht so rasch geändert, wie die der Väter des Börsengesetzes von 1896. Wir betrachten die Börse nach wie vor als ein Institut, das dem Austausch von Waren und Effekten dienen soll, wir meinen sie von diesem Gesichtspunkte aus mit keinem anderen Maßstab, als all die anderen bürgerlichen Institutionen, die heute notwendig sind, und haben nicht das mindeste Interesse daran, das Börsengesetz zu erschweren. Von diesem Standpunkt also betrachten wir die ganze heutige Vorlage und auch ihre Hauptbestimmungen über den Terminhandel.

Gerade hier trifft es zu, daß die Regierung nur halbe Arbeit gemacht hat und sich nicht aus den Fesseln des Agrarierturns loswinden konnte. Die Regierung geht in den Revidierten des Gesetzesentwurfes selbst zu, daß das Verbot des Terminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten zu schweren Uebelständen geführt hat, aber sie vermag sich nicht dazu zu entschließen, die Aufhebung dieses Verbotes zu beantragen, sondern umschreibt den Begriff des Terminhandels. Aus dieser Umschreibung muß natürlich eine Quelle neuer Rechtsstreitigkeiten und Schwierigkeiten entstehen. Was ist das überhaupt für eine Logik in dem Gesetzentwurf? Zuerst wird der Terminhandel in Getreide- und Mühlenfabrikaten verboten und hinterher werden in einer Umschreibung diejenigen Börsentermingeschäfte in Getreide angegeben, die nicht unter dieses Verbot fallen sollen. Die Regierung ist wahrscheinlich sehr stolz darauf, daß sie auf diesen Ausweg verfallen ist. Aber ich glaube nicht, daß ein anderes Gesetz des Deutschen Reiches einen so trügerischen Weg eingeschlagen hat. Diese Formulierung ist weder klar noch in ihrem Inhalt allgemein verständlich. Wenn die Regierung auf dem Standpunkt steht, daß der Terminhandel im Getreide

verbieten sein soll, so darf sie nicht nachher dieselben Geschäfte unter anderem Namen wieder erlauben. Denn das ist doch der Inhalt des § 50. Oder ist der Herr Handelsminister in der Lage, anzugeben, welcher Unterschied zwischen dem Börsenterminhandel besteht, den das Gesetz verbietet und dem, den es erlaubt? (Weiterkeit und Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Vorlage entspringt in diesem Punkte der Verlegenheit, einestheils die Bestimmungen des geltenden Gesetzes, die sich als undurchführbar erwiesen haben, zu beseitigen und andererseits so zu tun, als ob das Verbot des Terminhandels aufrecht erhalten würde. Diese Verschleiierung ihrer Absichten ist der Regierung aber nur sehr mangelhaft gelungen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir halten nach wie vor das Verbot des Terminhandels in Getreide- und Mühlenfabrikaten für volkswirtschaftlich schädlich und durchaus ungerechtfertigt, für eine Konzeption an der agrarischen Interessen zum Schaden der breiten Masse der Bevölkerung. Wir verstehen es durchaus, daß die Agrarier auf dem Standpunkte stehen, sie müßten hohe Getreidepreise haben, damit sie eine hohe Grundrente erzielen. Selbstverständlich haben hohe Getreidepreise eine Erhöhung der Grundrente zur Folge, aber sie haben zur Folge auch eine Verteuerung des Bodens und des Getreides, das auf ihm wächst, und diese Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel bringt den breiten Volksmassen schweren wirtschaftlichen und gesundheitlichen Schaden. (Lebhaftes Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir aber betrachten es nicht als unsere Aufgabe, einer Handvoll von Großgrundbesitzern auf Kosten des Volkes hohe Einnahmen zu verschaffen. Wir halten ein solches Beginnen, durch Verbot des Getreideterminhandels die Getreidepreise und die Grundrente höher zu treiben, für volksfeindlich, und daran können all die moralischen Redereien über den Börsenschwindel nichts ändern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In Wahrheit sollte den Agrariern das Börsengesetz nicht dazu dienen, die Moral zu fördern, sondern der Bevölkerung die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das beweist ja schon die gänzlich ungerechte Bevorzugung der Effektenbörse. Nach unserer Auffassung ist die Börse eine Einheit, wir wollen kein Gebiet der Börsenartigkeit benachteiligen und keines bevorzugen. Da ist es nun charakteristisch, daß die rechte Seite des Hauses sich mit keinem Worte dagegen wendet, daß die Effektenbörse durch dieses Gesetz in außerordentlicher Weise erleichtert wird, sondern nur gegen die Produktionsbörse. An der Effektenbörse treten nämlich die Herren von der Rechten vielleicht selbst als Käufer und Verkäufer auf, und insofern ist ihnen eine möglichst große Freiheit der Effektenbörse ganz angenehm. In die Produktionsbörse aber kommen sie nur als Verkäufer; da wollen sie möglichst hohe Preise bekommen, und darum nutzen sie die gesetzgebende Gewalt, die sie in dieser gesetzgebenden Versammlung hier haben, dazu aus, um den Teil der Börse, der eine freie Preisbildung in Getreide herbeiführen kann, in seiner Tätigkeit zu unterbinden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ueberhaupt zieht sich die

Bevorzugung der Landwirtschaft und der Agrarier

wie ein roter Faden auch durch die nebensächlichen Bestimmungen des Entwurfes. In den §§ 38a und 38b wird bestimmt, daß für die Zulassung von Industriepapieren zum Börsenhandel die Einreichung eines Prospektes erforderlich ist. Von der Notwendigkeit dieser Einreichung eines Prospektes sind die Staats- und Kommunalanleihen von jeher ausgenommen. Jetzt sollen aber auch die Pfandbriefe der landwirtschaftlichen Kreditanstalten von dieser Einreichung des Prospektes befreit werden. Das hört sich ganz harmlos an, bedeutet aber doch eine wesentliche Begünstigung der agrarischen Schuldner; denn in dem Prospekt müssen sich die Gesellschaften genau über ihre finanziellen Verhältnisse aussprechen. Manches landwirtschaftliche Kreditinstitut hat aber nicht unerhebliche Pfrückerstände oder emangelt der für die Zulassung zum Börsenhandel notwendigen Generalhaftung aller. Wenn das alles im Prospekt ausgesprochen werden müßte, würde vermutlich manches Papier nicht zugelassen werden. Um aber die Unterbindung der landwirtschaftlichen Pfandbriefe möglichst zu erleichtern, werden sie von der allen anderen Papieren auferlegten Einreichung eines Prospektes befreit. Das zeigt, wie es die agrarischen Kreise verstehen, selbst in solchen Kleinigkeiten Vorteile für sich von der Regierung heranzupressen.

Beim

Terminhandel im Getreide

hat die Vorlage den eigentümlichen Weg betreten, den Kreis der Personen einzuschränken, denen es gestattet ist, an der Börse Terminhandel zu treiben. An sich haben auch wir nichts dagegen, wenn der Kreis derjenigen Personen, die an der Börse Geschäfte machen sollen, aus diejenigen Leute eingeschränkt wird, die nach Beruf und Beschäftigung dazu geeignet sind. Ich bin mit dem Kollegen Semler der Meinung, daß der berühmte „Portier“ besser tut, nicht an der Börse zu spekulieren. Aber diejenigen Leute, deren Neigung dahin geht, teils aus Leidenschaft, teils aus Unverständnis an der Börse zu spielen, werden sich auch durch solche Bestimmungen nicht abhalten lassen, Börsenspekulationen zu treiben. Wenn sie nicht selbst an die Börse gehen dürfen, so finden sie tausend andere Kanäle zur Börsenspekulation, und die moralische Erziehung, die die verbündeten Regierungen hier erreichen wollen, wird durch tausend Hintertüren praktisch doch vereitelt. Auch hier haben wir also wieder eine einschneidende Bestimmung, die keinerlei praktische Bedeutung hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herrn Koempf muß ich darin recht geben, wenn er sagt: entweder das Handelsregister wird als maßgebend für die rechtliche Befähigung, Börsengeschäfte zu machen, angesehen oder nicht. Die Ausnahme aber, die hier konstituiert ist, muß zu einer Quelle von Streitigkeiten und Prozessen führen. Man könnte fast auf die Vermutung kommen, die Bestimmung sei hineingekommen, damit der Reichsdiskus möglichst viel Einnahmen hat. (Weiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Hierin liegt also ein logischer Mangel der Vorlage. Ähnlich unlogisch und zu Verwicklungen führend ist weiter die Bestimmung, daß ein Landwirt zu solchen Geschäften nur in dem Umfange seiner Jahresproduktion und seines Jahresverbrauchs zugelassen werden soll. Das ist ganz unverständlich und vor allem undurchführbar, weil jede Möglichkeit der Kontrolle dabei fehlt. Und das hat Herr Ritter gestern schon richtig betont. Wollen Sie vielleicht einführen, daß in Fällen, wo der Landwirt die Bestimmung nicht einhält, von ihm der Differenzbetrag gemacht werden kann, oder wollen Sie etwa den Kaufmann schädigen, der in gutem Glauben mit dem Landwirt das Geschäft gemacht hat? Weiter halte ich es nicht für richtig, daß die Ausländer in diesem Gesetzentwurf anders behandelt werden als Inländer. Wir dürfen doch nicht etwas für Inländer als unmoralisch bezeichnen, was wir den Ausländern gestatten oder umgekehrt. Ganz unbrauchbar sind aber die Bestimmungen des Gesetzes, die davon handeln, unter welchen Umständen ein abgeschlossenes Geschäft nicht erfüllt zu werden braucht. Wenn einmal bestimmt ist, welche Personenkreise Börsentermingeschäfte in Getreide, oder Mühlenfabrikaten machen dürfen, und hinterher steht, daß die Einrede aus den §§ 763 und 764 B. O. B. erlaubt ist, so wird damit die erste Bestimmung des Paragraphen wieder aufgehoben. Ich komme da zu der Auffassung, die Herr Ritter vom Zentrum gestern zum Ausdruck gebracht hat. Er hat eine ganz eigentümliche Moral zum besten gegeben, wenn er meinte, es sei nicht unmoralisch, einen Einwand zu machen, der die Befreiung einer übernommenen Verpflichtung bezwecke, sondern unmoralisch sei es, ein solches Geschäft zu machen. Wenn ein solches Geschäft überhaupt zulässig ist, dann ist es doch klar, daß es das erste Erfordernis eines ethischen, auf Treu und Glauben Anspruch machenden Geschäftsmannes ist, die Verpflichtung, die er übernommen hat, soweit er dazu imstande ist, zu erfüllen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Solche Leute aber auf die Paragraphen des B. O. B. hingewiesen, die

sie befähigen, von den Folgen eines solchen Geschäftes frei zu werden, wenn sie Verluste haben, die ihnen aber nicht beizubringen, daselbe Geschäft aufrecht zu erhalten, wenn sie Gewinn erzielen, das nenne ich unmoralisch, gegen Treu und Glauben handeln. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In dieser Bestimmung liegt eine Degradation des ganzen Kaufmannstandes. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Offiziere, die Verpflichtungen aus Spiel und Wette nicht einlösen, gelten in den Augen ihrer Standesgenossen als unmoralisch. Ebenso muß ich aber auch sagen, daß derjenige Kaufmann, der nicht mit Anspannung aller seiner Kräfte und Aufopferung alles dessen, was er besitzt, seine Verpflichtungen zu erfüllen bestrebt ist, in den Augen aller anständigen Kaufleute als Schuft und Lump bezeichnet wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Kommission daher etwas Vernünftiges schaffen will, so muß sie diese Bestimmungen aus dem Gesetz beseitigen.

Herr Ritter hat durch seine Ausführungen bewiesen, daß er von den praktischen Dingen keine blasse Ahnung hat. Er behauptete, daß das Gesetz von Angebot und Nachfrage falsch ist, da in gewissen Fällen die erzielten Preise hinter den Produktionskosten zurückbleiben. Ich glaube, jeder junge Mann, der seit Jahren in einem Geschäft tätig ist, wird lächelnd die Ähneln über diese Ausführungen zuden. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage verhindert eben die Ausbeutung der Konsumenten durch die Produzenten in der Weise, wie es die Herren Produzenten wünschen. Ich erinnere an den Antrag des Grafen Kanitz, der auch zu meiner Freude und großem Bedauern gestern am Weiterreden verhindert wurde, und dem ich auch aufrichtig wünsche, daß sein Unwohlsein sich schnell bessern wird. Dieser Antrag Kanitz wollte bekanntlich, daß der Staat den Großgrundbesitzern einen bestimmten Nutzen garantierte. Damals fiel aus hohem Munde das Wort vom

Brotvucher.

Ich will jetzt auf diese Dinge nicht weiter eingehen und nur darauf hinweisen, daß, wenn Sie das Gesetz von Angebot und Nachfrage aus dem Handel ausschließen, Sie zu der Konsequenz des Abgeordneten Kanitz kommen. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage dient, wie gesagt, nur dazu, die übermäßigen Anforderungen der Produzenten etwas einzuschränken, und dazu wird natürlich die Konkurrenz der Produzenten untereinander benutzt. Ein solches Gesetz, das innerhalb der bürgerlichen, kapitalistischen Gesellschaft maßgebend ist, kann nicht außer Kraft gesetzt werden durch eine Novelle zum Börsengesetz.

Ich will nunmehr kurz unsere Stellung zu dem Entwurf präzisieren. Wir erkennen durchaus nicht, daß die Novelle gegenüber den bestehenden Verhältnissen einige Verbesserungen enthält. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß wir den Entwurf in allen seinen Teilen gutheißen. Aber von dem Standpunkt aus, den wir ja immer vertreten: Verbesserungen bestehender Gesetze nicht entgegenzusetzen, auch wenn nicht alles das erfüllt wird, was wir von einem solchen Gesetz verlangen — kann ich sagen, daß wir unsere endgültige Entscheidung von der weiteren Gestaltung der Novelle in der Kommission und der weiteren Beratung abhängig machen werden. Ich bedauere, daß wir von konservativer Seite noch keine vollständigen Ausführungen zu der Vorlage gehört haben. Nach den Äußerungen der konservativen Presse können wir ja annehmen, daß die Konzeptionen bestrebt sein würden, das Gesetz noch in ihrem Sinne zu verschärfen. Sollte das der Fall sein, dann wird unsere Haltung ja besonders ins Gewicht fallen. Wir werden uns jedenfalls bemühen, diejenigen Bestimmungen abzuändern, die der breiten Masse der Bevölkerung, die vor allem bei der Produktionsbörse interessiert ist, nachteilig sind. Dies ist unsere Aufgabe bei dem Gesetz; wir vertreten nicht die Interessen der Agrarier, ebensowenig aber auch die Interessen der Börse. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Böhm (wirtsch. Bg.): Der Abgeordnete Singer sagte, durch das Verbot des Terminhandels in Getreide würden die Getreidepreise in die Höhe getrieben; in Wirklichkeit haben vor dem Verbot gewaltige Preistreiberien in Getreide stattgefunden. Herr Singer meinte, die Moral der Börse entspreche der bürgerlichen Moral überhaupt; nun, die Moral des sozialdemokratischen Zukunftstaates wird illustriert durch die Tatsache, daß in Hamburg der Vorhänge des sozialdemokratischen Wanderverbandes durch Börsenspekulationen dazu gebracht wurde, die Gelder der Verbandskasse anzugreifen, die aus Arbeitergroßen zusammengebracht waren. (Hört! hört!) Wir wollen keine Spekulationen dulden und werden daher keiner Bestimmung zustimmen, durch welche der Terminhandel in Industriepapieren wieder gestattet werden soll. Hingzu kommt, daß die Börse keine bürgerliche Bestimmung zeigt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Aber das Bahlgeld von der Börse haben Sie genommen!) Das ist nicht wahr. Weder wir noch die konservative Partei hat Geld zu Bahlgeld von der Börse genommen. An der Börse wird vor allem das jüdische Element vor, daher rührt die Mißstimmung gegen sie.

Abg. v. Sch.-Zaworski (Pol.): Die Regierung nimmt mit dem Gesetzentwurf einen vermittelnden Standpunkt zwischen den Interessen der Börse und denen der Landwirtschaft ein. Gegenüber den Polen hat sie einen derartigen zu billigen Standpunkt leider nicht. Wir werden in der Kommission gern an der Ausgestaltung des Entwurfes mitarbeiten. (Bravo! bei den Polen.)

Abg. Dr. Diederich (Hann. L.): Das Börsengesetz hat einen großen wirtschaftlichen Aufschwung keineswegs verhindert; auch die Hausfinanz hat sich unter ihm ganz kolossal entwickelt. Die Konzentration der Großbanken beruht nicht auf dem Börsengesetz, sondern auf der größeren Sicherheit der Banken. Auch die Landwirtschaft hat von dem Börsengesetz von 1896 Vorteile gehabt; denn in ihre Preisbildung ist mehr Stetigkeit hineingekommen. (Sehr richtig! rechts.) Die Leiter der großen Industrieunternehmen waren 1896 selbst gegen den Terminhandel in Industriepapieren; jetzt sind sie nicht mehr dagegen, weil die Industrieunternehmen selbst von der Börse abhängig geworden sind. Dieser Zustand ist sehr bedauerndwert. Wir sollten uns in der Kommission gründlich überlegen, ob wir das Verbot des Terminhandels in Montan- und Industriewerten aufheben sollen; ich persönlich kann dem nicht zustimmen. Ich beantrage die Verweisung des vorliegenden Entwurfs an eine Kommission von 28 Mitgliedern. (Bravo! rechts.)

Abg. Dove (fr. Bg.): Das Zeitgeschäft muß gesetzlich sichergestellt werden, und das ist nicht möglich, wenn der Differenzbetrag zugelassen wird. Auf Einzelheiten will ich nicht eingehen, in der Kommission werden wir an das Gesetz herangehen mit dem Gesichtspunkt, die Schäden, die sich unter der Herrschaft des Börsengesetzes herausgestellt haben, zu beseitigen. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Zimmermann (Antif.): Trotz schwerer Bedenken gegen den vorliegenden Gesetzentwurf werden wir für die Kommissionsberatung stimmen.

Hiermit schließt die Diskussion. Die Vorlage wird an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzes über die

Erleichterung des Wechselprotestes.

Abg. Bernold (L.) ist mit dem Entwurf einverstanden, wünscht aber doch Kommissionsberatung.

Abg. Weber (natl.) (auf der Tribüne fast völlig unverständlich) scheint ebenfalls der Vorlage sympathisch gegenüberzustehen.

Abg. Ehrenhört (Rp.) spricht sich für Kommissionsberatung aus.

Abg. Ullrich (fr. Bp.): Die Zustimmung wird uns erleichtert durch die Bestimmung, daß für Versehen der Postbeamten die Postverwaltung haftbar sein soll.

Staatssekretär des Reichspostamts Kraeffe: Die Postverwaltung hat sich freiwillig zur Übernahme der Proteste erklärt.

um dem Publikum die Protekte zu erleichtern und zu verbilligen. Weil wir aber noch nicht übersehen können, wie die Ausführung dieses Geschäftes sich gestalten wird, wollen wir nur mit den Wechseln bis 800 M. anfangen und weitergehen, sobald die Erfahrungen uns das gestatten. Lediglich dieser Absicht soll § 3 dienen.

Abg. Storch (S. P.): Wir begrüßen den Gesetzentwurf, der in dieser Beziehung Erleichterungen bringt. Es mühte aber die Haftung für die Wechsel, die beim Wechselprotekte gemacht werden, einheitlich geregelt werden.

Abg. Roth (Wirtsch. B.): Wir schließen uns dem Antrag auf Überweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission an.

Abg. Frank (Soz.):

Das Bestreben, das Protektverfahren bei Wechseln zu erleichtern und zu vereinfachen, billigen wir. Der vorliegende Entwurf enthält ein großes Vertrauen gegenüber den Postbeamten, die künftig die Nacharbeit haben werden, die aus dem Postprotekte der Wechsel erwächst. In der Vorlage liegt eine große Anerkennung für diese Unterbeamten, und ich hoffe, daß diese Anerkennung sich auch zeigen wird, wenn es sich darum handelt, die Gehälter dieser Beamten zu regeln. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Meine Freunde sind bereit, in der Kommission mitzuarbeiten; es wird notwendig sein, daß die Kommission die Gehälter für den Wechselprotekte gesetzlich festlegt und ihre Bestimmung nicht der Postverwaltung überläßt. Ebenso scheint es nicht richtig, daß der Regierung die Auswahl der Wechsel überlassen wird, für welche der Postprotekte zulässig sein soll. In dieser Richtung wird die Kommission entsprechende Bestimmungen in das Gesetz aufnehmen müssen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. — Der Gesetzentwurf wird an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Darauf verlagert sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 8. Januar, 2 Uhr nachmittags.

Zugordnung: 1. Fortsetzung der Beratung des Antrages Graf Kompech (S.) betr. Förderung des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes.

2. Beratung des Antrages Richtshofen (L.) betr. Versicherung der Privatbeamten.

Schluß 6 Uhr.

Budgetkommission.

5. Sitzung vom 13. Dezember.

Bei Beginn der Sitzung stehen die nationalliberalen Klotzenreiter nochmals am Pranger. Die „Tägliche Rundschau“ hat auf Paasche's gestrige Erklärung, daß die Nationalliberalen ihren Angriffen auf Tirpitz völlig fern stünden, ziemlich grob geantwortet und Paasche gerade als denjenigen bezeichnet, der die Neuerung getan habe: Man müsse Zentrumsabgeordneter sein, um von der Regierung eine Antwort zu erhalten. Paasche schränkt nun seine gestrige Bemerkung ein,

nicht für die ganze nationalliberale Fraktion habe er die „Tägliche Rundschau“ abschnitten wollen, sondern nur für die vier in der Kommission anwesenden Abgeordneten Oriole, Semler, Stresemann und Paasche. Er bestritt auch, die ihn in den Mund gelogte Neuerung getan zu haben. Abg. Speck bringt Stresemann's Angriff auf den bairischen Prinzen Ruprecht in der Kolonialgesellschaft zur Sprache und protestiert lebhaft dagegen. Richtshofen würde sich dem Protest anschließen, da die Bemerkung sein monarchisches Gefühl verletzle, wenn die Neuerung in der Kommission gefaßt sei. Paasche bedauert, daß Stresemann nicht amendeud ist — er ist schon wieder ausgefallen — es wird sehr deutlich der Verdacht ausgesprochen, daß er sich gedrückt habe, wogegen indessen seine Parteigenossen protestieren. Bebel wendet sich in einer Geschäftsordnungsbemerkung dagegen, daß die Kommission sich zum Zensor von Prey-

und Versammlungsausschüssen aufwerfe. Damit ist diese Debatte erledigt.

Marineminister Tirpitz gibt Aufklärung über den von Ledebour vorgebrachten Fall der widerrechtlichen Zurückbehaltung von Marineoffizieren. Es handelte sich um vierjährig freiwillige, die 3½ Jahr gedient hätten, also noch ein halbes Jahr vor Beendigung ihrer eigentlichen Dienstzeit entlassen würden. Wahrscheinlich sei der Verlust daraus entstanden, daß die allgemeine Dienstzeit nur 3 Jahre betrage.

Die Beratung wendet sich nun wieder dem Etat zu. Bei der Forderung von 6½ Millionen für „Ersatz Oldenburg“ bringt Müller-Gulda eine Reihe Fragen über den

Preis der Schiffneubauten

vor, woran sich längere vertrauliche Mitteilungen über Preise und Bau der neuen Schiffe schließen. Aus verschiedenen Gründen, darunter der Marineminister die „geringeren Löhne“ mit in erste Reihe stellt, sind die Preise erheblich in die Höhe gegangen. Ledebour fragt an, ob die Marineverwaltung Bedingungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse stellt, wenn sie Schiffe bei Privatwerften bauen läßt. Weiter polemisiert Ledebour gegen eine Bemerkung des Marineministers über den kolossalen Wert der allgemeinen Wehrpflicht für die gewerbliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter.

Der Marineminister verneint Ledebours Frage nach der Beeinflussung der Arbeitsverhältnisse bei Privatwerften. Die Marineverwaltung stelle solche Bedingungen nicht, erstens wolle man nicht eingreifen in Privatbetriebe, und dann sei schwer kontrollierbar, ob etwa gestellte Bedingungen gehalten würden. Die Bemerkung über die Wehrpflicht bitte er als Anekdote aufzufassen. Bleibt aber dabei, daß die allgemeine Wehrpflicht eine ausgezeichnete Volksschule sei. Bebel bekennt sich zur

wirklich allgemeinen Wehrpflicht,

selbstverständlich unter der Voraussetzung einer starken Verkürzung der Dienstzeit. Aber die Folgen, welche der Marineminister für die gewerbliche Leistungsfähigkeit des Volkes daraus ableite, bestehen nicht, das habe der Minister durch seine späteren Ausführungen, die im Widerspruch mit der ersten Behauptung stehen, selbst bestätigt. Bebel wendet sich nun gegen die Auffassung des Marineministers, der Staat habe sich in die Privatindustrie nicht einzumischen. In England sei man ganz anderer Meinung, dort sehe die Regierung auf dem Standpunkt

für gute Arbeit auch gute Löhne.

Wiemer ist auch beunruhigt über die rapid steigenden Preise; er sei der Auffassung Ledebours, daß der Zolktarif dabei eine große Rolle spiele. Die Debatte wird hier vielfach durchbrochen von vertraulichen Erörterungen schiffsbautechnischer Fragen. Ledebour widerspricht dem Marineminister im Hinblick auf die Arbeitsvergehung. Einer Kontrolle bedürfte es nicht, die Gewerkschaften üben schon genug Kontrolle. Außerdem ist der Arbeiterauschuss dr. Allerdings muß man die Arbeiterausschüsse respektieren und ihnen nicht verbieten, Eingaben zu machen, wie das geschehen ist. Gröber stellt den Antrag, die Regierung möge Arbeiten nur an Firmen vergeben, in welchen die gesetzlichen Vorschriften und tarifmäßigen Vereinbarungen eingehalten

werden. Er begründet seinen Antrag mit denselben Argumenten wie Ledebour. Tirpitz hält den Antrag für unausführbar, indirekt wolle die Marineverwaltung schon auf die Privatindustrie ein. Semler spricht gegen den Antrag Gröber, Erzberger verteidigt ihn. Dietrich hält den Marineetat nicht für geeignet, diese allgemeine grundsätzliche Frage zu entscheiden. Die konservativen würden gegen den Antrag stimmen. Ledebour polemisiert gegen Dietrich. Die Geschäftslage müsse es gestatten, die Arbeiterinteressen zu wahren, und der Etat der Marineverwaltung ist auch der rechte Platz, denn sie hat sehr umfangreiche und viele Millionen kostende Arbeiten zu vergeben. Wir werden für den Antrag stimmen, der unserer Anregung entspricht.

Gröber stellt daraufhin seinen Antrag bis zur nächsten Sitzung zurück.

Ohne weitere Debatte wird dann der „Ersatz Oldenburg“ und ebenso ferner die Ersatzbauten für 11 Millionen als erste Raten und zwei Neubauten mit 6½ Millionen als erste Raten. Für

Topographische Atlanten

werden sodann Raten im Betrage von 17½ Millionen bewilligt. Bei einer Forderung für Unterseeboote werden technische Fragen erörtert, die wiederum vertraulich bleiben.

Die Anfordernng wird bewilligt und die Sitzung damit abgeschlossen.

Nächste Sitzung: 9. Januar, vormittags 10 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Blutw. Heft 50. Reichliche Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen. (Herausgeber: Georg Bernhardt.) Verlag Berlin-Charlottenburg, Godeshestraße 60.

Phönix-Kalender für Schüler und Schülerinnen. Januar 1908 bis Ostern 1909. Bearbeitet von Dr. H. Reusch. Ausgabe A 1 M., Ausgabe B 60 Pf. — Die Spielplatzstadt. Eine Erzählung für die Jugend von Walter Heise. In Leinen gebunden 1.50 M. — Den Nordhof erreicht. Schilderungen aus dem amerikanischen Leben für die weite Jugend, von Oscar Knochmann. In Leinen gebunden 3 M. Rast Eutin, Phönix-Verlag, Rastow.

Die Geächteten. Wilhelm Bloß. Sozialpolitischer Roman aus der Zeit des Sozialkrieges. Erster Band. Mit Illustrationen. In sechs Lieferungen a 20 Pf., broschiert 1.20 M., elegant gebunden 2 M. Verlag der Buchhandlung Volkshilfe, Frankfurt a. M.

Der Spekulationswahn. Eine medizinisch-wirtschaftliche Betrachtung. Dantsig, Kommissionsverlag von A. W. Rosemann.

Wasserstands-Nachrichten

der Landeshauptstadt für Gewässerstände, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 12.12.	am 11.12.	Wasserstand	am 12.12.	am 11.12.
	cm	cm		cm	cm
Remel, Mühl	348 ⁹	+17	Saale, Großh.	124	+14
Regel, Jüterburg	118 ⁹	+20	Saale, Spandau	91	-1
Seidel, Thon	54 ⁹	+8	Stettin (Spreew.)	112	+0
Ober, Rathbor	151	+3	Spreew., Spremberg	102	+0
Kroffen	94	+3	Westm.	123	+0
Kranfurt	102	+1	Weser, Hörden	40	+5
Wärthe, Schimm	85	+13	Weser, Minden	80	+25
Landberg	42	+4	Rhein, Rungmühlendau	430	-40
Rege, Borsdamm	38	+6	Rhein, Röh	228	+58
Elbe, Leimberg	18	+13	Rhein, Köln	290	+59
Dresden	-140	+22	Redar, Dellbrunn	70	-6
Berlin	68	+5	Rain, Bietheim	153	+21
Magdeburg	78	-1	Rosel, Lier	-	-

*) + bedeutet Zufluß, - Fall. - *) Unterpegel. - *) Ebend.

Witterungsübersicht vom 13. Dezember 1907.

Stationen	Barometerstand um 7 Uhr	Windrichtung	Wolken	Temperatur um 7 Uhr	Stationen	Barometerstand um 7 Uhr	Windrichtung	Wolken	Temperatur um 7 Uhr
Stettin	752	SW	4 bedeckt	3	Haparanda	767	D	1 bedeckt	-15
Danzig	750	SW	3 bedeckt	3	Veterburg	764	SW	2 bedeckt	-18
Berlin	750	SW	2 bedeckt	2	Stoll	751	SW	4 bedeckt	7
Frankfurt	751	SW	4 bedeckt	5	Aberdeen	743	SW	2 bedeckt	2
München	755	SW	5 bedeckt	4	Paris	754	SW	2 bedeckt	8
Wien	754	SW	2 bedeckt	6					

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 14. Dezember 1907. Etwa wärmer, teilweise aufklarend, vorwiegend trübe mit Regenfällen und ziemlich kalten südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau

W. Zapel,
Hut-Fabrik, Skalitzerstr. 131.
Größtes Spezial-Geschäft
für Seiden- und Filz-Hüte.
Lager in Schirmen und Mützen. 33032*

Carl Lorenz, Hutfabrik
(früher Arnold & Eggert)
44 Waldemarstr. 44, part.
Weiche Herrenfilzhüte v. 1,75—5,25 M.
Stiefe Herrenfilzhüte „ 2,00—5,25 „
Cylinderhüte zu 4, 6, 8, 10 u. 12,00 „
Chapeaux claque „ 8, 10 u. 12,00 „
im Einzelverkauf. 509L*
Feste Preise. — Kein Laden. — Größte Auswahl.

Durch Ersparung teurer Ladenmiete bin ich in der Lage,
Grammophone, Phonographen, Fahrräder, Platten, Walzen und Zubehörteile
konkurrenzlos billig zu verkaufen.
Bequemste Teilzahlung.
Herrmann Hoppe,
N. 54, Lothringer Str. 40.

Auf Kredit!
Anzüge
Paletots
Kostüme • Blusen
Röcke • Pelzstolas
Riesen-Auswahl, nur Neuheiten
Anzahl. 3 M. an, pro Woche 1 M.
M. Landau
am Heinrichsplatz Oranien-Str. 193 am Heinrichsplatz

Castan's Panoptikum
165 Friedrichstr. 165
Das Schlangen-Ungeheuer
mit seinen 27 Jungen.
Däumling, der kleinste Mann der Welt!

Sonntag ganzen Tag geöffnet!
Bis Weihnachten
Möbel 30% billiger!
Ankleideschränke, Plüschsofas, Säulentrumeaus, Kleiderschränke, Veriloks, Garnituren, Klubsessel, Chaiselongues, Lederstühle, Büllets, Schreibtische, Bücherschränke, Umbaus, Waschtollette, Piano, Frisiertollette!
Moderne Küche von 65 Mark an!
Aus herrschaftlichem Besitz!!!
Speisezimmer, Herrenzimmer, Salon, Schlafzimmer.
Wohnungs-Einrichtung 200 Mark an!
Transport frei, Aufbewahrung bis zur Abnahme kostenlos!
Nach außerhalb tadellos Verpackung! Geöffnet 8-8
Lothringer Str. 26 (Schönhauser Tor).
Hasemanns Speichereien.
Straßenbahn: 1, 2, 4, 5, 46, 47, 48, 50, 54, 55, 56.

Größte, reellste und billigste Quelle für Uhren, Gold-, Silber- und Alfenidwaren.
Bogislav Krauser, Uhrmacher.
Schöneberg, Hauptstr. 129 gegenüber der Hauptpost.
Fahrgeld wird vorgüet. Etabliert seit 1890.

Oscar Arnold, Dresdenerstr. 116.
(Rein Leder) am Oranienplatz.
Hut und Mützen Engros-Geschäft
Einzelverkauf zu auffallend billigen aber festen Preisen!
Weiche Herrenhüte v. 1,00—7,00
Stiefe Herrenhüte v. 2,00—7,00
Nur fehlerfreie moderne Ware. Größte Auswahl in Hüten, Mützen und Pelzwaren.

Auf Teilzahl. wöchentl. nur 1 M.
Grammophone, Phonographen, echte Menzshauer-Zithern, Konzert-Zithern, Geigen, Mandolinen, Handharmonikas usw.
Gr. Lager in Zenophon-Platt. Edison-Walze usw.
Eigene Reparatur-Werkstatt.
Jahre's Musik-Spezial-Geschäfte
Berlin N., Ziemischstr. 2, am Brunnenstr.
SO, Pragerstr. 10, am Schlosser Tor.
NW, Kolonnenstr. 22, am Bahnhof Brühlstr.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 1400*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz,
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hygienische Bedarfsartikel,
Gummisachen, 1000e Anerk. V. Prof. u. Aerzt. empl. bill. Apoth. 5. Schwellers Fab. hyg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. Off. verlang.
Billig! Reell!

Nathan Wand
129 Stallstr. 129.
Die schönsten 10012*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge
in neu sowie Spezial Monats-Garderobe
von Spezialisten getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, (geleg. Sauchanzüge sind in großer Auswahl) sind zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
129 Stallstr. 129.
Hochachtungsvoll Nathan Wand
Bitte auf Hausnummer zu achten.

Joppen, Winterpaletots
für Herren u. Knaben in größter Auswahl.
Robert Bohn
Berlin, Invalidenstr. 135
Laden u. I. Etage.
Maßanfertigung unter Garantie.
Feste Preise

Charlottenburg
Praktische Weihnachtsgeschenke:
Gold-, Silber- und Rührmaschinen,
sowie Federäder, empfehle
J. Plüss, Schillerstr. 38/39.
Reparaturen gut und billig. 1194*

reell und preiswert
7842* bei
Walter Kniebusch,
Frankfurter Chaussee 61,
direkt am
Bahnhof Lützenberg • Friedrichsstraße.
Ober-Schöneweide.
Allen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- und Bayrischbier-Lokal.
Eduard Sielof.
Königsplatz 10/11.

Café Ridder
Neue Köstritzer 2*
an der Alten Jakobstraße.
Warme u. kalte Speisen u. Getränke zu jeder Tageszeit. Vorzügliche Mittagstisch 60 Pf. 3 Billards (mit Reklambende) Stunde 40, abends 60 Pf.
Zeitungen u. Journale gr. Auswahl.
Möbelfabrik Julius Apelt
6 Adalbert-Strasse 6
Hochbahnhof Köpenicker Tor
(früher Stallstr. 6)

Warenhaus

Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestrasse 70-71



4 grosse Lebensmitteltage

Sonnabend den 14., Sonntag den 15. Dezember
Montag den 16., Dienstag den 17. Dezember

Backartikel zum Festkuchen

Kaiser-Auszug-Mehl	5 Pfund	90 Pf.
Budapester Art	5 Pfund	1.00
Diamant-Mehl	5 Pfund	1.10
Liebigs selbsttät. Backmehl	Paket	34 Pf.
Backpulver	3 Pakete	25 Pf.
Backessenzen	3 Flasch.	25 Pf.
Vanille-Zucker	3 Pakete	25 Pf.

Sultaninen	Pfd.	60	70 Pf.
Grosse Rosinen	Pfd.	45	55 Pf.
Corinthen	Pfd.	38	Pf.

ZUCKER 5 Pfund 95 Pfennig

Gebrannte Kaffees

Mischung IV	III	II	I
90	110	130	150

Unsere Marken sind des vorzüglichsten Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Süsse Mandeln	Pfd.	1.10	1.20
Bittere Mandeln	Pfd.	1.15	
Citronat	Pfd.	75	Pf.

Konserven

	1/3 Dose	1/2 Dose
Stangen-Spargel Prima . . .	1.40	75 Pf.
Stangen-Spargel extrastark	1.25	65 Pf.
Stangen-Spargel mittelstark	1.05	60 Pf.
Stangen-Spargel dünn . . .	80 Pf.	

	1/3 Dose	1/2 Dose
Bruchspargel Prima	110	60 Pf.
Bruchspargel ohne Köpfe . .	55 Pf.	33 Pf.
Schoten u. Carotten I	70 Pf.	40 Pf.
Kohlrabi mit Grün	28 Pf.	

	1/3 Dose	1/2 Dose
Erdbeeren	85 Pf.	50 Pf.
Mirabellen	65 Pf.	38 Pf.
Pflaumen ^{1/2 Frucht, ohne u. sauer}	50 Pf.	30 Pf.
Stachelbeeren	65 Pf.	35 Pf.

Apfelsinen	Dutzend	30,	45 Pf.
Citronen	Dutzend	40	Pf.
Französische Walnüsse	Pfund	40	Pf.

Als besondere Vergünstigung anlässlich des Weihnachts-Festes verabfolgen wir:
Sonnabend, den 14., Sonntag, den 15. Dezember,
Montag, den 16. und Dienstag, den 17. Dezember cr.

Doppelte Anzahl Sparmarken*

Wir geben sonst bei einem Einkauf von 1 Mark 4 Sparmarken an diesen Tagen jedoch

👉 **8 Sparmarken** 👈

Grosse Spielwaren-Ausstellung in der III. Etage.

Von Sonnabend, den 14. Dezember cr. an sind unsere Verkaufsräume bis 10 Uhr abends geöffnet.
Sonntag, den 15. Dezember von 8—10 Uhr vormittags und von 12—8 Uhr abends geöffnet.

* Ausgenommen sind einige Artikel und Sonder-Angebote.

Für das Weihnachtsfest

Weihnachts-Prämie

in diesem Jahre:

Friedrich Gerstäckers Werke 2 Bände, nur 3,50 M.

Von den vorjährigen Weihnachts-Prämien sind noch in beschränkter Anzahl vorhanden:

Ferdinand Freiligraths Werke

in drei elegant gebundenen Bänden nur 3,- M.

Fritz Reuters sämtliche Werke

zwei Bände, illustriert, mit hochdeutschem Wörterbuch, Preis 3,- M.

Franz Grillparzers sämtliche Werke

illustriert, in zwei Bänden gebunden, Preis 3,- M.

Ferner empfehlen wir:

Die Französische Revolution von 1789.

Vollständige Darstellung der Ereignisse in Frankreich von 1789—1804.

Von Wilhelm Bloß.

Reich illustriert. Geb. Preis 4 M.

Geschichte der Französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.

Von Louis Héritier.

Mit einem Nachtrag:

Vom zweiten Kaiserreich bis zur dritten Republik.

Von Ed. Bernstein. Geb. Preis 4 M.

Die Deutsche Revolution.

Geschichte der deutschen Bewegung von 1848/49.

Von Wilhelm Bloß.

Illustriert von O. E. Lau. Geb. Preis 4 M.

Dr. Zimmermanns Großer Deutscher Bauernkrieg.

Herausgegeben von Wilhelm Bloß.

Billige Volksausgabe, illustriert. Preis brosch. 3 M., geb. 4 M.

Kriegsbriefe aus den Jahren 1870/71.

Von Hans v. Kretschmann.

Herausgegeben von Lily Braun, geb. v. Kretschmann.

Mit einem Bildnis in Photogravüre und einem Brief-Faksimile.

Sechste Auflage. 346 Seiten stark. Elegant gebunden.

Statt früher 6,- M. jetzt nur 2,50 M.

Die Welträtselfel.

Mit einem Nachwort:

Das Glaubensbekenntnis der reinen Vernunft.

Von Ernst Häckel. Preis 1 M.

Die Lebenswunder.

Von Ernst Häckel. Preis 1 M.

Die Entstehung der Arten.

Von Charles Darwin. Preis 1 M.

Die Mutter.

Roman von Maxim Gorki. Broschiert 3 M., gebunden 4 M.

Von unseren Verlagswerken empfehlen wir, zu Geschenkzwecken geeignet:

Wider die Pfaffenheerrschaft.

Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. u. 17. Jahrhunderts.

Reich illustriert. 2 Bände in Leinen geb. 14,- M.

Halbfrz. 16,-

Die Hohenzollern-Legende.

Von Max Naumann.

Kulturbilder aus der preussischen Geschichte vom 12. bis zum 20. Jahrhundert.

Reich illustriert. 2 Bände in Leinen geb. 14,- M.

Halbfrz. 16,-

Blut und Eisen.

Krieg und Kriegerium aus alter und neuer Zeit. Von Hugo Schütz.

Zahlreiche Illustrationen. 2 Bände in Leinen geb. 14,- M.

Halbfrz. 16,-

Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung.

Ein Kapitel zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. Erster Teil: Vom Jahre 1848 bis zum Erlaß des Sozialistengesetzes.

Zweiter Teil: Die Geschichte des Sozialistengesetzes in Berlin.

2 Bände in Leinen geb. 13,- M.

Halbfrz. 15,-

Das Ende des Reichs.

Deutschland und Preußen im Zeitalter der großen Revolution. Von Kurt Eisner.

Preis geb. 5,- M.

Sonntage eines großstädtischen Arbeiters in der Natur.

Von Kurt Grottel. Mit Wortwort von Wilhelm Bölsche.

Von der Presse sehr günstig besprochen. Preis geb. 1,- M.

Ferdinand Lassalles Reden und Schriften.

Neue Gesamtausgabe. Herausgegeben im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands von Eduard Bernstein. Vollständig in 3 Bänden. In Leinen geb. 11,50 M.

Halbfrz. 14,50

Wir verweisen ferner auf die „Internationale Bibliothek“:

Band 1: Aveling, Die Darwinische Theorie. Geb. 2,- M.	Band 22: Josef Dietzgen, Das Axiom der Philosophie und Briefe über Logik. Broschiert 1,50 M., geb. 2,- M.	Band 33: Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien. Broschiert 3,- M.; geb. 3,50 M.
2: K. Kautsky, Marx' ökonomische Lehren. 2,-	23: C. Hugo, Die englische Gewerkschaftsbewegung. Geb. 2,- M.	34: A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. II. Serie. Broschiert 3,50 M.; geb. 4,- M.
6: A. Bebel, Charles Fourier. 2,50	24: Karl Marx, Revolution und Konter-Revolution in Deutschland. Broschiert 1,50 M.; geb. 3,- M.	35: Karl Marx, Theorien über den Mehrwert. Broschiert 5,50 M.; geb. 6,- M.
9: A. Bebel, Die Frau und der Sozialismus. Broschiert Geb. 2,50 M.	26: A. Dodel, Aus Leben und Wissenschaft. I. Serie. 3 Teile. Geb. 5,50 M.	36/37: Karl Marx, David Ricardo. Brosch. 10,50; geb. 11,50.
11: Fr. Engels, Ursprung der Familie. 1,50	27: C. Hugo, Städteverwaltung und Munizipal-Sozialismus in England. Geb. 2,50 M.	38: Karl Kautsky, Ethik und materialistische Geschichtsauffassung. Broschiert 1,- M.; geb. 1,50 M.
12: Karl Marx, Das Geld der Philosophie. Broschiert Geb. 2,- M.	28: G. Moch, Die Armee der Demokratie. Brosch. 1,- M.; geb. 1,50 M.	39: M. Hillquit, Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.
18: K. Kautsky, Das Erfurter Programm. Geb. 2,- M.	30: Karl Marx, Die Kritik der politischen Ökonomie. Geb. 4,- M.	40: Pashitnow, Die Lage der arbeitenden Klasse in Rußland. Geb. 3,- M.
14: Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Geb. 2,50 M.	31: Josef Dietzgen, Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit. Broschiert 1,50; geb. 2,- M.	41: Leo Deutsch, Siermal entflohen. Broschiert 1,50 M.; geb. 2,- M.
16: F. B. Simon, Gesundheitspflege des Weibes. Broschiert 2,- M.; geb. 2,50 M.	32: Josef Dietzgen, Kleine philosophische Schriften. Broschiert 2,- M.; geb. 2,50 M.	42: Peter Maslow, Die Agrarfrage in Rußland. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.
18: H. Lux, Etienne Cabet und der Utopische Kommunismus. Broschiert 1,50; geb. 2,- M.		
20: G. Plechanow, N. G. Tschernyschewsky. Brosch. 2,50 M.; geb. 3,-		
21: Fr. Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft. Broschiert 2,50 M.; geb. 3,- M.		

Der freundlichen Beachtung der Leser empfehlen wir:

Die Bücher des deutschen Hauses.

Jeder Band enthält ein abgeschlossenes Werk und umfaßt circa 300 Seiten.

Preis pro Band nur 75 Pf.

Wir nennen einige Werke aus der Sammlung: Goethe: „Leiden des jungen Werther“, Böhme: „Haus Dampf“, Thackeray: „Der Diamant“.

Henriette Davidis Illustriertes praktisches Kochbuch.

Neu bearbeitet von Helene Faber. Preis 2 M.

Deutsche Jugendbibliothek.

Herausgegeben von Lohmeyer u. Schmidt. — Jeder Band statt 1,- M. nur 60 Pf.

Zu Geschenkzwecken besonders geeignet sind:

Klassiker-Ausgaben, gebunden:	Hoffmann 4 Bände 8,- M.	Stifter, Studien 2 Bände 3,- M.
Bödeker 3 Bände 6,- M.	H. v. Kleist 1 Band 1,75	— Steine und Erzählungen 1 Band 1,50
Brindmann 1 Band 2,-	Nörner 1 1,60	Tied 1 2,-
Bürger 1 1,75	Surz, Herm., 3 Bände 6,-	Uhland, Werke 1 1,75
Byron 3 Bände 6,-	Tennant 1 Band 1,75	— Gedichte und Dramen 1 1,-
Chamisso 1 Band 1,75	Lessing in 2 Bänden 4,50 M.; in 3 Bänden 5,-	Wieland 1 1,75
Eichendorff 2 Bände 3,50	Ludwig 2 4,-	Die selben Klassiker-Ausgaben in besserer Ausstattung und Halbbindung ca. 50 Prozent teurer.
Gautier 1 Band 1,50	Rosalie 1 Band 2,-	Haus, Deines, Lessings, Schillers, Shakespeares, Grillparzers Werke. Je 1 Band Gebunden a 3 Mark.
Goethe in 6 Bänden 10,-; Auswahl in 4 Bänden 6,-	Reuter 4 Bände 6,-	Goethes, Uhlands Werke in Auswahl Je 1 Band 4,- M.
Grillparzer 1 Band 1,75	Rückert 3 Bände 6,-	Fr. Hebbels Werke. 1 Band Gebunden 4,-
Haus 2 Bände 3,50	Schiller 4 6,-	Goethes Leben und Werke (von Lohmeyer). 4,-
Hebbel 4 6,-	Shakespeare 4 6,-	
Heine 4 6,-	Stifter, Werke 2 4,-	

Im übrigen verweisen wir auf die vom Bildungs-Ausschuß der Partei empfohlenen

Jugendchriften.

Das Verzeichnis derselben ist im „Vorwärts“ vom 8. Dezember abgedruckt und liegt in unserem Geschäftstotele aus.

Märchen- und Bilderbücher

sind in reicher Auswahl und in jeder Preislage vorhanden.

Expedition des Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Soziales.

Ausnahmegesetz gegen Landarbeiter.

In der vorgestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses sagte, wie wir berichteten, der Minister zu „Legitimationskarten für ausländische Arbeiter“ einzuführen. Es soll dadurch gleichzeitig dem Großgrundbesitz wie den Großindustriellen eine Art neuer Höriger als Arbeitskräfte gestellt, insbesondere auch ausländische Streikbrecher gegen inländische Arbeiter geächtet werden. Die Ausführung dieses von den Freisinnigen beschlossenen Versprechens wäre nebenbei ein klarer Verstoß gegen die Staatsgesetz. Wir behalten uns vor, auf Grund der erst in einigen Tagen eingehenden stenographischen Berichte auf die Sitzung zurückzukommen.

Die Agrarier aller Orten sind für jetzt auf der Suche nach weiteren Ausnahmegesetzen gegen ländliche Arbeiter. In der letzten Sitzung der ständigen Kommission des Landesökonomie-Kollegiums ist folgendes Gesetzlein empfohlen worden:

§ 1. Wer für landwirtschaftliche Arbeitnehmer einen neuen Arbeitsvertrag vermittelt, obwohl er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber noch vertraglich verpflichtet sind, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

§ 2. Mit Geldstrafe von 50—600 M. oder mit Haft wird bestraft, wer, nachdem er auf Grund des § 1 rechtskräftig verurteilt ist, innerhalb der nächsten drei Jahre abermals eine nach diesen Vorschriften strafbare Handlung begeht.

§ 3. Mit den gleichen Strafen wird belegt, wer landwirtschaftliche Arbeitnehmer verleitet oder zu verleiten unternimmt, widerrechtlich den Dienst nicht anzutreten oder zu verlassen.

Die wäre es mit ein paar Strafgesetzen gegen Arbeitgeber, die ihre Leute nicht anständig behandeln, ihnen wenig Lohn zahlen und ihre Menschenrechte unterdrücken? Der Fiskus würde kein schlechtes Geschäft machen, vorausgesetzt, daß Arbeiterschöffengerichten die Entscheidung zustünde.

Wohnungsleiden.

Die Zeitschrift des kgl. Sächsischen Statistischen Landesamts veröffentlicht in einem jeden erschienenen Heft eine Reihe von Tabellen über die Ergebnisse der mit der Volkszählung 1905 verbundenen Wohnungsstatistik in 27 Städten des Staates. Die Tabellen sind noch so detailliert, daß ein Gesamtbild daraus nur unter sehr großen Opfern an Zeit zu gewinnen wäre. Zusammenfassende Übersichten sind in Aussicht gestellt, so daß darauf später zurückgegriffen werden soll. Eine Durchsicht der zahlreichen Einzelübersichten läßt aber schon einige interessante Zahlen herausgreifen, die allgemeiner Beachtung wert sind. Wir haben ja insbesondere seit der Zeit, da die Berliner Arbeiter-Sanitätskommission den Schleier von dem gräßlichen Wohnungsjammer des Proletariats unserer „Weltstadt“ etwas lüftete, von Jahr zu Jahr Material zur Kenntnis der Wohnungszustände überhaupt erhalten. Die große Wohnungsaufnahme des Berliner sächsischen Statistischen Landes im Anschluß an die Volkszählung 1900 hat uns ein treffendes Bild von den Berliner Wohnungszuständen gegeben. Ergänzend traten die kleineren beschreibenden Arbeiten, z. B. die Enquete der Ortskrankenkasse des Kaufmannsgewerbes u. a. hinzu, die ergreifende Details zur Beurteilung des Wohnungslebens lieferten. Auch die Arbeiten des Berliner Fabrikanten und Sozialpolitikers Heinrich Freese waren in mancher Hinsicht wertvoll. Alles dies haben wir feinerzeit ausführlicher Betrachtung gewürdigt. Als damals die Ergebnisse erschienen und in der Presse besprochen wurden, da fiel die ganze Provinzpresse über das Schandenbabel Berlin her und schilderte dessen Wohnverhältnisse in den düstersten Farben. Das sollte weniger den Zweck haben, dem Uebel zu feuern, als vielmehr dem „Wasserlopf“, der so ganz sozialistisch verfaßt war, ein auszuweichen. Daher blieb auch fast völlig ein Eintritten für das von der Sozialdemokratie schon längst geforderte Reichswohnungs-gesetz aus. Auch von den Ergebnissen weiterer Wohnungsstatistiken hat die bürgerliche Presse nur sehr spärlich Notiz genommen.

Wir haben längst der Reinigung Ausdruck gegeben, daß es auf dem Lande und in den kleinen Städten nicht viel besser mit den Wohnverhältnissen bestellt sei als in der „Weltstadt“. Aus unseren Notizen, die wir von Zeit zu Zeit über ländliche Zustände zu bringen genötigt sind, kann man auch kein rosiges Bild zusammenhängen und für die ganze ländliche Wohnweise folgern. Die Behauptung, daß eine Reichswohnungs-enquete auf dem Lande noch ganz andere Zustände aufdecken würde als in Berlin, hat in der Folge recht behalten, wie die Untersuchungen der heftigsten Gewerbe- und der Wohnungsinspektion erwiesen. Die Arbeiten Wiedfelds, des Direktors der Sächsischen Statistischen Landes, haben das ebenfalls bestätigt. Zahlreiche Städte folgten dann den genannten Beispielen, und größere Untersuchungen dieser Art seitens Württembergs und Sowiens förderten manches noch viel Schlimmere an den Tag als in Berlin angeht.

Plätten wir nun in den zahlreichen Einzelübersichten der verschiedenen sächsischen Städte, und greifen nur wenige Zahlen heraus, welche das Verhältnis der Größe der Wohnung zu ihrer Besetzung darstellen, so enthüllen sich uns traurige Elendsbilder. Wiedfeld bezeichnet das Zusammendrängen dreier Personen in einem Wohnraum in jedem Falle als durchaus ungenügendes Wohnverhältnis und legt für einen kulturwürdigen Zustand einen viel höheren Maßstab an. Sehen wir uns daraufhin die Zahlen in Plauen, der ersten der in den Tabellen aufgeführten Städte, an, so erhalten wir für einige Wohnungskategorien die folgenden Zahlen:

Table with 2 columns: 'Wohnungen mit' and 'Zahl der Bewohner'. Rows show categories like '1 heizbaren Zimmer' and '1 heizbaren u. 1 Küche' with corresponding occupant counts.

Schon aus diesen wenigen Zahlen kann man auf die Wohnungszustände schließen, die dort herrschen müssen, wenn 5, 6, 7 und noch mehr Personen in einem Zimmer zusammen hausen. In zwei Fällen wurde festgestellt, daß 10 Bewohner in einem Zimmer ihre „Wohnung“ haben! Aber auch größere Wohnungen von 3 und mehr Zimmern beherbergen in manchen Fällen 8, 8 und mehr Bewohner. Geht man die Tabellen auf solche krassen Fälle durch, so gewöhnt man sich bald an „Wohnstätten“, die man in der Praxis nicht sehen und — rächen möchte. Zwei Zimmer mit 10 bis 15 Bewohnern und Einzimmer-Wohnungen mit 8 bis 10 Bewohnern finden sich in jeder der an der sächsischen Statistik beteiligten Städte. Aber wie kommen noch „höher“ hinauf! In Ritzow, Reichenbach und Annaberg finden wir den Fall, daß 11 Personen ein Zimmer bewohnen, in Leutenfeld haufen 16 Personen in 2 Zimmern! Den Vogel schießt aber das Städtchen Falkenstein abzugeben. Dort kommen die Fälle vor, daß nicht bloß 10 Personen in einem Zimmer zusammengepfercht sind, nein 12 und 13 und sogar 14! In solchen Fällen von „wohnen“ zu sprechen, ist ein blutiger Hohn. In diesem einen Zimmer wird gewaschen, gekocht, gegessen, getrunken, geraucht, gewaschen, gefeiert, womöglich sonstige gearbeitet, geschlafen, eben. Reduzierte verrichtet, krank gelegen, gezeugt, geboren und gestorben! Und wenn nun in solchen Zimmern noch gefeiert wird!

Es ist allerdings aus den Tabellen nicht zu ersehen, was für Zimmer das waren, in denen solche Zustände angetroffen wurden. Das ist aber auch ziemlich gleichgültig, denn mag ein Zimmer noch so groß sein, mag es ein Saal sein: immer ist es kulturwidrig, wenn alle die genannten wichtigen Tätigkeiten in einem Räume verrichtet werden. Von Kultur ist da aber überhaupt keine Rede mehr, und von Menschenwürde erst recht nicht. So pfecht man nicht einmal Vieh zusammen, weil man befürchten muß, es geht dann ein.

Für kultivierte Menschen muß die Wohnung mehr als ein Unterschlupf sein, sagt Dr. Wiedfeld mit Recht, und wir meinen, daß, wer schlecht wohnt, wer sich den ganzen Tag in engen, dampfen, gesundheitschädlichen und unfreundlichen Räumen herumdrücken muß, auch kein lebensfroher Mensch sein kann. Er will hinaus und mit Recht. Er wird ins Wirtshaus gehen und dort sein Elend und den häuslichen Jammer zu vergessen und zu vertreiben suchen. In diesem Sinne ist also die schlechte Wohnung direkt die Brutstätte des Lasters und des Verbrechens, und es ist schade, daß die Kriminalstatistik bisher noch keine Brücken gesallagen hat, um die Erkenntnis unserer sozialen Zustände zahlenmäßig zu belegen.

Soll die Wohnung die Keimzelle der Gesellschaft sein, der Ort, wo sich Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Gesellschaft miteinander verknüpfen, sollen die veredelnden Wirkungen einer guten Häuslichkeit alle die guten Anlagen zur Entwicklung bringen, mit der die Natur die Menschen begabt hat, so muß die Wohnung aus einer Mehrheit von planmäßig angeordnetem und zweckmäßig benutzten Räumen bestehen. Dabei muß die Wohnung um so mehr Wohnräume haben, je mehr Personen in ihr wohnen sollen und je fremder die in einer Wohnung lebenden Menschen einander sind. Aber noch mehr gehört zu einer Wohnung. Die Fortschritte der Wissenschaft und der Technik müssen in weitestem Umfang bei jeder Wohnung in Anwendung kommen. Das ist aber nur in reichen Häusern der Fall; nur für diese arbeiten Wissenschaft, Technik und — die Kunst! Die breite Masse, die die Mittel dafür herbeischaffen muß, durch ihre Hände und ihres Geistes Arbeit, geht leer aus. Für sie ist nichts da, ihr kann die bürgerliche Gesellschaft nichts von alledem bieten. Nicht einmal das Vertrauen des guten Willens kann ihr die herrschende Klasse bieten. Ist es nicht dieselbe Negierung, die durch ihre amtlichen Stellen die gräßlichen Zustände aufdecken läßt, wenn auch nochgedrungen, sich aber den daraus ergebenden Konsequenzen durchaus verschließt? Und dennoch verlangt sie Vertrauen, wenn sie auf diese Zahlen nicht etwa mit Mißtrauensforderungen für Wohnzwecke, nein für Fangerzähne antwortet und ihre Forderungen durch eine kräftige Hungerpolitik wirksam zu stützen befreit ist.

Nichtversicherungspflichtige gewerbliche Arbeiter.

Bei dem Dampfarsenellbesitzer S., der in Kiel wohnt, dessen Unternehmen aber ein Reifedetrieb ist, war der Schloffer Sieg beschäftigt. Anlässlich einer der Geschäftsfreisen wurde der ebenfalls in Kiel domizilierende Schloffer Sieg krank. Er mußte in das Krankenhaus zu Wandsbeck aufgenommen werden, wo er auf Kosten des Wandsbeker Ortsarmenverbandes behandelt und versorgt wurde. Dem Armenverbande entstanden 112,50 M. Kosten. Er verlangte die Summe von der Orts-Krankenkasse in Kiel erstattet, weil der Kranke deren Mitglied gewesen sei. (§ 57 des Kranken-Versicherungsgesetzes.) Die Orts-Krankenkasse lehnte die Erstattung mit der Begründung ab, daß S. überhaupt nicht versicherungspflichtig sei, da es sich um einen „Gewerbebetrieb im Umherziehen“ handele und die Arbeiter solcher Betriebe der Versicherungspflicht nicht unterlägen. Nur die im stehenden Gewerbebetriebe beschäftigten Arbeiter seien krankensversicherungspflichtig.

Der Bezirksauskunft in Schleswig ging auf den Einwand der Kasse ein und erhol Beweis über die Art des Dampfarsenellunternehmens. Es wurde folgendes festgestellt: Zu dem Betriebe gehörten 11 Wagen, darunter drei Schlafwagen. Der Unternehmer S. ist im Winter regelmäßig in Kiel, wo er ein Kontor hat. In der Zeit seiner Abwesenheit nimmt seine Frau die Briefschaften und sonstige Schriftstücke an. Gilige Sachen werden ihm nachgeschickt. In einem der Reifeschlafwagen hat er gleichfalls ein Kontor, von wo aus die Wägen geführt werden. Reparaturen werden in Kiel vorgenommen, aber auch unterwegs. Der Unternehmer selber kehrt auch im Sommer öfter nach Kiel zurück. Der Bezirksauskunft wies nun die Klage des Ortsarmenverbandes Wandsbeck ab. Er gab der Krankenkasse darin recht, daß es sich lediglich um einen „Gewerbebetrieb im Umherziehen“ handele und daß die in einem derartigen Gewerbebetriebe beschäftigten Personen nicht gegen Krankheit versicherungspflichtig seien. Unstimmlich der Art des Betriebes sei festgestellt, daß der Dampfarsenellunternehmer in Kiel einen stehenden Gewerbebetrieb nicht habe. Das Unternehmen wandere von Ort zu Ort und es fehle auch in Kiel jede Betriebsstätte.

Der dritte Senat des preussischen Oberverwaltungsgerichts verwarf die gegen dieses Urteil vom Ortsarmenverband Wandsbeck eingeleitete Berufung mit folgender Begründung: Das Kranken-Versicherungsgesetz regelt nur die Versicherungspflicht für stehende Gewerbebetriebe, welche einen bestimmten örtlichen Betriebsort hätten, in welchem oder vor welchem der Betrieb ausgeübt werde. Die Versicherungspflicht bestehe somit nicht für die Arbeiter solcher Betriebe, die lediglich im Umherziehen ausgeübt würden. Wenn aber ein Betriebsort im obigen Sinne vorhanden sei, dann wäre es für die Versicherungspflicht unerheblich, wenn die Betriebsstätte in verschiedenen Orten vorgenommen werde. Das gelte auch für Betriebe, wo Dampfessel Verwendung fänden. Vorliegend habe nun der Bezirksauskunft auf Grund seiner Feststellungen mit Recht angenommen, daß der Unternehmer S. keinen stehenden Gewerbebetrieb habe. Doch er sich die Wohnung für das ganze Jahr in Kiel erhielt, sei nicht entscheidend. Ausschlaggebend wäre, daß er in Kiel weder eine Betriebsstätte noch ein sonstiges Unternehmen habe.

Die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts entspricht dem Gesetz. Die Lücke im Krankenversicherungsgesetz ist für recht viele Arbeiter fühlbar. Auf sie ist von den sozialdemokratischen Vertretern im Reichstag wiederholt hingewiesen. Wäre der Antrag, den die Sozialdemokratie wiederholt stellte, angenommen, den Kreis der Versicherten auf alle Arbeiter ohne Unterschied der juristischen oder technischen Klassifizierung der Betriebe, in denen sie beschäftigt sind, auszudehnen, so wären Millionen Arbeiter mehr als heute gegen die Folgen einer Krankheit geschützt und würden infolge der von den Sozialdemokraten verlangten Zentralisierung der Kassen ohne Erhöhung der Beiträge auskömmlichere Fürsorge als heute erhalten.

Gerichts-Zeitung.

Rappel-Direktor?

Unter die „Aulisten“ einer Artistentruppe führte ein umfangreicher Appelleiprozess, welcher gestern vor der dritten Strafkammer, des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Pauli begann. Auf der Anklagebank saßen der Inspicario des „Vorussia-Sextetts“, der Singpielunternehmer Max Reich Platz nehmen, der beschuldigt wurde, gewohnheitsmäßig und aus Eigenmuth sich der Appellei gegenüber den weiblichen Mitgliedern seines Ensembles schuldig gemacht zu haben. — Für die Verhandlung sind zwei Tage in Aussicht genommen, da circa 30 Zeugen geladen sind, die zum Teil aus allen Gegenden des Reiches kommen. — Der bisher unbekanntere Angeklagte wohnte früher in Wera, hat aber seit einigen Jahren seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt. Seit sechs Jahren ist er Leiter und Intendant des

„Vorussia-Sextetts. Deutsches Gesangs-, Tanz- und Verwandlungs-Ensemble.“ „Militärische Genscherzitten.“

Dieses „patriotische“ Ensemble besteht aus zum Teil noch sehr jugendlichen Sängern und Artistinnen. Mit dem Sextett, welches weniger durch den Gesang und sonstige artistische Leistungen als durch die Jugend und Anmut der jungen Damen wirken sollte, besuchte der Angeklagte zahlreiche Städte im In- und Auslande. Seine Engagements erstreckten sich jedoch zumeist nur über kleinere Varietébühnen, bei welchen es weniger auf die vereinnahmten Eintrittsgelder, als auf die von den Gästen verzehrten Speisen und Getränke ankam. Die jungen Damen entstammten zumelst ganz angesehenen Familien. So ist der Vater einer jungen Dame, die dem Sextett angehört, in Sabel Direktor einer größeren Brauerei. Zum Teil schloß der Angeklagte mit den Eltern der jungen Mädchen Verträge ab, die dahin gingen, daß seine Mitglieder zu unweigerlichem Gehorsam gegen ihn und seine Ehefrau verpflichtet waren. Im Uebertretungsfalle konnten Strafen bis zur Höhe einer vollen Monatsgage verhängt werden. Die Anklage wirft dem Angeklagten vor, daß er seine Mitglieder dazu angehalten habe, nach der Vorstellung sich in den Gärten des betreffenden Varietés zu legen und diese zum Wein- und Sekttrinken zu animieren. Diese Anordnungen nach der Vorstellung sollen häufig mit Wissen des Angeklagten ihren Abschluß im Champséparde gefunden haben, wo wüste Orgien gefeiert wurden. Der Vorteil des Angeklagten lag darin, daß er durch die großen Jechen, die durch die „Wirtshaus“ seines Ensembles gemacht wurden, nicht nur selbst freie Jechen gehabt haben soll, sondern auch von den Besitzern der Angel-Tengel wegen dieser hohen Jechen mit einer größeren Gage engagiert wurde. Die Bekrde hatte schon einmal Gelegenheit, sich mit dem Treiben des „Vorussia-Sextetts“ beschäftigen zu müssen. Verschiedene Aler, sonst sehr moralische Herren in Straßburg im Elsaß, hatten sich in zu weitgehendem Maße für die jugendlichen Reize der Sextettmitglieder interessiert. Durch die eiferkräftigen Ehefrauen dieser „Anusliebhaber“ wurden gewisse Separatgeheimnisse zur Kenntnis der Polizei gebracht, die ein Verfahren gegen Reich einleitete. Dies wurde jedoch wieder eingestrichelt, da die jungen Damen, wie behauptet wird, auf Bitten des Angeklagten damals sehr günstig für ihn ausgingen, daß er keine Kenntnis von diesen Dingen gehabt habe. In verschiedenen Varietés soll R. sehr hohe Sektprocente bezogen haben. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte die Mädchen auch durch die Drohung, er werde sie unter sittenpolizeiliche Kontrolle stellen, gezwungen haben, mit dem Varietésbesuch bis zum Morgen zu kniepen.

Der Angeklagte bestreitet ganz entschieden, sich in kuppelischer Weise betätigt zu haben. Er will sogar eine Art Jugendwächter gewesen und streng darauf gehalten haben, daß nichts Unzüchtliches zwischen Mitgliedern und den Theaterbesuchern passierte. Mit Genehmigung des Vorsitzenden wohnte der Verhandlung die Sekretarin des Nationalkomitees zur Bekämpfung des internationalen Wadendambels, eine Frau von P., bei. Entgegen dem Antrage des Staatsanwalts und des Verteidigers schloß das Gericht während der ganzen Dauer der Verhandlung wegen Gefährdung der Sittlichkeit die Deffentlichkeit aus. Wir werden über das Urteil berichten.

Aus der Frauenbewegung.

Eine gutbesuchte Frauenversammlung.

Die am Dienstag in Zegel stattfand, nahm die Berichte der Genossin Neumann über die Verhandlungen der Dienstbotenkonferenz und des Preusentages entgegen. Nebenher betonte, daß beide Veranstaltungen befriedigend gedarbeitet haben und fand damit die Zustimmung der Genossinnen. Besondere Befriedigung gewährte es, daß auf dem Preusentage die Kompromißpläne des Genossen Marxenbrecher entschieden abgelehnt worden sind. Bei dieser Gelegenheit sprach die Genossin Neumann und Genosse Liebelt treffend die Unzuverlässigkeit der sogenannten Liberalen. Die Genossinnen wurden ermahnt, event. von der Partei inszenierte Aktionen zur Erlämpfung des Reichstagswahlrechtes für Preußen tatkräftig zu unterstützen. Sodann referierte Genossin Aubig über „Preußens Schulen“. In der Hand reichhaltigen Materials wies er nach, daß die Volksschule längst nicht den minimalsten Ansprüchen genügt und erläuterte dabei unsere Forderungen zu diesem Punkte. Da die Schulgesetzgebung im Landtage liegt, sei die Schulfrage auch eine Wahlrechtsfrage. — In der Diskussion forderte Genossin Vielas die anwesenden Frauen auf, sich durch Selbstbildung, Erweiterung ihres Wissens mehr und mehr zu befähigen, ihre Kinder im Geiste des Sozialismus zu erziehen. Dringend sei den Frauen das Studium der Parteipresse zu empfehlen. — Aus dem von der Vertrauensperson Genossin Kienast erstatteten Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß bei 145,24 M. Einnahme und 135,00 M. Ausgabe ein Kassenbestand von 7,24 M. vorhanden ist. Die „Gleichheit“ hat zurzeit 77 Leserinnen. Genossin Kienast wurde einstimmig wieder als Vertrauensperson bestätigt.

Fund für Muttertag. Der Fund hält am Sonntag, 11. Ubr, eine Versammlung ab, in der Maria Wisniewska über „Weitere Ausgestaltung des Muttertages“ und Adèle Schreiber über „Romane aus dem Leben“ spricht. Auf Wunsch unserer Genossinnen scheidet der Fund nicht zu rechnen, da er seine Versammlung ständig in dem von uns beschlossenen Architektenhause abhält. — Das von Dr. Helene Stöder geleitete Muttertag-Publikationsorgan erscheint vom Januar 1908 ab in erweiterterem Umfang und neuer Ausstattung bei Desterfeld u. Co., Berlin W. 18, unter dem Titel „Die neue Generation“.

Frauen als Beamte in der Schweiz.

Zur Hilfsinspektorin der Freiwilligen und Einwohner-Armenspflege der Stadt Zürich ist Genossin Elise Votteler aus Winterthur ernannt worden.

Die Krise in der schweizerischen Stickerindustrie hat bereits eine Vespersion der Stickerfabrikanten über einheitliche Vertriebsvereinbarung durch Reduktion der Arbeitszeit zur Folge gehabt. Es sind aber auch schon zahlreiche Entlassungen vorgenommen worden, so in der großen Stickerie Feldmühle in Rorschach. — Im Monat Oktober betrug die Stickerloshöhe nach den Vereinigten Staaten noch 9 608 908 Frank gegen 5 610 904 Frank im Oktober 1906 und 5 487 807 Frank im gleichen Monat 1905. Die Stickerlöhne sind bereits enorm reduziert worden, so z. B. für eine bestimmte Arbeit von 74 auf 40 bis 55 Cts. für 100 Stiche. — Die Krise in der Stickerindustrie hat auch die große Maschinenfabrik Sauer in Arbon, die in der Dampfsäge Schiffmaschinen herstellt und davon im Oktober noch 102, im Jahresdurchschnitt 80—90 monatlich geliefert hat, zu Arbeiterentlassungen veranlaßt. Davon wird auch die deutsche Maschinenindustrie berührt, die 1906 für 1 733 000 Fr. Stickermaschinen nach der Schweiz exportierte.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Montag im „Neuen Klubhause“, Kommandantenstr. 79, Vortrag: „Jugenderziehung und sexuelle Aufklärung“. Referent: Otto Mühl. Friedrichshagen. Montag, den 16. Dezember, 8 1/2 Ubr, im Restaurant Wilhelmshof, Seestr. 45: Versammlung. Vortrag. Genossin Jeger. Zegel-Vorsigwalde. Mittwoch, den 18. Dezember, 1/2 Ubr, bei Kube in Vorsigwalde.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter

Bureau: Wladimirstr. 10 I. Zweigverein Berlin. Sektion 1 u. 2. Fernspr. Amt 3a 4518.

Sonntag, den 15. Dezember ev., vormittags 9 1/2 Uhr:

Gemeinsame Mitglieder-Versammlung

in Freyer's Festsälen (früher Keller), Koppenstr. 29 (großer Saal).

Tages-Ordnung:

1. Der Vorstand. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Robert Schmidt. 2. Die Antwort des Vereins der Brauereien auf unseren Antrag betr. Aufhebung des Prozenttages und Stellungnahme hierzu. Kollegen! In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Vorstände.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbureau: Hof L. Amt 3, 1239. Charitestraße 3. Hof III. Amt 3, 1287.

Achtung! Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Montag, den 16. Dezember 1907, abends 8 Uhr:

Versammlung

der Mitglieder der Ostenbezirke 1, 2, 3, 4 in Kellers Festsälen, Joh. Freyer, Koppenstr. 29.

Tages-Ordnung:

1. Beratung der zurückverbleibenden Paragraphen des Ortsstatuts. Referent: Kollege Cohen. 2. Diskussion.

Bitte aller Mitglieder ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Versammlung wird Punkt 8 1/2 Uhr eröffnet. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Der Weihnachtsfeierabend wegen erfolgt die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung an folgenden Tagen:

- Für den 20. und 21. Dezember am Freitag, 20. Dezember.
- " " 22., 23. u. 24. Dezember am Sonnabend, 21. Dezember.
- " " 25. und 26. Dezember am Montag, 23. Dezember.
- " " 27. und 28. Dezember am Dienstag, 24. Dezember.
- " " 29. und 30. Dezember am Freitag, 27. Dezember.
- " " 31. Dezember am Sonnabend, 28. Dezember.

Am 30. und 31. Dezember und 1. Januar 1908 bleibt der Arbeitsnachweis und das Bureau der Krankenunterstützung geschlossen!

Die erste Auszahlung erfolgt wieder am Donnerstag, den 2. Januar 1908.

Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten!

Den Kollegen zur Nachricht, daß Protokolle im Bureau haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gesetzentwurf betreffend die gewerblichen Berufsvereine für Mitglieder in der Preis 25 Pf. (Buchhändlerpreis 75 Pf.).

161/15 Die Ortsverwaltung.

Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 16. Dezember, abends 6 Uhr, in Graumanns Festsälen, Rauhstr. 27:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Der 8. Kongress der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften und Wahl der Delegierten zu demselben. 2. Ergänzung des Vorstandes. 3. Ergänzung zum Statut. 4. Ergänzungsangelegenheiten. 171/8

Besprechungen werden erwartet. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Einsetzer.

Die Bezirksversammlung des I. Bezirkes findet heute Sonnabendabend 7 1/2 Uhr bei Merkowski statt.

Die der übrigen Bezirke morgen Sonntag, vormittags 10 Uhr, in den bekannten Festsälen.

Tages-Ordnung:

Vorschläge zur Revision der Kommission, Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedene. 20/10

Verband der handgewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zweigverein Berlin u. Umgegend.

Sektion der Putzträger.

Sonntag, 15. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung in Oinglos Festsälen, Schwedterstraße 23.

Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, 15. Dezember, vormittags 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. 45/15

Um recht rege Beteiligung ersucht! Der Zweigverein-Vorstand.

15 % Rabatt
auf Spielwaren und Puppen für Gewerkschaften, Vereine und Gesellschaften.
Franz Ehlert & Sohn, BERLIN W., Potsdamer Straße 131b (a. Potsdamer Platz).

Emil Hempel, Uhren und Goldwaren
am Fenn-Strasse 1a, am Weddingplatz
empfiehlt zum Weihnachtsfest sein großes Lager von **Uhren, Gold-, Silber-, Alfenide-, Kupfer- u. Nickel-Waren** zu **äußerst billigen, streng festen Preisen.**
Achtung! Berlins billigste Bezugsquelle für Trauringe.
1 1/2 Duk. 900 ges. gestempelt 15.50 M., 2 Duk. 19.50 M.
1 1/2 Duk. 975 16.50 M., 2 Duk. 22.00 M.
Lieferant des Rabatt-Sparvereins Norden.

Pelzwaren

direkt aus der Fabrik, auch im Einzelverkauf zu Engrospreisen.



Stolas, Kolliers, Muffen, sehr schön garn., Damenhüte, Barretts, Herren-, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Pelztopp. Sämtl. gangbaren Pelzarten a. Lager. Große Auswahl. Bestes Material. Keine Basisware, keine Reklamier- oder sogenannte Gelegenheitsstoffe, trotzdem billiger.

F. Kalman, Kürschnermeister, jetzt nur Kommandantenstr. 15. I. gegenüber Deutstr., beim Dönhofsplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags geöffnet. Telefon I 3917.

Raucher bevorzugen allgemein



Zigarettenfabrik „TUMA“, Dresden.

119 119
Wäsche, Wäsche
5% Wäsche 5%
Jacob Golde
119 Gr. Frankfurterstr. 119.
Wäsche, Wäsche
5% Wäsche 5%
Lieferant für alle
Rabattvereine.

Jede Dame lese

Noch diese Woche Ausnahmepreise. Ein Rollen eleg. Paletots Schwarz u. farbig u. 9-25 M. Modell - Paletots, Reiseunter, in der elegantesten Ausführung von 22-54 M., elegante Tuchkostüme von 24-53 M. Eine Modelfollektion in Plüschmüttern, sowie Abendmäntel in d. schön. Farben enorm billig. Röde, schwarz und farbig, unter Kostenpreis.
Weihnachtspresents: 1 Rollen seidene Binsen, Stück 10 R.
Damenkonfektion
1 Treppe, Seydelstraße 2, am Spittelmarkt.

Weihnachts-Preisermäßigung von heute bis 24. Dezember auf sämtliche fertige Herren- und Knaben-Garderobe.
1000 S. Joseph
Schöneberg, Hauptstr. 1
Ecke Grunewaldstraße.

A. Grün, Optiker, Brunnenstr. 4.
Weihnachts-Ausstellung.
Laterna magica von 1.50 an, Kinematographen von 8.00 an, Dampf- und Uhrwerks-Eisenbahnen von 1.50 an, Dampfmaschinen mit Pfeife 1.50, Schienen, Weichen, Kreuzungen und sämtliche Zubehörtteile, Betriebsmodelle in größter Auswahl von 0.50 an.
Influenzmaschinen, Experimentierkästen.
Orthoentrische Klemmer in allen Preislagen.
Echt Rathenower Brillen 1.00
Piacenez (echt Nickel) M. 1.50
Distanzglas inkl. 9 M.
Etais mit Riemen 9 M.
Kürschnermeister, jetzt nur Kommandantenstr. 15. I. gegenüber Deutstr., beim Dönhofsplatz. Verkauf bis 9 Uhr abends. Sonntags geöffnet. Telefon I 3917.
25. Januar und 29. Februar noch zu vergeben. 11992* billig zu haben Brunnenstr. 108 bei Fritz Wilke.
Kanariensänger Stamm Seifert, prägn. gold. u. silb. Medaille, tiefstimmig, art u. langgeh. Edelrolle 7, 8, 10-20 R. Pa. Zuchtweibchen 2-3 R. Best. St. u. Bestand a. meine Gefähr. Weidl. Jr. Georg Waag, Dresden 23, gr. Dresdenstr. Kanarienzüchterei.
Musikinstrumente - Musikwerke mit auflegbaren Noten, in allen Preislagen. Violinen, Konzert-, Prim- und Gitarrezithern, Ziehharmonikas, Mundharmonikas, Phonographen usw. in reichster Auswahl zu soliden Preisen empfohlen.
Hermann Howe & Co., Berlin NO. 18, 52 Große Frankfurterstraße 52. - Eigene Werkstatt für Neubau und Reparatur. -
Opern- und Reisegläser von 6.00 an
Barometer, Werke, von 6.00 an
Reißzeuge für Schüler und Techniker, beste Ausführung, in allen Preislagen.

Katz Gebrüder
Filialen: Große Frankfurter-Straße 121 und Chaussee-Straße 66
Doppelte Rabattmarken
Beste Bezugsquelle für Kleiderbesätze aller Art. Trikotagen, Handschuhe, Strümpfe, Korsetts in größter Auswahl.
Reizende Weihnachts-Geschenke gratis
Sonntag von 8-10 und 12-8 Uhr geöffnet.

Vollständige Auflösung Mode-Haus „Krone“
Gesellschaft m. b. H. Kronenstraße 58, zweites Haus von der Friedrichstraße.
Täglich von 9 Uhr ab findet zu den vom Liquidator festgesetzten niedrigen Preisen der
Ausverkauf des großen Warenlagers
statt. Dasselbe besteht aus:
Paletots, Abendmänteln, Jacketts, Jackett-Kleidern, Jupons, Kleider-röcken, Matinees, Tuchkleidern, Leinenkleidern, Batist- und Leinen-Blusen, Samt-jacketts, Woll-Blusen, Seiden-Blusen, Spitzen-Blusen.
Ein Teil der Geschäftsräume ist bereits vermietet, der andere Teil preiswert abzugeben. Die Geschäft-Einrichtung ist billig zu verkaufen.
Morgen (Sonntag) von 12-8 Uhr geöffnet!

HERMANN TIETZ

LEIPZIGER STRASSE

ALEXANDERPLATZ

FRANKFURTER ALLEE 109-111

Sonnabend, Sonntag, Montag — sowohl Vorrat:

Aussergewöhnliches Konfektions-Angebot.

Blusen	Barchent	1 ²⁵
Blusen	Baumwoll-Flanell	2 ²⁵
Blusen	Baumwoll-Velour	3 ²⁵
Blusen	Wolle, gefüttert	4 ⁵⁰
Blusen	Wolle Ia	6 ⁵⁰
Blusen	Messaline	10 ⁷⁵
Blusen	gestreift Seide	11 ⁷⁵
Blusen	Taffet und Messaline	15 ⁷⁵
Blusen	elegant, Seide	18 ⁵⁰

Jacketkostüme 12⁵⁰ 18⁵⁰ 28⁵⁰ 39⁵⁰

Tailen-Kleider 28⁵⁰ 39⁵⁰ 58⁵⁰

Paletots 10⁷⁵ 15⁰⁰ 20⁰⁰

Kostümröcke	englisch gemustert	3 ⁵⁰
Kostümröcke	englisch gemustert Ia	6 ⁵⁰
Kostümröcke	Satintuch	15 ⁰⁰
Jupons	Halbwolle u. Wolle	3 ⁷⁵ 6 ⁵⁰
Jupons	Tuch	7 ⁷⁵
Jupons	Taffet	11 ⁷⁵
Jupons	Taffet Ia	16 ⁵⁰
Morgenröcke	bwl. Flanell	5 ⁵⁰
Matinées	bwl. Flanell	2 ⁷⁵

Abend-Mäntel Ia Tuch 22⁵⁰ 34⁵⁰ 42⁵⁰ 58⁵⁰ | Abend-Capes mit Pelz besetzt 10⁷⁵ 15⁰⁰ 18⁷⁵

KLEIDER
KOSTÜME, JACKETS
RÖCKE

MODELLE

PALETOTS
BLUSEN, JUPONS
MORGENRÖCKE

SERIE I
früherer Preis bis
125.00

65⁰⁰

SERIE II
früherer Preis bis
175.00

95⁰⁰

SERIE III
früherer Preis bis
350.00

125⁰⁰

Ein Posten **Damen- u. Herren-Stiefel**
besond. preiswerter

Boxcalf und Chevreaux, auch mit Lack-
besatz, beste Fabrikate Absatz hoch, engl.
u. amerikanisch, mit u. ohne Lackkappen

SERIE I 10⁵⁰
Rand genäht

SERIE II 12⁰⁰
Goodyear-Welt

SERIE III 14⁵⁰
Goodyear-Welt

Sonntag, den 15. cr. sind unsere Häuser von 1 Uhr ab geöffnet.

A. DAMITT

nur Rosenthalerstr. 46-47!

ist und bleibt das einzige Kredithaus in Berlin, welches zu so unerhört kulantem Bedingungen Waren auf Kredit verabfolgen kann. Alles Dagewesene wird aber von meiner diesjährigen Weihnachts-Ausstellung übertroffen, die ich für alle meine Kunden, ob alt, ob neu, aufgebaut habe. Nicht aus wertlosen Zugaben besteht dieselbe, nein, jedes Stück ist gleich elegant und praktisch und wird die Zierde eines jeden Weihnachtstisches bilden. Hervorheben will ich aus der Fülle nur: Elegante hohe **Tafelaufsätze**, gediegene **Rauchservice**, stilvolle **Schreibzeuge**, wertvolle **Reisetaschen** usw. usw.

Ich empfehle moderne, elegante, gutschitzende

Paletots

- 1 Paletot 18 M., Anzahlung 4 M.
- 1 Paletot 26 M., Anzahlung 5 M.
- 1 Paletot 32 M., Anzahlung 8 M.
- 1 Paletot 40 M., Anzahlung 10 M.

Gratis!!!

erhält jeder neue Käufer eine gutgehende
Herren-Remontoir-Uhr
oder eine moderne **Herren-Hose**

Anzüge

- 1 Anzug 20 M., Anzahlung 4 M.
- 1 Anzug 26 M., Anzahlung 6 M.
- 1 Anzug 35 M., Anzahlung 8 M.
- 1 Anzug 45 M., Anzahlung 9 M.

Damen-Garderoben

- Jackets . von 10 bis 30 M.
- Paletots . von 14 bis 40 M.
- Mäntel . von 20 bis 60 M.
- Kostüme . von 18 bis 55 M.
- Röcke . von 10 bis 30 M.
- Blusen in Wolle und Seide.

Sonntag

bis abends
8 Uhr
geöffnet.

Pelz-Stolas

in allen modernen Pelzarten, wie:
Seal-Bisam, Mufflon, **Nerz-Murmelt,**
Tibet, schwarz und weiß, **Hermelin usw.**

Echte Pelz-Waren

in bester Verarbeitung, moderne und sehr geschmackvolle Muster,
zu ganz außergewöhnlich billigen Preisen.

Größte Auswahl in allen Pelzarten.

Bernh. Feiler,

Spandauer Brücke 14.
Fröcken-Strasse 6 B.
Wiltsnacker-Strasse 19.
Friedrich-Strasse 80.
27. Unter d. Linden u. Mittel-Strasse.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vormüders Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Folgen einer nächtlichen Automobillfahrt.

Unter dieser Ueberschrift berichteten wir am 7. d. M. über den am 6. in der Vernehmungsinanz verhandelten Prozeß, in dem drei Mitglieder der Familie des Rittergutsbesizers Kiepert in Marienfelde als Privatkläger gegen fünf Bediente und einen Verächtertrater auftraten. Weiter wurde in dieser Sache das Urteil dahin verkündet: Eine Aufklärung über den Unfall des Arbeiters Linke hat die Weisungsaufnahme nicht ergeben, da die Aussagen der Zeugen voneinander abwichen. Nach dem Obduktionsbefund habe es den Anschein, daß Linke überfahren ist. Daß er nicht durch das Arbeitsautomobil überfahren wurde, gilt als erwiesen. Es ist deshalb in hohem Grade wahrscheinlich, daß er durch das Automobil der Privatkläger überfahren wurde. Wenn die Angeklagten nur diese Behauptung aufgestellt hätten, dann läge keine Verleumdung vor, denn die Privatkläger haben ja das Automobil nicht gesteuert, die Schuld an dem Unfall würde nur den Chauffeur treffen. Aber die Beklagten sind weiter gegangen. Sie haben behauptet, daß die Kläger den Heberfahrenen wissenschaftlich in hilflosem Zustande liegen ließen, ohne sich um ihn zu kümmern, obwohl sie annehmen konnten, daß er noch lebte. Diese Behauptung ist für die Kläger ehrverleugend. Die Weisungsaufnahme hat nach dieser Richtung nichts ergeben. Es ist vielmehr erwiesen, daß die Kläger überzeugt waren, der Verunglückte lebe nicht mehr und sei auch nicht durch ihr Automobil überfahren. Die Behauptung, daß der Kläger Kiepert gesagt habe, es könne ja nur Geld kosten, ist nicht als wahr erwiesen. Aus diesen Gründen sind die Angeklagten Leopold („Wahrheit“), Arndt („Verl. Tageblatt“), Stanjek („Verl. Volkszeitung“), Weber („Vorwärts“) des Vergehens gegen den § 186 schuldig. Der Schulz des § 193 steht ihnen nicht zur Seite. Denn — sie hatten keine individuellen Interessen wahrzunehmen. Als Milderungsgrund kommt in Betracht, daß die Angeklagten in gutem Glauben handelten, weil sie durch falsche Angaben des Verächtertraters Bolter irrefolgt waren. Arndt und Stanjek werden zu je 50 M. verurteilt, Weber, dessen Artikel in der Form nicht so scharf ist, wie die der Angeklagten Arndt und Stanjek, wird mit 30 M. bestraft. Leopold hat sich gegen §§ 185 und 186 vergangen, jedoch nicht so schwer, daß eine Freiheitsstrafe (er ist in erster Instanz zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt) gerechtfertigt wäre, es wird deshalb gegen ihn auf eine Geldstrafe von 300 M. erkannt. Bezüglich des Angeklagten Segner („Mariendorfer Zeitung“) wird das erste Urteil — 30 M. — aufrechterhalten. Das Verfahren gegen den Angeklagten Bolter (Verächtertrater) wird eingestellt, weil vor Erhebung der Anklage gegen ihn Verjährung eingetreten ist. Den Klägern wird die Verurteilung zugesprochen, das Urteil in den von den Angeklagten redigierten Blättern zu publizieren.

Durch das Urteil ist formell den Privatklägern recht gegeben, in der Tat sind sie aber durch das Urteil selbst verurteilt. Denn auch nach dem zugunsten der Kläger getroffenen gerichtlichen Feststellungen steht außer Zweifel:

- 1. daß höchstwahrscheinlich das Kiepert'sche Automobil den Arbeiter totgefahren hat,
2. daß die Kiepert'schen Familienmitglieder sich um das Schicksal des Heberfahrenen nicht gekümmert haben, weil sie
3. der Wirklichkeit zuwider annahmen, der Arbeiter lebe nicht mehr, sei auch nicht durch ihr Automobil überfahren.
Die Weisungsaufnahme hatte ergeben, daß die Kiepert'schen Familienmitglieder sich durch eine mehr als oberflächliche Beobachtung über den Zustand des höchstwahrscheinlich durch ihr Automobil überfahrenen Mannes zu informieren suchten. Gleichviel, ob der Mann noch lebend oder nach der irrigen Kiepert'schen Annahme tot war, gleichviel, ob das Kiepert'sche Automobil Schuld an dem Unfall des hilflosen Mannes oder nicht — das Liegenlassen des hilflosen in hilflosem Zustande

ist ein an Strafbarkeit zum mindesten grenzender Mangel an Rücksicht gegen das Leben eines hilflos daliegenden Mitmenschen. Eine gleiche Handlungsweise ist auch bei Automobillfahrern nicht allgemeine Sitte: wir erinnern an jene Automobillfahrer, die bei dem Spandauer Eisenbahnunfall die ohne ihr Zutun Verunglückten schleunigst dem Krankenhaus zuführten, erinnern auch an das dem Benehmen eines ausländischen Menschen durchaus entsprechende Verhalten des Fürstlichen Wilhelms anlässlich des Automobilunfalles in Hamburg. Das Urteil des Landgerichts legt der Staatsanwaltschaft dringend nahe, nun endlich das Strafverfahren gegen den Chauffeur und die Automobillisten einzuleiten. Im Gegensatz zum landgerichtlichen Urteil hat das Reichsgericht wiederholt angenommen, daß keineswegs allein der Chauffeur, sondern unter Umständen auch die Inassen des Automobils für die Folgen eines Automobilunfalles zivilrechtlich verantwortlich sein können. Nicht anders liegt es mit der strafrechtlichen Verantwortlichkeit. Aber weit weniger die Nichtbeobachtung dieser Grundzüge durch das Urteil als die durchaus dem Rechtsempfinden widersprechende Annahme fordert die schärfste Kritik heraus: die Angeklagten hätten sich nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen befunden, als sie den Vorfall und das Verhalten der Automobillisten tabellierten. Recht und Pflicht der Presse ist es, selbst wenn § 193 des Strafgesetzbuches gar nicht existieren würde, gemeingefährliche Mißstände zu beleuchten. Zu solchen gehört die Automobillisten und das Liegenlassen eines mit dem Tode Ringenden in hilflosem Zustande. Die tabellierende Kritik solcher Mißstände ist das Recht eines jeden Menschen und die Pflicht der Presse. Ohne eine Beleuchtung und Verurteilung von Mißständen gibt es keine Verbesserung. Wer dies Recht und diese Pflicht ausübt, beleidigt nicht, selbst wenn juristische Haarspalterei ihm das vorkommt. Bei seiner Kritik und durch dieselbe will er auf Besserung und Aenderung des Schlechten hinwirken, beleidigt also nicht, handelt nicht mit der Absicht oder auch nur mit dem Bewußtsein, diese Ehre eines anderen herabzusetzen. Freie Kritik ist ein Recht eines jeden. Die juristische Interpretationsmaschine kann dies Recht nicht beseitigen. Selbst wenn man den § 193 Strafgesetzbuch noch so eng einschränken zu müssen glaubt, wie es befamlich die der Verleumdung und Verbreitung von Wahrheit unfreundlich gegenüberstehende Rechtsprechung des Reichsgerichts tut und deshalb gar so weit geht als Rechtsnorm für das Deutsche Reich hinzustellen, die Wahrnehmung ethischer Interessen ist keine Wahrnehmung berechtigter Interessen im Sinne des § 193 St.-G.-B., so gab im vorliegenden Fall der Vorlaut des § 193 Strafgesetzbuch allen Anlaß ihn zugunsten der Beklagten zur Anwendung zu bringen. Aus mehreren Gründen. Aeußerungen zur Wahrnehmung berechtigter Interessen liegen vor. Denn jeder der Angeklagten durfte sich sagen: was das Kiepert'sche Automobil gestern dem Arbeiter auf der Marienfelder Chaussee zufügte, kann es morgen jedem anderen, auch dem Leser und Autor der Zeitungsnote zufügen. Dagegen aufzutreten, lag ein „individuelles Interesse“ vor. Die Automobillfahrt ist ferner eine „gewerbliche Leistung“, für die die Eigentümer und Inassen mitverantwortlich sind. Labelnde Urteile über solche Leistungen unterstellt der § 193 St.-G.-B. aber ausdrücklich dem § 193 St.-G.-B.

Das Urteil des Landgerichts dürfte in der Revisionsinstanz zu voller Freisprechung der schuldlos Angeklagten und unschuldig unter die Räder der Verleumdungsparagrafen Geworfenen führen. Freilich ist auch der Irrgarten des Kammergerichts recht groß. Mag aber der Prozeß ausfallen wie er wolle: Gerichtet bleibt die Familie des Rittergutsbesizers Kiepert in Marienfelde.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktschallendirektion. (Großhandel.) Dönerfleisch Ia 68-70 pr. 100 Pfd., Ia 62-67, Ia 56-59, Bullenfleisch Ia 67-72, Ia 58-66, Rülbe, jezt 50-58, do. mager 38-40, Pfeffer 52-60, Bullen, dänische 51-63, Rüböl, Doppellender 110-125, Rüböl Ia 83-93, Ia 73-82, Rülber ger. gen. 53-60, do. hell 48-54, Kampellisch Rül-

länner 76-78, Hammel Ia 68-72, Ia 62-67, ungar. 0,00, Schafe 47-60, Schweinefleisch 50-58, Rehmilch Ia per Pfund 0,60-0,78, Ia 0,40-0,55, Rehmilch Ia per Pfund 0,40-0,48, do. Ia 0,25-0,36, do. Rülber 0,40-0,55, Dammilch 0,40-0,55, do. Rülber 0,50-0,70, Wildschweine per Pfund 0,30-0,40, Frühlings per Pfund 0,40, Raminchen, groß, per Stück 0,70-1,00, do. klein 0,50, Hühner, groß per Stück 3,50-3,75, do. mittel und klein 2,00-3,25, Wübenien per Stück 1,40-1,60, Rebhühner, junge per Stück 0,75-1,00, do. alte 0,60-0,70, Palanenbühne Ia, junge 2,25-3,00, do. Ia und alle 1,50-2,00, Palanenbühnen 1,00-1,50, Waldhühner p. Stück 2,00-2,25, do. Ia 1,00-1,50, Gähner, alte, p. Stück 1,40-2,00, do. Ia 0,70-1,00, do. junge Ia 0,80-1,30, do. Ia 0,50-0,70, Lauben Ia 0,40-0,60, do. Ia u. alte 0,00, do. Italienische 0,80, Cruten Ia 1,50-2,50, do. Ia 1,30-1,75, do. per Pfund 0,60-0,75, do. Hamburger per Stück 3,20, Gähne per Pfund 0,40-0,55, do. Oberbrüder per Pfund 0,40-0,58, Boulets per Stück 0,90-1,20, Puten per Pfund 0,60-0,72, Souldarden, deutsche, 2-2,75, dito per Pfund 1-1,10, Gähne per 100 Pfd. 75-84, do. mittel 85-93, do. groß 60-69, do. mait 70-77, Gander 0,00, do. klein 0,00, dito groß 0,00, Schlei, hell Ia 80-85, do. groß 0,00, do. klein 1,34, Reie, klein 70-85, do. klein und mittel 90-100, dito groß 0,00, Wels 82, Karpfen, Schuppen-, unjort, 66-69, do. 30-40er, Schlei, 0,00, do. 50er 61-63, do. 00er, mait 55-60, Rügen 25-41, do. klein 28-34, Stodow 34-45, Mele-Hähe 9-16, Punte Hähe 28-33, dito mait 21-25, Barje 0,00, Karanischen 0,00, Mele 30-41, dito mait 0,00, Wand 46-54, Quappen 28-39, Winter-Rheinlachs per 100 Pfd. 0,00, Amerikanischer Sacks Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, Seelachs per 100 Pfd. 15-20, Zimbern, Reier, Slege Ia 2-6, do. mittel Rille 0,00, Somb Slege 3-6, halbe Rille 2-3, pomm. Ia Schod 0,00, Ia 0,00, Sacklinge, Reier per Ball 2-3,00, Stralunder 0,00, engl. per Ball 2,00-3,00, Sprossen, Dantsger, Rille 0,80-0,90, do. Rügenwalder, Rille 1,00, Kote, groß per Pfund 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Herlinge per Schod 5,00-9,00, Schellfische, Rille 3,00-4,00, 1/4 Rille 1,75-2,50, Sardellen, 1902 er per Anker 98, 1904 er 98, 1905 er 98, 1906 er 85-90, Schottische Solbreringe 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 36-32, deutsche 30-40, Heringe, neue Kates, per 1/2 To. 50-120, Sardinen, russ., Hoj 1,50-1,60, Straberinge Hoj 1,30-1,40, do. Sähle (4 Riler) 1,40-1,70, Riemaugen, Schod 11, do. kleine 5-6, do. kleinen 14, Krebse per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, dito kleine 0,00 cm 0,00, do. unfortiert 0,00, Gähler, groß 0,00, do. unfortiert 0,00, Eier, Rind, unfortiert per Schod 4,25-5,50, do. große 6,00-6,50, Suttler per 100 Pfd. Ia 132-133, Ia 123-128, Ia 116-122, abfallende 100-106, Saure Gurken Schod 4,00, Pfeffergurken Schod 4,00, Kastoffeln per 100 Pfund Daberche 3,00-3,20, weisse runde 2,50-3,00, mag. bon. 2,75-3,25, Porree per Schod 1,00-1,25, Meerrettich, Schod 4-10, Spinat per 100 Pfund 3-12, Sellerie, per Schod 3-5, do. pomm. 6-8, Zwiebeln per 100 Pfd. 2,00-4,00, Petersilie, grün, Schod 0,80-1,25, Rohlrahl Schod 0,50-1,00, Rettich, bagerlicher, Stück 0,04-0,10, hiesiger Schod 2,50-3,50, Woberrüben, 100 Pfd. 2,00 bis 2,50, Karotten, hiesige, Schod 3,00-4,00, Wikingstübe d. Schod 3-6, Rottfahl, Schod 3-7, Weistübe p. 100 Pfd. 1,15-2,00, Stumenfahl, hiesiger 100 Stück 0,00, do. Crücker 0,00, Rosenfahl, per 100 Pfund 10-18, Grünfahl 2,00-5,00, Rohlrüben, Schod 2,00-3,00, Geterfaltenwurzel, per 100 Pfd. 6-7, Schod 4-5,50, Schnittlauch, Töpfe Dutzd. 4-4,50, Tomaten, italienische, per 100 Pfund 20,00-25,00, rote Rüben, per 100 Pfund 2,00-3,00, Rülber, Weicher, per 100 Pfd. 3-8, do. Teltotter 10-18, Kürbis p. 100 Pfd. 0,00, Scharot per Schod 5-6, Endivien per Schod 3-6, Birnen per 100 Pfd. Tiroler 0,00, Rohlrüben 3-11, Zefelbirnen Ia 18-25, do. Ia 6-17, Jial 20-22, Kappel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 18-40, do. Ia 12-18, Tiroler, lose, per 100 Pfund 10-14, do. in Sellen 120 Pfund 30-70, Rülbe, hiesige, 2-5, Koch 5-11, Tafeläpfel Ia 15-25, do. Ia 8-12, Amerikaner, per 100 Pfund 18-32, Malleser, lose, 100 Pfd. 6-13, Ballrübe, per 100 Pfd. französische 32 bis 40, rumänische 29-27, Saranische 52-56, Salknüsse, lange, 100 Pfund 43-47, do. runde 32-40, Weinstauben, Umerica, per Hoj 8-20, Ananas I, per Pfund 0,70-0,90, do. II 0,40-0,50, Bananen, gelb, per 100 Pfund 8-25, Kokosnüsse per 100 Stück 20-28, Krahmandeln per 100 Pfd. 70-115, Naronen, Ital, per 100 Pfund 9-18, Feigen, Stranz, per 100 Pfd. 21-28, do. Trommel, per 100 Pfd. 40, do. in Sellen 25-38, Traubenrochinen per 100 Pfund 80-120, Zitronen, Refina, 300 Stück 8,75-12,00, do. 300 Stück 8,00-11,00, do. 300 Stück 0,00, do. 150 Stück 0,00, Apfelsinen, 300 Stück 0,00, do. Rürzia 300 Stück 6,00-11,00, do. 300 Stück 7,00-12,00, do. Valencia 420 Stück 11-19, do. 714 Stück 14-21, Mandarinen 0,90-2,00, do. 420 Stück 11,50.

Advertisement for BAER SOHN featuring a row of men in various winter coats and hats. Text includes 'Geh-Pelze' (left), 'Pelz-Joppen' (right), and '55 Mk.' and '15 Mk.' prices.

Large advertisement for BAER SOHN featuring 'Sonder-Angebote für Weihnachts-Geschenke'. It lists various clothing items like 'Herren-Kleidung', 'Knaben- u. Jünglings-Kleidung', and 'Herren-Artikel' with prices. It also includes store addresses and contact information.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 14. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Ein Nissenfisch.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammertheater. Eifer. Elektra.
Neues Schauspielhaus. Der Peter.
Nachmittags 3 Uhr: Frau Holle.
Anfang 8 Uhr.

Berliner. Blaubart.
Königl. Opernhaus. Die lustige Witwe.
Königl. Schauspielhaus. Der Kaiserjäger.
Deutsches. Was ihr wollt.
Kammertheater. Eifer. Elektra.
Neues Schauspielhaus. Der Peter.
Nachmittags 3 Uhr: Frau Holle.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater Charlottenburg. Der Richter von Zalamea.
Frederich-Wilhelmsstädt. Schauspielhaus. Jugend von heute.
Nachmittags 3 Uhr: Kasperletheater und Scharfweinschänke.
Kleines. Wandregala.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Nachmittags 3 Uhr: Schneewittchen und Rosenrot.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Stum.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 31.
Nachm. 4 Uhr:
Dornröschen.
Abends 8 Uhr:
Das Heiratsuecht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berlin wie es meint und lacht. Abends: Ein toller Mann.
Montag: Der Telemann und sein Hagegeind.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darwand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Königl. Siedeleute.
Gedr. Herrnsfeld. Papa und Genossen.
Vahage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Prater. Juchsen zwei Herzen.
Nachmittags 3 Uhr: Kasperletheater.
Polak. Ein heiliger Abend. Spezialitäten.
Parodie. Das ungeheure Japfenfleisch. Nonna Banna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Orania. Landstrasse 18/19.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelnecke.

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Opern-Theaters.
Blaubart.
Königl. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Wandbart.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Baccarat.
Sonntag: Baccarat.
Montag: Baccarat.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.
Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Wandregala.
Montag: Wandregala.

Theater des Westens.
4 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 Uhr: halbe Preise!
Frühlingsluft.
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr zu neuen Preisen: Schneewittchen.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Nachmittags 3 Uhr: Kasperletheater und Wahrheitsmädchen.
Abends 8 Uhr:
Jugend von heute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Der Mäde Wollstier.

Louising-Theater
Nachm. 3 1/2 Uhr: Kasperletheater.
Abends 8 Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hans Heiling. Abends 8 Uhr: Rigoletto.
Montag: Bar und Hammermann.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Kommandantenstr. 132.
2a.
Häuten Theater.
Anfang 8 Uhr: Schneewittchen.
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Frau Holle.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Statuette. Abends 8 Uhr: Der Hühnerdieb.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstr. Nr. 57.
Anf. 8 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr.
Première der
Papa u. Genossen.
Komödie in 3 Akten von Victor u. Donat Herrnsfeld.
Hauptrollen:
Der alte Cohn: Donat Herrnsfeld.
Simeon: Adolphus H. Herrnsfeld.
Barber:
Madame Wig-Wag.
Morgen, Sonntagnachmittags 3 Uhr bei halben Preisen: Die Meyerhains. Abends 8 Uhr: Madame Wig-Wag. Papa und Genossen.

Orania.

Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Invalidenstr. 57-62; Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelnecke.

Lustspielhaus.
Nachm. 3 Uhr: Peter Gernselein.
Abends 8 Uhr:
Husarenlieber.

Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Rind und Dessollières. Deutsch v. R. Schönan.
Baron des Andros: Ad. Alexander.
Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr: Der Bräutigam.

Zentral-Theater.
Schauspiel des Heddel-Theaters.
Nachmittags 3 1/2 Uhr:
Schneewittchen und Rosenrot.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Stum.

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 31.
Nachm. 4 Uhr:
Dornröschen.
Abends 8 Uhr:
Das Heiratsuecht.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berlin wie es meint und lacht. Abends: Ein toller Mann.
Montag: Der Telemann und sein Hagegeind.

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
G. Thielscher, F. Massary, B. Darwand, Bender, Giampietro, Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr:
Die Herren von Maxim.

Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Königl. Siedeleute.
Gedr. Herrnsfeld. Papa und Genossen.
Vahage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Prater. Juchsen zwei Herzen.
Nachmittags 3 Uhr: Kasperletheater.
Polak. Ein heiliger Abend. Spezialitäten.
Parodie. Das ungeheure Japfenfleisch. Nonna Banna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Orania. Landstrasse 18/19.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelnecke.

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Opern-Theaters.
Blaubart.
Königl. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Wandbart.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Baccarat.
Sonntag: Baccarat.
Montag: Baccarat.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: Agnes Sorma.
Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Wandregala.
Montag: Wandregala.

Theater des Westens.
4 Uhr: Die lustige Witwe.
Sonntag nachm. 3 Uhr: halbe Preise!
Frühlingsluft.
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr zu neuen Preisen: Schneewittchen.
Friedrich-Wilhelmsstädtisches Schauspielhaus.
Nachmittags 3 Uhr: Kasperletheater und Wahrheitsmädchen.
Abends 8 Uhr:
Jugend von heute.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nathan der Weise. Abends 8 Uhr: Der Mäde Wollstier.

Louising-Theater
Nachm. 3 1/2 Uhr: Kasperletheater.
Abends 8 Uhr:
Die Entführung aus dem Serail.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hans Heiling. Abends 8 Uhr: Rigoletto.
Montag: Bar und Hammermann.

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Kommandantenstr. 132.
2a.
Häuten Theater.
Anfang 8 Uhr: Schneewittchen.
Nachm. 4 Uhr: Kinderdarstellung: Frau Holle.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Die Statuette. Abends 8 Uhr: Der Hühnerdieb.

Gebr. Herrnfeld-Theater.
57 Kommandantenstr. Nr. 57.
Anf. 8 Uhr. Vorvert. 11-2 Uhr.
Première der
Papa u. Genossen.
Komödie in 3 Akten von Victor u. Donat Herrnsfeld.
Hauptrollen:
Der alte Cohn: Donat Herrnsfeld.
Simeon: Adolphus H. Herrnsfeld.
Barber:
Madame Wig-Wag.
Morgen, Sonntagnachmittags 3 Uhr bei halben Preisen: Die Meyerhains. Abends 8 Uhr: Madame Wig-Wag. Papa und Genossen.

Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geteilte Liebe.
Königl. Siedeleute.
Gedr. Herrnsfeld. Papa und Genossen.
Vahage. Die singenden Engelsköpfe. Spezialitäten.
Prater. Juchsen zwei Herzen.
Nachmittags 3 Uhr: Kasperletheater.
Polak. Ein heiliger Abend. Spezialitäten.
Parodie. Das ungeheure Japfenfleisch. Nonna Banna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Orania. Landstrasse 18/19.
Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.

Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelnecke.

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Opern-Theaters.
Blaubart.
Königl. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Wandbart.

Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater).
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Schauspiel in 3 Akten v. Nikolai Gogol.
Deutsch von G. v. Schabelitz.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Montag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Schauspiel in 3 Akten v. Calderon de la Barca.
Deutsch von Adolf Hillbrandt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Montag, abends 8 Uhr:
Gebildete Menschen.

Sonntag, den 22. Dezember, 6 Uhr nachmittags:

Gewerkschaftshaus.
Ein Märchenabend aus goldenen Kindertagen
für Klein und Groß
arrangiert von **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende: Frä. Margot Lason, Herr Emil Walkotte, Marg. Walkotte, Herr Bernh. Nitzsche am Flügel, ein Kind, eine **Tanzpantomime.**
Entree 30 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engelufer 15.
Abendkasse 40 Pf. 2817*

1. Weihnachts-Feiertag 1907:
Gewerkschaftshaus.
Heiterer Weihnachts-Abend
Leitung: **Margarete Walkotte.**
Mitwirkende: Herr Willy Hagen, Frä. Lason, Frau Ika Paul, die lustige Schwiegermutter, Herr Emil Walkotte, Margarete Walkotte — eine Überraschung. — Am Flügel Herr Nitzsche.
Entree 75 Pf. im Vorverkauf bei Hrn. Horsch, Engelufer 15.
Abendkasse 1 M.

Zirkus Schumann
Heute, Sonnabend, den 14. Dezbr., abends präzis 7 1/2 Uhr:
Anlässlich **75.** Jubiläum der Berliner 75. Jahrgang groß. Wasserpantomime: Eine Fortsetzung der „**Lustigen Heidelberger**“ v. Hofkapellmeister King. Stems: **Ein Fest auf dem Neckar.** Gr. außerordentl. Galavorstellung. Galaprogramm und Direktor Albert Schumanns neuest. Menestrosuran **Die 6 fliegenden Banvards.** Höhe Schule geritten von Frä. Dora Schumann.
Alle Toreau — **Wig Wog.** — Frä. Hagedorn, Barföckerstr. 11.
Größte Novität
The three Demons
La table du diable. Frères Platters. — Frères Albano. — Peps Gorms & Roberts und die archaischen Spezialitäten.
Sonntag: 2 Galavorstellungen. Nachm. ein Stud frei.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Sonnabend, 14. Dezember, abends 7 1/2 Uhr:
Gala-Abend!
Besuch. Vichis! Krems Family! Mit Virginia Bell. Herr Durbard-Poottit, Schmelzer. Herr Ernst Schumann 12 Arab. Schimmelreiter. Um 4, 10 Uhr: **Auf der Hallig.** Dies. gr. Aufst. Pant. d. Bar. Busch. Sonntag, den 15. Dezember: **2 große Galavorstellungen 2.** nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise. Nachmittags 4 Uhr: **1. Male: Hotel und Kote!** D. enthor. Wien i. d. Sommerzeit. Gr. hum. Wasserpart. i. 2 Bildern. Abends 7 1/2 Uhr: **Auf der Hallig.**

Walhalla. Variete-Theater.
Weinbergsweg 19/20, Rosenthal. Tor
Anfang 8 Uhr.
Das kolossale Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12 gänzlich neue Spiele.
Colin Clairon „Ein Künstlerfest.“
Harry Arndt, Humorist.
12 internationale Spezialitäten 12 Tunnelt: Regimentskapelle, Symphonie. — Theaterbesuchern freier Eintritt.

Palast-Theater
Surgstr. 21.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants
Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee, das fidele Duo
und **9 Attraktionen 9.**
Am heiligen Abend
Charakterbild von Hoffmann.
Theater
Folies Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstr.
*** Rabbi Meseritsch. ***
Sunter Teil.
Geteilte Liebe.
Anfang 8 Uhr.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josette — meine Frau.

Brauerei F. Happoldt.
Fasenscheide 32/38. Berlin S. Fasenscheide 32/38.
Zur Einweihung des 11432*
neuen Konzert-Saales
am Sonnabend, den 14. d. M. findet
Militär-Streich-Konzert.
mit Garben- und Harmonienbenennung statt, angeführt von dem Musikföhrer des 2. Garderegiments v. P. Leitung: Kgl. Musikföhr. **Max Graf,** unter geß. Mitwirkung des Harmonium-Kammerorchesters **Herrn Stabernack,** der Opernsängerin **Fräulein Kiebe** und des Konzert- und Deutlichensängers **Herrn Glas.**
Nach dem Konzert: **Großer Ball.**
Stiergabel ergebend ein **C. Elste, Deponom.**
Von Sonntag, den 15. ds. Mts. ab jeden Sonntag: **Militär-Streich-Konzert.**

Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???

Passage-Theater.

Abends 8-11 Uhr.
Die singenden Engelsköpfe
Martin Kettner
Erna Fröhlich
und das großartige
Dezember-Programm.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Oll. Brunnenstr. 10.
Große Extra-Vorstellung!
Regina.
Reichshallenstr. 10. Täglich 8 Uhr:
Sonntag bis Dienstag: **Regina.**
Kasino-Theater.
Königsplatz 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.
Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch.
Vorher das glänz. bunte Programm.
Sonntag 4 Uhr: **Der Blumenstrauch.**

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Sonntag 8 Uhr.
Letzte Woche
von **Japfenfleisch, Das ungeheure**
und **Nonna Banna.**
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr: **Halbe**
Raffenspreise.
Das ungeheure. Mit-Geibelberg.
Ab Freitag, 9. u. **Wilhelm Tell.**
Kannhäuser, Nonna Banna.

Sanssouci
Kottbuser-
Str. 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und **Tanztruppen.**
Morgen Sonntag:
Große Elite-Soiree
und **Tanz.**
Durchweg neu u. e. 8 Progr.
Beginn Sonntag 5 Uhr,
wochentags 8 Uhr.

Buggenhiagen
Moritzplatz
im Theateraal täglich:
Das neue
Dezember-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntag 7 Uhr. (Sonntag
eröffnet 1 M., Entree 50 Pf.)
Familienbillets a 40 Pf.
Unter
täglich **Militär-Konzert.**
Seder, Przeworski, Odelski,
Remann, Eisen und Ullrich.

Biogr-Theater „Westend“
Charlottenburg,
Potsdamerstr. 11.
Heu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 5-11 Uhr.
Sonntag von 3-11 Uhr.
Stetiger Eingang von Neuheiten

England.
Mittershades
Hotel - Restaurant
Isolirt billig zu ver-
laufen. Seit Jahren
Quartier der
Süder-, Schlichter- und andere
Berliner. Bortreffliche Lage. Billige
Miete. Günstige Gelegenheit für ein-
giges Ehepaar. Englisch nicht not-
wendig. Deutscher Service.
Offerten: **Weller, 10 Lema-**
Street, Whitechapel, London E.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Weihnachts-Programm!
Anfang nachm. 8 Uhr,
Sonntag 7 Uhr.
Donnerstag, 26. Dezbr.
12. (12. Vortrag)
Gr. Weihnachts-Benefiz-
Matinee.
Reichshallen-Restaurant:
Wittich-Konzert.

Ohne Anzahlung.
Brückenstr. 12,
Taschenbrenn.
R. Hartmann, Trauringe.
Für Reclität bürgt 20jähriges
Bestehen der Firma, nicht mit
kleinen, minderwertigen Geschäften zu
verwechseln. Erst Geschäft ansehen,
es gibt viele Erbeiter ohne Geschäft,
ohne Lager, also nicht reinfallen —
Befannt ist meine
Riesen-Auswahl
der Uhren-
Branche.
Geschäft 20 Jahre. Kein Laden.

Damen-Konfektion
direkt aus der Fabrik.
Kein Laden!
Nach beendeteter Engros-Saison
auch Einzelverkauf
enorm
billig
Paletots
Capes
Abendmäntel
Kostüme
Kostüm-Röcke
Mädchen-
Paletots
Pelz-Stolas
Robert Baumgarten
Hausvogtel-Platz 11, I. Etage
(an der Jerusalemstraße).
Bei Vorzahlung dieses In-
serates an der Kasse werden
5 Proz. Rabatt vergütet.
Sonntags bis abds. 8 U. geöffnet.

Unsere erprobten und bewährten
Spiritus-Glühlicht-
Brenner nebst Ersatz- u. Zubehör-Teilen
zu unseren **Listenpreisen**
sind erhältlich bei 3421.*

W.
Karl Haupt, Tanzenstr. 14.
P. Radatz & Co., G. m. b. H.
Leipzigerstr. 122/123.
Emil Riedel, Potsdamerstr. 52.
R. & Th. Vitreck, Potsdamert. 55.

NW.
A. Ahrens, Alt-Moabit 77.
O. P. Neuvondorf, Friedrichstr. 130.

SW.
O. P. Neuvondorf, Blickestr. 12.
H. Schellwer, Yorkstr. 40.

C.
Erich Flosky Nachf., Münstr. 2.
Martin Gützow & Co., Soydelstr. 35.
Holtz & Link, Landsbergerstr. 58.
Dr. Hermann Lux,
Alte Schönhauserstr. 30.

N.
Reich. Becker, Invalidenstr. 164.
Franz Strauch, Brunnenstr. 64.

S.
Hermann Arnold,
Alexandrinenstr. 110.
Richard Hoppach,
Kommandantenstr. 60.
H. Kabermann, Prinzenstr. 25.

SO.
Wilh. Krusemark, Oranienstr. 205.

Charlottenburg.
Emil Rumer, Spandauerstr. 15.
Fritz Schroeder, Schlüterstr. 59.

Friedenau-Wilmersdorf.
J. Schmidt & Co., Hauffstr. 6.
E. Soltans, Kaiser-Allee 172.

Groß-Lichterfelde.
Robert Seliger, Sternstr. 23.

Reinickendorf-Ost.
W. Malchin, Residenzstr. 115/116.

Zentrale für Spiritusverwertung
G. m. b. H.
Ausstellungs- und Verkaufslokal:
Friedrichstr. 96 **BERLIN NW 7.** gegenüber dem
Zentral-Hotel

Die erste Grossmacht

bietet allen ihren Kunden eine herzliche Weihnachtsfreude durch ihre sensationelle Gratis-Bescherung. Jeder Kunde, ganz gleich, ob er viel oder wenig kauft, verlässt reich beschenkt unsere Verkaufsräume; die Wahl der Geschenke ist seiner gesch. Kundschaft selbst überlassen.

In allergrösster Auswahl und nur in tadellos bester Qualität offerieren wir **auf Teilzahlung** sowie gegen Bar:

Jackett-Anzüge	18⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 16,25 Mark</small>		
Jackett-Anzüge	19⁵⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 17,50 Mark</small>		
Rock-Anzüge	26⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 23,50 Mark</small>		
Gehrock-Anzüge	36⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 32,50 Mark</small>		
Winter-Paletots	20⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 18,00 Mark</small>		
Winter-Paletots	24⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 21,00 Mark</small>		
Schuhwaren für Herren und Damen	8⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 1 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 7,00 Mark</small>		

An jedem Stück 2 deutlich sichtbare Preise:
1 Teilzahlungspreis und 1 Kassapreis
zum Verkauf gegen Bar

Damen-Kos'üme	22⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 20,00 Mark</small>		
Paletots und Jacketts	15⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 4 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 13,50 Mark</small>		
Damen-Mäntel	12⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 3 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 10,50 Mark</small>		
Kimono-Blusen	13⁷⁵	Mk.
<small>Anzahlung v. 4 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 12,25 Mark</small>		
Braune Samt-Liftboys	29⁵⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 7 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 26,50 Mark</small>		
Falten-Röcke	14⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 4 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 12,50 Mark</small>		
Pelz-Stolas, Muffen etc.	9⁰⁰	Mk.
<small>Anzahlung v. 2 Mk. an. Rate 1 Mk. Bei Barzahlung 8,00 Mark</small>		

Garantie auch bei der billigsten Ware für tadellosen Sitz und gediegene Verarbeitung.
Ferner mit kleinster Anzahlung: Knaben- u. Mädchen-Garderobe, Teppiche, Portièren, Gardinen, Stores, Tischdecken, Steppdecken, Tülldecken etc. etc. In getrennten Abteilungen: Möbel u. Polsterwaren.
Unsere Lokale sind geöffnet: wochentäglich bis 10 Uhr abends, Sonntag von 8-10 und 12-8 Uhr.

M. Glogau, Alte Jakobstrasse 73,
Ecke Dresdenerstr. u. Ecke Rossstr., part., I., II., III., IV. u. V. Etage.

C. Wachsmann & Co., Reinickendorferstr. 15,
Ecke Havenstrasse, am Wedding-Platz.

Paul Neugebauer Nachfolger
Charlottenburg, Wilmersdorfer Strasse 31.

ALLE TAGE ANDERS

In Berlin, sagt er!

In Berlin, sagt er —
Musst Du fein, sagt er —
Warm gekleidet, sagt er —
Immer sein, sagt er —

Geld zum Einkauf, sagt er —
Brauchst Du nit, sagt er —
„Alle Tage Anders“, sagt er —
Gibt Kredit!

Auf Kredit

Paletots Anzüge

in grösster Auswahl.
Hut oder Stock sofort gratis.

Teilzahlung Damen-

Garderobe in jeder Preislage.
Jacketts, Paletots,
Mäntel, Kostüme
Röcke, Blusen.

Niedrigste Anzahlung **1 Mark.**
Wochenrate nur

Kinder-Garderobe

Täglich Eingang von Neuheiten.
Pelzstolas in allen mod. Pelz-Arten Anzahl. von **3 Mk.** an.

Einziges Waren-Abzahlungs-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken des **Rabatt-Spar-Vereins** „NORDEN“ berechtigt ist.

Gratis-Verabfolgung Weihnachts-Präsente

wie z. B. die reizendsten
Spielsachen für die Jugend.
Nützlichste Schmuckgegenstände für den Haushalt oder praktische Gebrauchsartikel für Erwachsene.

Trotzdem bis zum Feste beim Einkauf für Anzahlung ebenfalls **sofortige Aushändigung** der doppelten Anzahl Rabatt-Marken, **10 pCt. Rabatt** sodass dem hochwohlh. Publikum **etwa zugute kommen**, die nicht etwa vom Konto abgeschrieben, sondern **in bar** bezahlt werden.

Berlins grösstes Möbel- u. Waren-Kredit-Haus ALLE TAGE ANDERS

16 Reinickendorfer Strasse 16
Grösstes Haus am Nettelbeck-Platz
Pank-, Gerichts- und Reinickendorfer Strassen-Ecke.
Souterrain, Parterre, I., II., III., IV. Etage.

Kein Laden, nur 1 Tr. Preisliste franko. Kein Laden, nur 1 Tr.

Reellste, „direkte“ und billigste Zigarren-Engros-Bezugsquelle!
jetzt: **Neue Promenade 7, 1 Tr.** (gegenüber Haupteingang Stadtbahnhof Börse)

Nebenstehende Original-
„St. Felix Brasil“
100 St. M. **3.50**

Nebenstehende Original 6 Pf.-
Zigarre mild u. pikant
100 St. M. **4.35**

St. Felix Brasil
Tom Morton

Kl. Mexiko . . . 100 St. M. 2.75 Pureza (mittel) . . . 100 St. M. 3.75 Mexico, vorz. . . 100 St. M. 4.35
Cabinot (mild) . . . 100 St. M. 3.60 Ricardo . . . 100 St. M. 4.— La Flor, H. 7 1/2 Pf.-Zig. . . . 5.00

Wegen Gesellschafts-Auflösung einer Bremer Zigarren-Fabrik
folgende **35—40% billiger** als bisheriger Verkaufspreis:

Juan Alvarez (Sumatra) 100 St. M. 5.00	Bernardo Lopez (hochfein e) 100 St. M. 6.00
Eisa Yara-Cuba 50 St. M. 2.75	Cara Havana 100 St. M. 6.00
Costa Rica* (St. Felix) 50 St. M. 2.75	Colomona (Einlage) 50 St. M. 3.25

Weihnachtszigarren zu 25 St. M. **1.10, 1.20, 1.25, 1.30, 1.35, 1.50** usw. beste Qualitäten
zu 50 „ „ **2.25, 2.50, 2.75, 3.00, 3.25** usw.

Nicht unter 100 Stück. — 500 Stück franko Nachn. — Nichtzusagendes nehmen zurück.

Czollek & Geballe, Berlin C. 2,
jetzt: **Neue Promenade 7** (gegenüber Haupteingang Stadtbahnhof Börse)
Geöffnet bis 10 Uhr abends, Sonntags bis 8 Uhr abends.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

Gratis

erhält jeder Käufer beim Einkauf eines Anzuges oder Paletots eine
hochelegante bunte Weste
im
Spezialhaus guter Herren- u. Knabenbekleidung
fertig und nach Maß
Spezial-Abteilung: Bekleidung für jeden Beruf

Leske & Lehrer
78 Kottbuser Damm 78
Winter-Paletots * Winter-Anzüge * Loden-Joppen.

Unsere Grundsätze:
Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausprobierte Stoffe.
Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl.
Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz.
Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen.
Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen.
Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Originalinsert!
Nachdruck verboten.

Der hohelegante Kalender ist erschienen. Auf Wunsch kostenlose Zusendung.

Rheinländische
Arbeiter- u. Berufsbekleidung
sind anerkannt die Besten.
Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit solche Bekleidung tragen.
Grösste Haltbarkeit, beste Arbeit, eigene Fabrik.
Verkauf zu Fabrikpreisen.

Monteur-Hosen 95, 150, 200, 240.	Wasser-Hosen 2,95, 3,50.
Monteur-Hosen 95, 150, 200, 235.	Wasser-Jackets 3,50, 4,50.
Malerkittel 2,00, 2,55, 3,00.	Wasser-Hosen und -Joppen.
Mechaniker-Kittel 2,65.	Konditor-, Fleischer-, Tischler- und Leder-Hosen.
Leder-Hosen 1,95, 2,65, 3,50, 4,50.	Stoff-Hosen 1,95, 2,35, 3,50, 4,50.

1. Verkaufsstelle Berlin N., **Brunnenstraße 119,**
Ede Medomstraße.

2. Verkaufsstelle **Invalidenstraße 2,**
Ede Elisabethstraße.

A. B. Koch
Kohlen-Groß-Handlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 16.
Preis für nur 10 Marken ab Platz von 10 Str. an:

Prima la Galdacine (bekannte Marken) pr. Str. 97 St.
Plänerschaft 1.02 St.
la Diamant pr. Str. (110 bis 120 St.)
la Alie u. Alivo 1.05 St.
la Anthrazit Gaddy Str. 2.40 St.

Roh-, Steinföhen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10—15 St. mehr. — Bei Original-
Waggons und größeren Abkäufen verlangen Sie meine Spezial-Offert.

Lachmann & Scholz
Turm-Str. 76 Warenhaus Otto-Str. 1

Doppelte Rabatt-Marken
und
Pfefferkuchen-Bons

Bei einem Gesamt-Einkauf von je 5 Mark im Werte von 50 Pfg., wofür Pfefferkuchen oder Christbaum-Schmuck nach eigener Wahl von unseren Lägern **gratis** verabfolgt werden

nur noch bis **Sonntag, den 15. Dezember.**

*) Wenige Artikel ausgeschlossen. Die Bons haben bis 22. Dezember Gültigkeit.

Eile zu Weile!
119 Dresdenerstr. 119
Eckhaus Oranienplatz

Spezial-Haus
nur für
Pelz-Stolas Colliers
und
Muffen.
Riesenhafte Auswahl in echt skunks von 25 Mark an
Nerz von 40 Mark an
Persianer von 60 Mark an
Bisam von 10 Mark an
Tibet von 9.50 Mark an
Kanin von 3.75 Mark an.
Eigene Werkstatt.

J. Weile Dresdenerstr. 119, Eckhaus Oranienpl.
Auf Wunsch wird jede Stola aus dem Fenster verabfolgt.
Sonntag geöffnet!

Nur beste Kürschnerarbeit!

Georg Wöllmer
Juwelier u. Uhrmacher
Potsdamer Berlin W. 35 Potsdamer Straße 107 Berlin W. 35
empfehl. beim gr. Lager in Juwelen, Gold, Silber, Platin, Uhren, Uhrenzubeh., waren aus Hiren.
Eigene Werkstatt für Reparaturen.
Den Kunden des „Vormärts“ gewährt als Weihnachtsgeschenk **10 Proz. Rabatt.** 10702

Letzte Woche
täglich, Sonntag, verkaufen wir als Gelegenheitskauf für Herren jeden Standes zu Preisen wie solche enorm
billig
aus feinsten Massstoffen teils auf Seide gefertigte hochvernehme Herren Ulster, mod. Rock, Jackett
Anzüge Paletots
deren sonstiger Masspreis 40—70 M. ist, jetzt 18—25 M.
Gehrockenalls jetzt 25—45 M.
Herren-Hosen jetzt 7—12 M.
Deutsches Versandhaus Jägerstr. 63, 1 Trepp.

Versuch macht klug!
Kaufen Sie
Schmeißers Sauces-Würfel
10 Pfg.

Zur Aufklärung!
R. Schmeißers Sauces-Würfel dient nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, als Zusatz oder Verbesserung für fertige Sauces, sondern zur ursprünglichen Herstellung derselben ohne irgend welche weitere Zusatz. Heberall zu haben. 5892*
G. Schmeißers Nährmittel-Fabrik, M. m. b. H., Leipzig, Filiale Berlin, Oranienburgerstr. 17. Amt IIIa 4729

Eine Mark
wesentliche Teilzahlung بهره elegante fertige 12322

Herren-Garderoben
Größt für Hoch. Anfertigung nach Mass. Zueste Ausführung.
Julius Fabian,
Schneidermeister,
Gr. Frankfurterstr. 37, 11
Gingang Oranienberger Platz.

Partei-Angelegenheiten.

Schiller Wahlkreis. Sonntag, den 15. Dezember, abends 6 Uhr, findet im Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23 eine Versammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Emma Thier über: „Das neue Reichsvereinsgesetz und die Frauen“. 2. Diskussion. In zahlreichem Besuch laden ein.

Lichtenberg. Heute abend Flugblattverbreitung! Jeder Genosse stelle sich pünktlich seinem Bezirksführer zur Verfügung. Sonntag vormittag Stubenverbreitung. Um 10 1/2 Uhr Vortragsrede in den Bezirkslokalen. Mittags 12 Uhr: Volksversammlung im „Schwarzen Adler“. Referent: Reichstagsabgeordneter Paul Singer.

Das Zentralwahlbureau ist am Montag von früh 9 Uhr ab im Lokale von Pöhl, Pfarrstr. 74, Fernsprech-Amt Lichtenberg Nr. 202, geöffnet.

Ober-Schöneweide. Sonntag früh 8 Uhr findet eine Handzettelverbreitung von den Bezirkslokalen aus statt. Am Dienstag, den 17. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Schlosspark Wilhelminenhof öffentliche Versammlung. Genosse Grunow wird über das Thema: „Die Tätigkeit unserer Gemeindeverwaltung!“ sprechen. Zahlreiche Beteiligung beider Veranstaltungen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Wahldorf a. Osk. Am Sonntag, den 15. d. M., abends 6 1/2 Uhr findet in Wahldorf, Kolonie Grunowstraße, bei Heinrichs früherer Linke eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Der Genosse Störmer referiert über „Kirche, Schule und Arbeiter.“ Am Sonntag, früh 8 Uhr, Flugblattverbreitung. Die Genossen von Wahldorf Süd treffen sich bei Seddendorf, die für das Dorf bei Schiefe.

Mariendorf-Südende. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 15. und Freitag, den 20. d. M. im Lokale des Genossen Hermann Reichardt, Mariendorf, Chausseestraße 27 eine Weihnachtsausstellung von Bildern- und Plakatenbüchern sowie Romanen, Novellen und Klassikern stattfindet. Die Speditionskommission ersucht um regen Zuspruch.

Bezirk Waidmannslust. Die Mitgliederversammlung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, beim Genossen Weitschach-Vorsitzende statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Redakteurs Karl Wermuth über: „Der Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft.“ 2. Diskussion. 3. Abrechnung vom Stiftungsfest. 4. Die Neueinteilung unseres Bezirks. 5. Vereinsangelegenheiten. 6. Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Am Montag, 16. Dezember 1907, abends 8 Uhr, findet eine Volksversammlung im Saale des Herrn Deutschmann, Hauptstraße, statt. Die Handzettelverbreitung hierzu findet morgen, Sonntag, vormittags 8 Uhr, von folgenden Lokalen aus statt. 1., 2., 3. und 4. Bezirk bei Wacht, Viktorstraße 7, 5. Bezirk bei Wacht, Seefischstraße 10. Pünktlich eines jeden Genossen ist, sich daran zu beteiligen. Der Vorstand.

Schildow-Planensfelde (Bezirk Nieder-Schönhausen). Die Wahlvereinsversammlung findet am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in Wöhrsmühle im Lokale des Herrn Knappe statt. Tagesordnung: 1. Vorlesung über „Das preussische Dreiklassenwahlrecht“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Abmarsch der Schönhauser Genossen Punkt 1/2 Uhr von Wratvogel, Nordend.

Berliner Nachrichten.

In der Ausstellungshalle.

Wir folgen den elegant gekleideten, in kostbare Pelze gehüllten Paaren und treten in die hellerleuchtete Vorhalle ein. Die Baubewerke in Gestalt eines Zweimarkstückes, von dem wir wehmützig Abschied auf Nimmerwiedersehen nehmen, öffnet uns die geheimnisvolle Pforte, hinter der uns der Glanz von tausend und aber tausend Glühbirnen blendet. — In bunter Flammenschrift leuchten die Namen der einzelnen ausstellenden Firmen dem Eintretenden entgegen. Eine warme, dicke, parfümgeschwängerte Luft drängt sich uns fast widerlich auf. Zwei Skapellen, die eine in Rivoli, die andere in der Uniform der Bolschewiker, sorgen an beiden Enden des Atrienraumes für die musikalische Unterhaltung. Ein schilddrüsenreicher Neger, der in den Haaren, prunzend in einer bunten Puppenjacke, herumstolzert, bringt die Herzen aller jungen Damen in Aufruhr, die sich an dem „schwarzen Quaren“ gar nicht satt sehen können.

Zurzeit sind nur Personenautomobile und Rubehörteile sowie wunderbar konstruierte und in Betrieb gehaltene Maschinen aus der Automobilindustrie ausgestellt. In den Gängen drängt und schiebt sich das Publikum aus der exklusiven Gesellschaft, die unteren Volksschichten sind wenig oder gar nicht vertreten, für sie bildet der Automobilisport keine brennende Lebensfrage, und der wahnwitzige Wunsch, so ein elegantes, lutendes „Schnauferl“ als Weihnachtsbescherung unter dem Tannenbaum zu stellen, kommt dem einfachen Bürger nicht einmal im Traume. Um aber die Prachtzergeugnisse der Automobilindustrie anzustarren, dafür ein blankes Zweimarkstück opfern, das man so teuer erwerben muß, geht wirklich nicht an. Damit haben die Kuderwähler der vornehmen Welt ihren Zweck erreicht. Man kann sich so ungehörig unterhalten, beklatschen und bekränzen, ohne mit dem gewöhnlichen Volk zusammen zu kommen. Blühende Offiziersuniformen, blanke Anströhrchen, Zobel und Hermelin, teure Straußenfedern, schwere, rauschende Seidenroben geben denn auch den Ausschlag. Es scheint diesen feudalen Kreisen übrigens nicht gar so schlecht zu gehen, wie man durch die stetigen Klagen anzunehmen versucht wäre, denn wohin man seine Schritte lenkt, findet man durch Auffahrt als verkauft bezeichnete Wagen. Bedenkt man nun, daß es sich hier um Summen von 8, 10, 12, 20, 25 Tausend Mark handelt, so läßt das immerhin schon auf eine wohlgeleitete Börse schließen. Da der Wunderdinge zu viel ausgestellt sind, so fällt es den Reflektanten nicht leicht, sich für ein bestimmtes Fahrzeug zu entscheiden, zögernd und unschlüssig wandern sie von einem zum anderen.

Leider besteht auch ein Pärchen ein Auto und dann lehnen sich beide selbstgefällig und nachlässig in die bequemen Kissen zurück, lassen sich wohl auch über die Mechanik der Kurbel und Bremse instruieren und entlocken mit Vorliebe der Guppe die gräulichsten Töne. „Dieses und kein anderes“, erklärt eine schlaffe, hübsche Dame ihrem Begleiter in bestimmter Weise und ihr kleines Mündchen kränzelt sich trotzig. Er

redet nun leise aber eindringlich auf sie ein, jedoch ohne Erfolg, denn sie verharret eigeninnig auf ihrem Standpunkt: „2000 M. mehr oder weniger, das spielt wirklich keine Rolle!“ hören wir noch im Vorübergehen die Dame leichtsin erwidern. 2000 M. spielen keine Rolle!

In Betrachtungen verfunken wenden wir uns der oberen Etage zu. Ein interessantes und anregendes Bild bietet von hier aus der Saal mit seinen unzähligen bunten Glühlämpchen und der wogenden, sitzenden und lachenden Menge.

Den Clou der Ausstellung aber bildet ein riesiger Autoportier, der aus lauter Reifen zusammengesetzt erscheint. Ein dichter Zuschauerkreis hat sich dajelbst zusammengefunden und erregt sich in ausgelassener Heiterkeit an dieser gelungenen Karikatur. Seine Bewegungen wirken aber auch zweckloser Schütternd. Er torfelt wie ein Betrunkener, er wirpelt und tänzelt mit lachendem Mund im Frack nach den Klängen der Musik; bald beugt er sich rückwärts und richtet sich wieder langsam auf, die riesigen Polypenarme weit ausbreitend, als wollte er die Welt umspannen, bald neigt er sich wie schlafend nach vorn oder zur Seite, immer in grotesken Formen. Alles schüttelt sich vor Lachen, und während wir herabsteigen, sichert sich vor und hinter uns, als nachhaltige Wirkung des köstlichen Altes.

Erst als uns draußen der kühle Nachtwind umweht und das dünne, klägliche Stimmchen eines kleinen, blaueisernen Jungen an unser Ohr dringt, der den Herausretenden Hombelmänner, das Stück für'n Sechser zum Kauf anbietet, wippt ein häßliches Gefühl die fröhliche Stimmung weg und wie ein schriller Rißton klingt der Ruf des Kindes in unserer Seele wieder. „2000 Mark spielen wirklich keine Rolle!“

Die Wohnungsnot der Ortskrankenkasse der Kaufleute hat es den Hausgelehrten angetan und sie möchten zu gern das verdienstvolle Wirken der Kasse auf dem Gebiete des Wohnungswesens unterbinden. In diesem Zwecke hat der Landesverband der Haus- und Grundbesitzer sich an den Magistrat gewendet. In der Antwort des Berliner Magistrats wird zunächst das Recht des Verbandes zur Beschwerdeführung bestritten, dann aber ausgesprochen, daß die betreffende Kasse die Grenzen ihrer gesetzlichen Aufgaben nicht überschreite. Die Feststellung der Wohnungsverhältnisse sei für die Krankenkassen insonderheit von großer Bedeutung, als in vielen Fällen von der Beschaffenheit der Wohnung die Entscheidung abhängt, ob Krankenhauseinweisung, Überweisung in Heilanstalt oder in Erholungsstätten stattfinden soll, oder ob der Kranke in der Wohnung bleiben darf. Wenn das Ergebnis dieser Ermittlungen zusammengestellt, den Klassenvertretern usw. zugänglich gemacht werde und dadurch Kosten entstehen, so sei darin kein Verstoß gegen das Gesetz zu erblicken. Es war also wieder einmal nichts!

Die Jugendschriften-Ausstellung im Gewerkschaftshaus (Engel-Allee 15) findet bei der Arbeiterbevölkerung Berlins und der Vororte auch in diesem Jahre wieder die verdiente Beachtung und wird sehr reger besucht. Sie ist nur noch am heutigen Sonnabend und am morgigen Sonntag geöffnet, an beiden Tagen von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends. Jedem Vater und jeder Mutter, die ihrem Kinde ein gutes Buch auf den Weihnachtstisch legen wollen, ist dringend zu empfehlen, sich auf der Ausstellung Rat zu holen und die ausgestellten Bücher selber zu prüfen. Die Bücher können dort in Ruhe und mit aller nur wünschenswerten Gründlichkeit durchgesehen werden. Noch einmal sei hier hervorgehoben, daß der Zutritt unentgeltlich ist und daß ein gedrucktes Verzeichnis der ausgestellten Bücher gratis verteilt wird. Im Verzeichnis ist auch der Preis der Bücher angegeben. Alle Bücher werden besorgt durch die Vorwärts-Bücherei (Rindfleischstraße 69) sowie durch sämtliche Parteispeditionen. Auch können im Gewerkschaftshause selber in einem Nebenraume, der mit dem Ausstellungsraum nicht in Verbindung steht, Bücher gekauft werden.

Eine statistische Aufnahme des Straßenverkehrs von Berlin, soweit er sich auf die Hauptstraßen und Hauptplätze der Reichshauptstadt erstreckt, wird jetzt nach dem Beschluß des Statistischen Amtes vorgenommen. Die langwierige Arbeit ist Donnerstag früh in der Leipzigerstraße begonnen worden, in der 27 Posten den ganzen Tag über ihre Aufzeichnungen machten. Es fanden sich zwei Beamte beisammen, der eine trug jeden Wagen sorgfältig nach seiner Art — ob Omnibus, Geschäftswagen, Automobil, Dreirad usw. — in die Liste ein. Der andere Beamte hatte die Personen zu zählen, die den Bürgersteig auf seiner Seite passierten. Dabei ist es vorgekommen, daß ein Beamter in der halben Stunde nicht weniger als 1700 StraÙe eintragen mußte. Sobald die Leipzigerstraße verkehrstatistisch genügend bearbeitet ist, wird die Friedrichstraße an die Reihe kommen. Später sollen die anderen Hauptverkehrsstraßen folgen.

Weihnachtzüge im Westen. Sonderzüge zum Weihnachtsfest verkehren auch im Westen der Monarchie. Schnellzüge sind vorgesehen zwischen Berlin und Hamburg—Altona, Berlin und Köln, Hamburg—Cassel—Frankfurt, Leipzig—Hannover usw. Von Berlin—Lehrter Bahnhof geht ein Schnellzug 0.59 früh nach Hamburg am 21., 22., 23., 26. und 27. von Hamburg 8.40 am 21., 22., 23., 24., 26. Dezember und 2. Januar. Von Berlin—Friedrichstraße nach Köln gehen Schnellzüge 8.41 früh am 20., 21., 22., 23., 24., 27., 28., 29., 30. und 31. Dezember, 2., 3., 4., 5., 6. und 7. Januar und 9.43 nachm. am 20., 21., 22., 23., 26., 27., 29. Dezember, 1. und 2. Januar. Von Köln zurück gehen die Züge 10.01 vorm. und 9.40 nachm. Von Hamburg—Hauptbahnhof gehen Schnellzüge nach Cassel und zum Teil nach Hannover 11.55 vorm. und 11.13 nachm., von Leipzig—Berliner Bahnhof nach Hannover 12.44 am 20., 21. und 24., zurück von Hannover 12.40. Personenzüge verkehren zwischen dem 20. Dezember und 3. Januar zwischen Altona und Berlin, zwischen dem 21. Dezember und 6. Januar auf der Strecke zwischen Berlin und Köln, zwischen dem 21. Dezember und 2. Januar auf der Linie Hamburg—Cassel.

Linienüberlegung bei der Straßenbahn. Die Straßenbahn war, wie wir seinerzeit mitgeteilt haben, seit längerer Zeit genötigt, verschiedene Linien an der Kolonnenbrücke in Schönberg wegen Bauarbeiten abzulenken oder den Betrieb durch Umleitungen aufrecht zu erhalten. Die Linien 2 Außenring und 1 Südring wurden umgeleitet, während die Linie III Swinemünderstraße—General-Papestraße dort unterbrochen werden mußte, so daß die Fahrgäste genötigt waren, umzusteigen. Die Arbeiten sind jetzt beendet, so daß alle drei Linien wieder ihren planmäßigen Betrieb über jene Strecke aufnehmen konnten.

Der Magistrat hat gestern an Stelle des Prof. Dr. Vendo den Dr. Max Koch-Eberfeld zum Projektor am städtischen Krankenhaus am Urban gewählt.

Weihnachtspostämter in Berlin. Für den Weihnachtspaketverkehr reichen im Berliner Bezirk die Diensträume der Postämter im allgemeinen mehr oder weniger aus. Doch müssen an einzelnen Stellen des weitverzweigten Netzes der Einrichtungen für die Beförderung der Pakete besondere Räume für den Weihnachtspaketdienst geschaffen werden. Zum Teil hat man die Maßnahmen der früheren Jahre wieder aufgenommen, zum Teil neue Einrichtungen getroffen. Wie seit einer Reihe von Jahren wird auch in diesem Jahre wieder der alte Dresdener Bahnhof für die Weihnachts-

pakete nutzbar gemacht. Er dient als Postkammer für alle vom Anhalter Bahnhof abgehenden Sendungen. Der Schleifische Bahnhof muß den riesigen Weihnachtspaketverkehr nach dem Osten vermitteln, der wegen der zahllosen Familienbeziehungen der zugewanderten Bewohner der Reichshauptstadt mit dem Osten im ganzen wohl der stärkste ist. Hier werden Räume sowohl für die ankommenden wie für die abgehenden Pakete geschaffen. Die Güterhalle des Schleifischen Bahnhofs dient als Postkammer für die eingehenden Pakete. Für die abgehenden Weihnachtspakete hat man einen besonderen Schuppen auf dem Platz vor dem Schleifischen Bahnhof errichtet. Für die übrigen Bahnhöfe Berlins brauchen besondere Räume nicht bereit gestellt zu werden. Dagegen sind auch in einigen Vororten eine Art von Weihnachtspostämtern errichtet. In Wilmerdorf hat die Post von der jungen Stadt einen Saal im Gemeindehause als Postkammer gemietet. In Steglitz dient die Turnhalle als Postraum.

Steuerberanlagung 1908.

Die Steuerberanlagung für das Steuerjahr 1908 wird jetzt von den Steuerbehörden angeündigt. Sie findet in der Regel, z. B. in Berlin, vom 4. bis 20. Januar einschließlich statt. Die Frist wird für die in außeruropäischen Ländern und Gewässern Abwesenden auf sechs Monate, für andere außerhalb des Deutschen Reiches Abwesende auf sechs Wochen, für die übrigen Abwesenden auf drei Wochen verlängert. Alle schon mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. veranlagten Steuerpflichtigen sind zur Abgabe der Steuererklärung verpflichtet, auch wenn ihnen eine besondere Aufforderung oder ein Formular nicht zugegangen ist. Die Erklärung kann zu Protokoll oder auch schriftlich durch die Post geschehen. Die Einreichung geschieht aber auf Gefahr des Abwesenden und deshalb zweckmäßig mittels Einschreibebriefes. Die Steuerklärungen sind, bei Vermeidung ihrer Ungültigkeit, von dem Steuerpflichtigen in eigener Person zu unterschreiben. Für Personen, welche unter elterlicher Gewalt, Vormundschaft oder Pflegschaft stehen, sowie für nichtbürgliche Personen sind die Steuerklärungen von deren Vertretern abzugeben. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuerklärung veräumt, hat einen Zuschlag von 5 Proz. zu entrichten. Wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben oder wissentliche Verschönerung von Einkommen in der Steuerklärung sind mit Strafe bedroht. Einkommen von Mitgliedern einer in Preußen steuerpflichtigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung sind steuerfrei, soweit sie auf Gewinnanteile der Gesellschaft entfallen, aber nur dann, wenn rechtzeitig eine entsprechende Erklärung abgegeben wird. Steuerpflichtige, die von dem Rechte der Vermögensanzeige Gebrauch machen wollen, haben diese innerhalb der Frist für die Steuerklärung zu bewirken. Auf die Berücksichtigung später eingehender Vermögensanzeigen bei der Veranlagung zur Ergänzungsteuer kann nicht gerechnet werden.

Für unseren Leserkreis kommen ja die Bestimmungen der Selbstberanlagung weniger in Frage. Die Arbeiter werden ja nach den jetzt beliebten Auskünften der Arbeitgeber über ihr Einkommen veranlagt.

Die Abdeckungsarbeiten am Untergrundbahntunnel sind in der Wallstraße zwischen Neue Hof- und Grünstraße beendet und ist dieser Straßenzug nunmehr wieder dem Verkehr übergeben. Gelegenheit der Bauarbeiten ist auch der Fahrdamm erheblich verbessert worden, indem von dem breit angelegt gewesenen südlichen Bürgersteig ein Streifen von drei Metern abgetrennt worden ist. Zwischen Grünstraße und Spittelmarkt ist in dem unteren Laufe die Tunnelverbreiterung nach der Wasserseite ebenfalls abgedeckt und wird der Wagen- und Fußgängerverkehr, nachdem der Ganganbau entsprechend zurückgestellt worden ist, über den provisorisch gepflasterten Straßenweg geleitet. Dafür ist die südliche Hälfte des Fahrdammes gesperrt und sind hier die Abdeckungsarbeiten in Angriff genommen worden. Am Spittelmarkt ist der Tunnel bis zu den Straßenbahngleisen geschlossen. Um auch die Abdeckung zwischen den Straßenbahnlinien vorzunehmen, ist eine Ableitung des Verkehrs mittels Notwegen erforderlich. Voraussichtlich werden die hierfür notwendigen Vorarbeiten im nächsten Monat in Angriff genommen. Der zukünftige Einsteigebau zu der Station Spittelmarkt befindet sich innerhalb eines extra zu diesem Zweck eingebauten Aufseperrens im Zuge der Wallstraße. Der Schacht ist vorläufig mit Bohlen abgedeckt und besitzt jetzt nur eine kleine Einsteigeöffnung, durch die die Arbeiter in den Tunnel gelangen und Baumaterialien heruntergeschaffen.

Das Berliner Adreßbuch für 1908 ist erschienen und gelangt von heute ab in der Hauptexpedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, Zimmerstr. 37/41, wochentags von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zur Ausgabe. Von den Vorbestellern kann das Adreßbuch gegen Auszahlung der ihnen zugegangenen Legitimationskarte und Zahlung von 12 M. in Empfang genommen werden. Von Witwood, den 15. d. Mts. ab erfolgt gegen eine Zustellungsgebühr von 20 Pf. die Lieferung der nicht abgeholtten Exemplare in die Wohnungen der Besteller. Der Verkauf nicht vorbestellter Bücher zum Ladenpreise, der um 2 M. höher ist als der Vorbestellpreis, findet nur in der vorgenannten Hauptexpedition statt. — Der vorliegende Jahrgang erscheint in einer Stärke von 340/, Druckbogen zu 16 Seiten, zusammen 6448 Seiten und enthält somit 312 Seiten mehr als der Jahrgang 1907. Inhaltlich ist das Adreßbuch für 1908 wiederum um zwei Neuerungen bereichert worden. Die eine, die zur Erleichterung im Geldverkehr eine Verallgemeinerung des Scheckverkehrs durch Angabe des betreffenden Bankkontos bei den Adressen anstrebt. Die zweite im III. Teil „Straßen und Häuser“ geschaffene gibt eine tabellarische Uebersicht der Grundbesitzverteilung der zum Amtsgerichtsbezirk Berlin-Mitte gehörigen Grundstücke, nach Straßen und historischen Stadtteilen geordnet. Diese durch das Entgegenkommen des Herrn Präsidenten des Amtsgerichts Berlin-Mitte ermöglichten Angaben hofft der Verlag im nächsten Jahre auf alle Berliner Grundstücke ausdehnen zu können. Im Teil II „Behörden“ ist durch Hinzufügung der Adress „Wasserräte“ die tabellarische Uebersicht der Straßen wiederum vervollständigt worden. — Eine Erweiterung hat auch in der neuen Ausgabe der große Verzeichnisplan aufgenommen, indem auf ihm das Handelsgelände bis zur Plaueninsel vervollständigt wurde und dadurch der Ortsplan mit Neubabelsberg berücksichtigt werden konnte.

Weihnachtsbäume als Unheilbringer. Ein bedauerlicher Unglücksfall, bei dem drei Personen verletzt wurden, ereignete sich vorgestern abend gegen 1/2 Uhr in der Prudenstraße. Ein mit Tannenbäumen beladener Wagen der Firma Wotzig, Langestr. 21, fuhr in der Richtung nach der Holzmarktstraße zu über die Janowwühlbrücke, als ein Straßenbahnzug der Linie 35 den Lastwagen überholte. Dieser letztere bog fast in dem gleichen Augenblick auf das Gleis hinüber, wobei die weit über den Wagenrand hinausragenden Weihnachtsbäume die Fenstergehäusen des Anhängewagens zertrümmerten. Durch die umherfliegenden Glassplitter wurden die Kaufleute Gleich aus Wiesenhal und Sinke, Kötzstr. 57 wohnhaft, im Gesicht, sowie ein dritter Herr, der die Angaben seiner Personalien verweigerte, an beiden Händen verletzt.

Erstickten und ertränkt hat sich in Tegel der 32 Jahre alte Rollemeister Hiemann aus der Heimstr. 15 hier selbst. Er war gestern morgen mit der Straßenbahn nach Tegel gefahren und begab sich sofort nach dem Tegel See, wo er vor den Augen von Passanten etwa fünf Meter weit in das Wasser hüncig. Bevor man den Versuch machen konnte, den Lebensmüden zurückzuholen, zog dieser einen Revolver hervor und schloß sich eine Kugel in die rechte Schläfe. Der Mörder konnte nur noch als Leiche gefahndet werden. Der Verstorbenen, der unversehrt war, scheint durch pekuniäre Sorgen zu dem verzweifeltten Schritt getrieben worden zu sein.

Arbeiter-Bildungsjahre Berlin. Wir bitten die Teilnehmer des Unterrichts in Naturerkenntnis beachten zu wollen, daß sowohl heute abend, als auch nächsten Sonnabend, der Unterricht nicht erst 9 Uhr, sondern schon 8 1/2 Uhr seinen Anfang nimmt.

Das Opfer eines schweren Baunfalls. Der, wie seinerzeit gemeldet, am 20. Juli in Steglitz sich ereignete, ist noch nachträglich der in der Wilsstraße 98 wohnende Maler Franz Küster geworden. N. hatte damals bei dem Gefälle einer Holzbohle einen schweren Gehirnerschütterung erlitten, die seine Ueberführung nach dem Kreiskrankenhause erforderlich machte. Hier ist er nach fast sechsmonatigem Leiden, während welcher Zeit er fast stets betäubungslos war, am gestrigen Tage infolge der damals erlittenen Verletzungen verstorben.

Ein Straßenbahnwagen auf Jermwegen. Einen eigenartigen Zusammenstoß verursachte am gestrigen Freitag vormittag ein Straßenbahnwagen an der Ecke der See- und Gerglerstraße. Durch eine in der Schienenrinne liegende Schraube wurde in der Kurve der Straßenbahnwagen Nr. 224 der Linie 42 zur Entgleisung gebracht und der Wagon faulste nach dem Bürgersteig hinüber. Hier stieß er mit solcher Gewalt gegen den Sockel eines Oberleitungsmaßes, daß dieser zertrümmert wurde. Die Klappe des Mastes stürzte auf den Bürgersteig hinab, glücklicherweise ohne daß Personen verletzt wurden. Durch einen telefonisch herbeigerufenen Rettungswagen wurde der schwere Wagon wieder eingeleist. Die durch den Unfall herbeigeführte Verkehrsstörung währte zehn Minuten.

Auf der Suche nach acht Desertern ist die hiesige Polizei-Bezirkskommandantur von der Truppe der Gardebrigade ist der Hauptmann Heinrich Pröster fahnenflüchtig geworden. Außerdem sind desertiert der Musikant Gutsch von der 11. Kompanie des 14. Infanterie-Regiments, der Musikant Anton Firsched vom 150. Infanterie-Regiment, der Kanonier Deusing von der 2. Batterie des 1. Garde-Fußartillerie-Regiments, der Grenadier Westphal vom 9. Infanterie-Regiment, der Pionier Schulz vom 16. Pionier-Bataillon, der Musiker Dürks vom 28. Infanterie-Regiment und schließlich der Dekorationshändler Varschert vom Bekleidungsamt Spandau. Die Deserteure werden alle in Berlin vermutet.

Der Wissenschaftliche Verein veranstaltet in der Urania am Mittwoch, den 18. Dezember, seinen dritten Vortragabend, an welchem Herr Professor Dr. Hergesell-Strasbourg über das Thema: „Das Unheimliche als Stätte der wissenschaftlichen Forschung und der menschlichen Verheerung“ sprechen wird.

Feuerwehrbericht. Vorgestern abend wurde die Feuerwehr nochmals nach der alten Brandstelle in der Kantensstraße 69 alarmiert. Dort brannte auf neue der Fußboden im 4. Stock. Die Gefahr konnte schnell beseitigt werden. Das 4. Stockwerk und das Dach sind bis auf den Fußboden im 4. Stock, der fast unberührt geblieben ist, vom Feuer gänzlich zerstört geblieben. — Durch Umfallen einer brennenden Petroleumlampe kam nachts in der Panitzsch 24c Feuer aus, wobei Betten usw. in Brand gerieten. Wegen Kurzschluss in einer elektrischen Leitung erfolgte ein Alarm nach der Leipzigerstraße.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Die Agitationsversammlungen zu den Stadtverordnetenwahlen in den letzten Tagen fanden allenthalben in überfüllten Sälen statt. Die Referenten haben, soweit aus den Berichten ersichtlich ist, in ihren Ausführungen den ungeteilten Beifall der Versammlungsbesucher gefunden.

Am Donnerstag brachten zwei öffentliche Versammlungen noch einmal Tausende auf die Beine. Genosse Städtien sprach im „Schwarzen Adler“ im dichtbesetzten Saale, Genosse Schuberth hatte im „Redlatten“ eine aufmerksame Zuhörerschaft. Die Bürgerlichen fanden sich mit der Tatsache, daß sie in die Defensive gedrängt sind, gut und schlecht ab. Ihre Verteidigung bestand nur in einigen Zwischenrufen. Dafür wird allerdings hinter verschlossenen Türen um so intensiver an der „Abwehr“ gearbeitet! Auch in diesen Versammlungen war unter den Anwesenden eine zuverlässige Stimmung vorhanden. Der Gesamtzweck der sozialdemokratischen Kandidaten und der darauf folgenden Abstimmung in diesen Massenversammlungen widersprechen nicht einmal die Bürgerlichen; die sozialdemokratischen Kandidaten sind somit die wirklich und öffentlich von der Wählerschaft aufgestellten Vertrauensmänner.

Am Sonntag mittag 12 Uhr wird eine öffentliche Wähler-versammlung den Teil der Wahlarbeit beschließen. Am Montag und Dienstag hat die Wählerschaft das Wort!

Die Gemeindevertretung wählte in ihrer Sitzung vom 12. Dezember den Malermeister Jungman zum Vorsteher des 20. und den Lehrer Schöder zum Vorsteher des 16. Bezirks der Armenverwaltung. — 650 M. bewilligte wieder die Majorität den Erben eines früheren Besitzers — der seine Grundstücke längt an den Mann gebracht und sich dabei gewiß die Auslagen mit Zins und Zinsen abgezahlt hat — als Ersatz für Bürgersteigherstellungskosten. Interessant war die Mitteilung, daß auch in diesem Falle der Versuch gemacht worden ist, „mehr zu erlangen“. — Die Wunschlöhner in der Dorfstraße wurden neu festgesetzt, danach wird die Straße eine Breite von 42 bis 45 Meter erhalten und voraussichtlich später mit einer Mittelpromenade versehen werden. — Das Gebäude des Elektrizitätswerks, das erst vor wenigen Jahren seiner Bestimmung übergeben ist, wackelt sich nachgerade zum Schrecken der Umgebung aus. Die Erschütterungen beim Betriebe sind so arg, daß die Nachbarschaft bereits an Entschädigungsansprüche denkt. Aber auch das Gebäude selbst ist in Gefahr. Vor kurzem mußte der fälschliche Giebelbau abgetragen werden und heute werden wieder 3000 M. gefordert, um auch den nördlichen Giebelbau abtragen zu können. Die Schwerkraft der Giebelwände sind mit hohem Auge sichtbar und geradezu gefährdend. Auch die Fundamente der Maschinen zeigen bedenkliche Risse und Abbrüche. Eine „Untersuchung“ soll die Ursachen und — die Schuldigen ermitteln. — 2000 M. wurden bewilligt, um als Preise in Höhe von 600, 400 und 200 M. bei einem auszuscheidenden Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen einer Kirchhofsanlage auf dem 80 Morgen großen Gelände an der Treßdow-Allee in Friedrichsfelde-Starkshorst zu dienen. — Die Errichtung neuer Lehrstellen für die Gemeindefschulen führte zu einer langen Auseinandersetzung unserer Genossen mit den Bürgerlichen. Bewilligt wurden schließlich 3 Lehrer und 3 Lehrerinnen per Oftern 1908, während die weitere Forderung 1 Rektor, 6 Lehrer, 1 Lehrerin für Michaelis 1908 verlagert wurde. Genosse Düweli brachte hierbei die Zugabewirtschaft einiger Schulbuchhandlungen zur Sprache und verlangte Abhilfe. In der Debatte sprachen unsere Genossen auch wieder unsere prinzipielle Forderung auf Herabgabe der Vermittel auf Gemeindeflossen und kündigten einen darauf bezüglichen Antrag für die Stadtberatung an. — Die Frage, in welcher Höhe die Anhaltische Maschinenfabrik die verwickelte Konventionalschraube wegen nicht rechtzeitiger Fertigstellung übernommen arbeiten — nicht leisten soll, beschloß die Majorität, in „geheimer Sitzung“ zu beraten.

Rigdorf.

Das verhängnisvolle Kaspertheater. Am Donnerstagnabend ereignete sich ein schweres Unglück. Die Firma Louis Seidler, Vergstraße 42 (Buchhandlung und Galanteriewarengeschäft), hatte in einem Schaufenster ein Kaspertheater aufgestellt, das die Neugier der Kinder erweckte. Die Kleinen blieben stehen und bald drängten sich Kinder und auch Erwachsene in Massen vor dem Schaufenster. Dabei drängte man so sehr von hinten nach vorwärts, daß die in der ersten

Reihe stehenden Kinder in das Schaufenster förmlich hineingedrückt wurden. Die Scheibe zerbrach und die Kinder stürzten in die Straßen. 12 Kinder erlitten Verletzungen, meistens Schnittwunden. Ein in demselben Hause wohnender Arzt nahm sich sofort der Verletzten an. Der elfjährige Gerte Urban waren beide Arme so zerschneitten, daß das Kind nach Anlegung eines Rotverbandes jämmt ins städtische Krankenhaus gebracht werden mußte. Schwere Schnittwunden am Kopf erlitten drei andere Kinder. Die übrigen waren leicht verletzt. Eine kolossale Menschenmenge füllte bald die Straße an und der Wagenverkehr begann zu stocken. Das Unglücksfenster wurde sofort mit Brettern vermauert. Es liegt, namentlich bei dem jeweiligen Verkehr, sicherlich nicht nur im Interesse der Passanten, sondern auch der Geschäftsinhaber, wenn die großen Schaufenster mit einer Schutzvorrichtung versehen werden.

Niedererschlagen und seiner Barschaft beraubt wurde in der gestrigen Nacht der Arbeiter Karl Gründel aus der Richardstraße 75/77. G. hatte mit einigen Bekannten ein Restaurant in der Richardstraße aufgesucht. In dem Lokal hielten sich auch der 26-jährige Schlächtergeselle Ernst Breuer und der 23-jährige Kutcher Julius Zimmer auf. Die beiden sind bei dem Schlächtermeister H. in der Herrbergstr. 31 angestellt. Die jungen Leute hatten beobachtet, wie Gründel in dem Restaurant ein Zwanzigmarkstück wechselte. G. suchte später noch mit seinen Freunden ein Lokal in der Rosenstraße auf, wohin ihm die beiden folgten. Sie verließen dann auch mit ihm wieder dieses Restaurant. Als G. nach der Vergstraße zu ging, trat Breuer, ein vordeltrafter Mensch, auf ihn zu und entriß ihm eine Tasche aus der Jodetafel. Von G. über sein Vorgehen zur Rede gestellt, fiel er über ihn her. Am laut und schreiend schlugen sie ihr Opfer nieder und raubten ihm die Taschenaus. Die beiden Durstigen machten sich dann schleunigst aus dem Staube. Die Kriminalpolizei ermittelte bald darauf die beiden Täter und nahm sie in Haft.

Adlershof.

In der gutbesuchten Mitgliederversammlung des Wahlvereins erlaubte Genosse Gramenz Bericht vom preussischen Parteitag. Genosse Vigner ergänzte die Ausführungen des Referenten und geistelte Ideal die Zusammenlegung des preussischen Landtages. Genosse Gortlich gab der Meinung Ausdruck, daß die Partei mehr Agitation gegen das Dreiklassenwahlrecht entfalten und für mehr Auflösung unter den Staatsarbeitern sorgen müßte. Genosse Gramenz erklärte, daß der Parteivorstand zu gegebener Zeit die nötigen Maßnahmen hierzu ergreifen wird. Ein Antrag des Vorstandes, gegen den Genossen Bessermund das Ausschlussverfahren einzuleiten, da derselbe sich des Vogelturms schuldig gemacht hat, wurde gegen 3 Stimmen angenommen. Genosse Meil teilte mit, daß sich zum Austritt aus der Landeskirche 78 Personen gemeldet haben, davon 40 Frauen, und ersuchte die Genossen, auf das Inserat acht zu geben, welches kurz vor Weihnachten im „Vorwärts“ erscheint. Genosse Steurer machte die Genossen auf den anliegenden Prospekt über Jugendbarikaden und Weihnachtsprämien aufmerksam und ersuchte, hierüber recht regen Gebrauch zu machen. Genosse Bartels sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Wochenschrift über den Liebesrechtprozeß zu teuer und daher keine Massenbrochure sei. Neu aufgenommen wurden 6 Genossen.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die Stadtverordneten-Versammlung wählte in den Steuer-ausschuss die Stadtverordneten Göge, Grunert, Nibbed und Vinge, außerdem die Bürger Jod jun., Drechholz, Birking und Mertens. Bevor zum Verkauf des Strahlenlandes in der Feldstraße geschritten wird, soll der Magistrat erlaubt werden, mit den angrenzenden Besitzern Rücksprache zu nehmen, zu welchem Preise sie den zur Straße nötigen Boden abtreten wollen. Für die freiwillige Feuerwehr wurden 527 Mark zu 17 neuen Dienstanzügen bewilligt. Die Kreis-schulverwaltung hat 1000 Mark als Beihilfe zur Entwässerung des Müllerspalt durch Tonrohrlage bewilligt. Genosse Treubstung an, wie es komme, daß die Quittungen für Unterbringung und Verpflegung Jüngerer verschiedener lauten, nämlich auf 10 und 30 Pfennig. Man möge doch, wenn man etwas bewilligt, zum mindesten 30 Pfennig pro Person ausgeben. Hierauf fand eine geheime Sitzung statt.

Weißensee.

Ein schwerer Ueberfall auf ein junges Mädchen ist vorgestern in der Lehderstraße verübt worden. Vor dem Grundstück Lehderstraße 62 wurde die Schülerin Anna A., die Tochter eines Kaufmanns aus der Nachbarschaft, von einem unbekanntem jungen Manne hinterrücks überfallen und niedergeschlagen. Als jetzt der Attentäter über sein Opfer herzutreten wollte, erschien der Verwalter des anliegenden Grundstückes am Lator, worauf der gefährliche Vorkauf die Flucht ergriff. Das Mädchen hatte bei dem Ueberfall an mehreren Stellen erhebliche Hautabschürfungen erlitten. Die Verfolgung des Hebeljägers blieb leider erfolglos.

Radebrunn.

Wie kommt die Landbevölkerung zu ihrem Recht? lautete das Thema, über welches Genosse Störmer in einer von Landarbeitern gut besuchten Versammlung referierte. Redner verlangte es in markanter Weise den Aufweisenden die Leidensgeschichte des ländlichen Proletariats vor Augen zu führen, dabei betonend, daß ihnen nur der Sozialismus Hilfe bringen könne, um sie aus ihrer elenden Lage zu befreien. Am Schluß seines Referats forderte er die Versammelten auf, sich der sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Die Versammlung war bereits zum 24. November einberufen, wurde aber von der hiesigen Polizeibehörde mit der Motivierung verboten, daß an Tagen, wo man seiner Toten gedenkt (Totensonntag) keine Versammlungen stattfinden dürfen.

Spandau.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Vor dem Eintritt in die Beratung der Tagesordnung, die wieder sehr umfangreich ist, nimmt Stadtv. Genosse Schmidt I das Wort zu folgender Erklärung: Nach übereinstimmenden Zeitungsnachrichten hat in der letzten Sitzung der Stadtv. Schmidt II bei meinen Ausführungen über die Stadtverordnetenwahlen im 3. Bezirk das Wort geschrien und mich geschrien. Ein solcher Ton ist bisher hier nicht üblich gewesen. Wenn der Zwischenruf von anderer Seite gekommen wäre, so würde ich schärfer darauf antworten. Bei dem Stadtverordneten Schmidt II muß ich diese Ausdrucksweise auf parlamentarische Impunität zurückführen. Ich überlasse es daher den Kollegen, über denartigen parlamentarischen Anstand ihr Urteil zu fällen. Stadtv. ordneten-Vorsteher Schöder erklärt, daß er den Zwischenruf nicht gehört habe. Auch als der Genosse Piesch im Anschluß an die Erklärungen des Genossen Schmidt I noch ausführte, daß die Arbeiter der lgl. Institute zu den Wahlen abkommandiert wurden und daß Magistratsbeamte, die von dem Gelde der Steuerzahler bezahlt werden, beurlaubt worden sind, um die Listen des Verbandes mit dem langen Namen zu fügen, rufte der Stadtverordnete und Verleger des „Spandauer Tagebl.“ Schob ganz laut dreimal hintereinander: „Schwindel“. Auch dies scheint der Vorsteher merkwürdigerweise nicht gehört zu haben, obgleich es laut im ganzen Saal schallte. Er rügte diesen Zwischenruf ebenfalls nicht und so sah sich der Genosse Piesch zur Selbsthilfe genötigt, indem er den lauten Zwischenruf ganz gehörig abfuhrte. Recht lendenlos waren die Entgegnungen des Stadtv. Schmidt II und des Stadtv. und Obermeisters der Geschäftsbücherei Hannemann. Die Debatte über diese Angelegenheit wurde durch Annahme eines Schlußantrages erledigt. — An Stelle des verstorbenen Stadtrats Vinde wird der Stadtv. Adler zum unbefohlenen Stadtrat gewählt. — Die Versammlung erklärte sodann gemäß § 10 Absatz 1. Ziffer 2 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 die Wahlen von 13 neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten für gültig. Merk-würdigerweise fehlte hierbei der Name des gewählten Genossen Pieper. Vielleicht kommt er noch. — Der Regierungspräsident hat die Genehmigung nicht erteilt, daß die Regenwässer der noch zu erbauenden Heeresstraße in den Grinnithsee geleitet werden und

beantragt der Magistrat, daß die Stadtverordneten-Versammlung die Genehmigung zur Einführung in die Schanze Lante erteile, wodurch allerdings 60 000 M. Mehrkosten erwachsen. Nach vielen Hin- und Herreden bequemt sich die Versammlung doch dazu und genehmigte die Vorlage. — Der Magistrat hat eine Vorlage zur Einführung der Schankkonzessionssteuer eingebracht. Nach diesem Entwurf beträgt die Steuer, wenn die Erlaubnis zur Errichtung einer neuen Wirtschaft (oder eines neuen Kleinhandels) erteilt ist und Gewerbetreibender

- a) wegen geringen Ertrages und Kapitals von der Gewerbesteuer frei ist: 100 M.;
- b) in der 4. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: 200 M.;
- c) in der 3. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: 300 M.;
- d) in der 2. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: 600 M.;
- e) in der 1. Gewerbesteuerklasse veranlagt ist: 900 M.

Im Falle der Uebernahme einer schon bestehenden Wirtschaft oder Kleinhandels soll die Steuer die Hälfte vorstehender Sätze betragen und so weiter. Der Referent, Stadtv. Justizrat Dr. Baumert, der auch der Vorsitzende der hiesigen Mittelstandsbevægung ist, empfiehlt die Vorlage. Der Stadtv. und Restaurateur Mathias blickt dem Mittelstandretter Baumert in scharfen Worten seine Mittelstandretterei durch Empfehlung dieser Vorlage vor. Man streift sich längere Zeit über diese Vorlage hin und her und schimpfte weidlich auf die Arbeiter der Staatsbetriebe, welche die Restauration als Nebengeschäft betreiben. Auch der Restaurateur und Stadtv. Mathias, der früher auch Arbeiter in den Staatswerkstätten war, schimpfte weidlich mit und wünschte die Befestigung dieser Nebengeschäftlichen Restaurateure. Dem Genossen Schmidt I blieb es vorbehalten, allen diesen Spiegelschneidern, die bei anderen Gelegenheiten die Staatsarbeiter über den grünen Aker loben, sobald sie sie als Stimmvieh gebrauchten, der Wahrheit zu geigen. Dem Stadtv. Mathias hielten wohl, indem er nur Großbetriebe züchtete, die Kleinbetriebe aber vernichten wollte. Was die Staatsarbeiter bezifferte, welche nebenbei auch Restaurationen betrieben, so bemerkte er dazu, daß die Leute dies doch wohl nicht aus Vergnügen täten, sondern um sich eine menschenwürdige Existenz zu schaffen, wozu die so sehr hervorgehobenen guten Löhne der Staatsarbeiter doch wohl noch nicht ganz ausreichten. Man solle doch endlich einmal aufhören mit solchem Kleinraun von Steuern und dafür andere Vor schläge, die der Stadt mehr einbrächten, wie z. B. die Verzinsungssteuer. Nach stundenlangem Debatten wurde die Magistratsvorlage fast einstimmig abgelehnt. — Große Kopfschmerzen macht den städtischen Körperbehörden die Beschaffung von Geldmitteln. Die großen städtischen Unternehmungen, für welche insgesamt Anleihen von circa 30 Millionen Mark erforderlich sind, sind zum Teil in Angriff genommen, während die Anleihen wegen des schlechten Geldmarktes schwer zu erhalten sind. Die Stadtkasse muß in nächster Zeit viel Zahlungen leisten, hat aber kein Geld dazu. Der Magistrat hat deshalb den Antrag eingebracht, auf Konto dieser Gesamtanleihen vorläufig 1 Million Mark aufzunehmen und zwar von dem Bankgeschäft von Jansenber zu Halle a. S., das diese Summe hergeben will zu 4 1/2 Proz. und 1/2 Proz. Abschlußprovision. Abgelehnt stimmt die Versammlung der Vorlage zu. — Auch bei der städtischen Sparkasse zeigt sich, daß der Aufwand größer wird, denn die Einzahlungen sind gegen das Vorjahr ganz erheblich zurückgegangen. Man hat die Vorlage eingebracht, die Zinsen für Spareinlagen vom 1. Januar 1908 ab nicht mehr monatlich wie bisher, sondern an jedem 1. und 15. zu zahlen. Die Vorlage wird genehmigt. Die auf der Tagesordnung stehenden

Potsdam.

Uebel bekommen ist es einem jungen Mann vor einigen Tagen, als er den Übungen einer Kompanie vom Jägerbataillon zuschaute. Er hatte sich zu nahe herangekugelt und wurde von den marschierenden Mannschaften über den Hauken gerammt. Als er sich beschwerde über den Unzustand wandte, soll ihm derselbe, wohl weil er die vorchriftsmäßige Haltung vermissen ließ, ein paar Ohrfeigen gegeben haben. Aber noch nicht genug damit, er bekam sogar noch einige Tische mit dem Degen. Ein diesen Vorgang beobachtender Postant hat gegen den lächerlichen Unzustand Beschwerde beim Kommandeur des Jägerbataillons geführt; die Untersuchung des Vorfalles ist ihm in Aussicht gestellt worden. Öffentlich wird dem Herrn Unzustand mitgeteilt, daß er Privatpersonen zu ohrfeigen und mit seinem Degen zu schlagen kein Recht hat.

Verfassungen.

Zentralverband der Maurer. In der am Donnerstag abgehaltenen Generalversammlung des Zweigvereins Berlin erstattete der Vorsitzende H. H. den Geschäftsbericht für das 3. Quartal. Er nahm zunächst Bezug auf die am 26. November vorgenommene Wahlenkontrolle. Es wurden festgestellt 1220 Arbeitsstellen, auf denen beschäftigt waren 1027 Poliere, 5503 Maurer, 1306 Lehrlinge. Auf 62 Bauten arbeiteten 1071 Maurer in Afford, auf 19 Bauten wurde gleichzeitig in Lohn und Afford gearbeitet, und zwar waren 250 Maurer in Afford und 197 in Lohn beschäftigt, im ganzen sind also 1324 Affordmaurer festgelegt worden. Die Erhebung über die Lohnhöhe hat ergeben, daß die Löhne nicht mehr die Stabilität aufweisen, die sie unter dem Vertragsverhältnis hatten. Auf den kontrollierten Bauten wurden gezahlt: an 3970 Maurer 75 Pf., an 69 Maurer 78 Pf., an 2392 Maurer 80 Pf., an 292 Maurer 85 Pf., an 12 Maurer 90 Pf., an 2 Maurer 100 Pf. pro Stunde. Der Redner verglich die Zahl der Bauten und der Beschäftigten mit den entsprechenden Zahlen vom 14. Mai 1907 und vom 30. Oktober 1906, woraus hervorgeht, daß die Arbeitsgelegenheit seitdem zurückgegangen ist. Jedoch ist, wie der Redner ausführte, die Arbeitslosigkeit bei weitem nicht so groß und die Lage nicht so ungünstig, wie es in den Kreisen der Kollegen oft angenommen wird. Im allgemeinen gleicht die gegenwärtige Situation derjenigen des Jahres 1902. Zur Aufbesserung ist durch-aus kein Grund vorhanden. Vor allem ist es jetzt notwendig, daß die Kollegen nicht nur an der Organisation festhalten, sondern für die Stärkung und den weiteren Ausbau derselben sorgen, damit die erregene Position gehalten und befestigt und auf dem Erreichten weitergebaut werden kann. Der Redner sagte ferner, es gehe ein Gerücht um, daß die Unternehmer beabsichtigen, einen geringeren Stundenlohn als 75 Pf. zu zahlen. Derartige Versuche sollten mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Niemand solle sich Lohnabgabe gefallen lassen. Eine große Baufirma hat ihren Polieren einen Lohnabzug von 10 M. wöchentlich angekündigt. Man sehe daran, daß auch die Poliere, welche sich als Stützen der Unternehmer betätigen, keine Rücksicht seitens der Unternehmer zu erwarten haben. Den Affordmaurern werde ebenfalls der geforderte Lohn gezahlt. Also auch diese Wandreißer des Unternehmertums erhielten so den Dank für ihre Streitschlichterdienste.

Den Kassenbericht für das 3. Quartal erstattete der Kassierer Bartenberg. In den Poststellen und Sektionen betrug die Einnahme 175 871,82 M., die Ausgabe 20 074 M. Im Zweigverein war die Einnahme 574 300,19 M., die Ausgabe 447 341,48 M. Der Bestand im Zweigverein einschließlich der Zahlstellen und Sektionen betrug 276 855,63 M. Am Schluß des Quartals hatte der Zweigverein 11 049 Mitglieder, und zwar 7306 Maurer, 2200 Poliere, 2383 Gips- und Zementarbeiter. — Die Gesamtabrechnung von der Lohnbewegung, die gesondert von der Quartalsabrechnung gegeben wurde, zeigt folgende Hauptzahlen: Ausgegeben sind im ganzen 1 014 248,97 M. An Unterzahlungen wurden gezahlt 784 838 M. an Verheiratete, 122 471 M. an Ledige, 5685 M. an mitbestehende Poliere, 50 871 M. Niets-zufuhr. Ferner wurden ausgegeben 12 400 M. Fahrgehalt an 2234 Arbeiter, 12 227 M. für Fernhalten des Zugewes, 1442 M. für Fortschaffung von Streichbrechern, 3175 M. Polizeistrafen, 1293 M. Gerichtskosten, 2310 M. Verteidigungskosten. Der Rest der Ausgaben kommt auf eine Reihe kleinerer Posten. Am Streif waren beteiligt 15017 Verheiratete mit 16530 Kindern, 2227 Ledige.

145 Personen erhielten polizeiliche Strafbefehle, manche mehrmals, in Höhe von 3-30 M. In Berlin wurde fast in jedem Falle die Strafe auf 30 M. festgesetzt. In den Vororten machte es die Polizei billiger. Aus Anlaß des Streiks sind 47 Anklagen erhoben, in 37 Fällen erfolgte Verurteilung, in 10 Fällen Freisprechung. Im ganzen wurden durch Gerichtsurteile verhängt: 768 M. Geldstrafen, 3 Jahre 11 Monate 20 Tage Gefängnis.

Nachdem die Geschäftsberichte erledigt waren, erstattete Silber Schmidt Bericht über die Einigungsverhandlungen mit der Freien Vereinigung der Maurer. Die Verhandlungen fanden am 17. November statt. Das Resultat derselben war, daß die an der Verhandlung beteiligten Vertreter beider Organisationen einstimmig eine Reihe von Einigungsbedingungen annahmen, die sich in der Hauptsache mit dem bedien, was die Freie Vereinigung beantragt hatte. Es ist auch vereinbart, daß die beteiligten Zweigvereine des Verbandes vor dem endgültigen Abschluß der Versammlung Stellung nehmen sollen zu den Einigungsbedingungen, damit nicht nach erfolgter Versammlung störende Diskussionen über dieselbe stattfinden. Aus diesem Grunde hat sich die Versammlung mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen. Die hauptsächlichsten Einigungsbedingungen sind folgende: 1. Den Mitgliedern der Freien Vereinigung wird bestätigt, daß nach den Grundsätzen der Verbände sich jedes Mitglied nach seiner Ueberzeugung politisch betätigen kann, auch im Sinne des Programms der Freien Vereinigung, einschließlich des Rassen- und Generalstreiks. Aus dieser Betätigung kann ein Grund zum Ausschluss aus dem Verbande nicht hergeleitet werden. 2. Der Vorstand des Zentralverbandes verpflichtet sich, dem nächsten Verbandstage einen Antrag auf Vereinfachung des Besetzungsrechtes zu unterbreiten und für die Annahme des Antrages zu wirken. Die Punkte 3, 4 und 5 befragen, daß den Mitgliedern der Freien Vereinigung ihre ununterbrochene Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaft angedehnt und die Unterführungen danach bemessen werden. 6. Nach erfolgtem Zusammenschluß hat eine Neuwahl der Zweigvereinsleitung stattzufinden. Die Zusammensetzung derselben erfolgt erstmalig aus Vertretern beider Organisationen im Verhältnis zur Mitgliederzahl. 7. In Orten, wo nur die Freie Vereinigung domiziliert, kann sich die Vereinsleitung im Einverständnis mit den Mitgliedern ohne weiteres als Zweigvereinsvorstand konstituieren. Ist der Ort im Verbandsgebiet einem Zweigvereinsgebiet zugeteilt, so fungiert der Ortsverein als Zahlstelle des betreffenden Zweigvereins. Die Punkte 8 bis 12 enthalten rein formale Bedingungen. Unter anderem wird darin festgesetzt, daß, wenn die Einigung endgültig beschlossene ist, der Uebertritt zum Verband am 1. März 1908 erfolgt. — Silber Schmidt begründete die Einigungsbedingungen und sagte, dem Punkt 1 habe der Verband ohne weiteres zustimmen können, denn im Verbandsgebiet habe stets der Grundsatz gegolten, daß jeder sich seiner politischen Ueberzeugung gemäß betätigen könne. Wenn dies den Mitgliedern der Freien Vereinigung ihrem Wunsche gemäß ausdrücklich bestätigt wurde, so habe der Verband damit seinen neuen Grundsatz aufgestellt. Punkt 2, das Besetzungsrecht betreffend, habe schon deshalb bewilligt werden können, weil sich im Laufe der 17 Jahre, wo es besteht, herausgestellt habe, daß es heute nicht mehr notwendig sei. Nachdem der Redner auch die anderen

Punkte erläutert hatte, sagte er, die Verhandlungen hätten gezeigt, daß auf beiden Seiten der eheliche Wille der Einigung vorhanden war, und deshalb sei es ohne Bitterkeit und Zwist zu den vorliegenden Vereinbarungen gekommen. Die Versammlung werde sich von der Zweckmäßigkeit der Bedingungen überzeugen und denselben zustimmen, denn es könne nur mit Freuden begrüßt werden, daß politisch gleichgestimmte Kollegen nicht mehr in verschiedenen Organisationen zerstückelt sind. Es gelte jetzt, mit den Kollegen von der Freien Vereinigung in Zukunft den großen Kampf für die Interessen der Arbeiter zu führen in voller Eintracht, als ob und nie etwas getrennt hätte.

Ohne Diskussion nahm die Versammlung einstimmig die Einigungsbedingungen an.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann. SW. Alexandrinenstr. 25. Geöffnet täglich von 9^{1/2}-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 615 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 8^{1/2} Uhr, im Rathhaus (Saal 109): Versammlung mit freireligiöser Vortragsleitung. — Vormittags 10^{1/2} Uhr in der Schulaula, Al. Frankfurterstr. 106: Vortrag von Herrn Dr. Bruno Wille: „Die Bergpredigt“. Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (C. H. W. Hamburg.) Halle Berlin 5. Mitgliederversammlung am Sonntag, den 14. d. M., abends 8^{1/2} Uhr, im Restaurant Heufelder, Dragonerstr. 15.

Vermischtes.

Gerettete Schiffbrüchige. Nach einer Meldung aus Coestemünde landete der hiesige Fischdampfer „Oldenburg“ 10 Mann der Besatzung der in der Nordsee gesunkenen schwedischen Bark „Diana“.

Die Pulverexplosion. Bei der gestern bereits gemeldeten Explosion der Kinol-Pulverfabrik bei Barnesley wurde, Londoner Meldung zufolge, auch der Fabrikdirektor am Kopfe schwer verletzt. Sein Zustand ist hoffnungslos. Die beiden getöteten Arbeiter wurden durch die Gewalt der Explosion 300 Meter weit geschleudert, wo sie, zur Unkenntlichkeit entsetzt, niedersanken. Auch mehrere Pferde sind getötet worden. Die Fabrik ist völlig zerstört.

Eisenbahnräuber. Blätter melden aus Madrid, daß auf der Station Grao bei Valencia ein Güterzug von vier Waggons angegriffen wurde, die die Bediensteten des Zuges mit Revolvern bedrohten und eine Kasse mit 12000 Pesetas entwendeten.

Beim Eislauf eingebrochen. Auf dem Schloßteiche in Trebitz sind, wie aus Berlin berichtet wird, acht Gymnasten beim Eislauf eingebrochen, zwei sind ertrunken.

Eine Falschmünzwerkstatt. Aus Pommern wird berichtet: Die hiesige Polizei beschlagnahmte eine Falschmünzwerkstatt, der Leiter namens Stuius wurde verhaftet. Eine halbe Million Kronen Falschmünzen sollen in Umlauf gebracht worden sein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 8, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, Fahrstuhl, wochentäglich von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Dankzettel und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. S., Paris. Ihre Anfrage ist im heutigen Unterhaltungsblatt behandelt.

— **N. T. 1.** Die Unterlassung der Vorsicht, daß ein eingeschriebener Brief vorliegen muß, wäre unerheblich. 2. Nein. 3. Nein. 4. Der Antrag kann an die Steuerdeputation gerichtet werden. 5. und 6. Alle Briefe Answerte sind zulässig. 7. Ja. — **C. G. 400.** Ja. — **C. 23.** Sie müßten die Miete aufbewahren. Rummelt sind Sie nicht zum Hinbringen der Miete, sondern der Miet ist zur Abholung verpflichtet. — **L. 2. 87.** Nein.

— **N. 23. 1871.** Das wäre unzulässig; es muß der volle Name und Vorname des Geschäftsinhabers angebracht werden. — **N. 21. 75.** 1. Die amtlichen Auskunftsstellen auf den Bahnhöfen geben Ihnen zuverlässige Auskunft über die Reiseverbindungen und den Preis derselben. 2. Nein.

— **N. 2. 1001.** Die Militärpapiere, die Geburtsurkunden und der Ausweis der Frau, daß ihre bayerische Gemeinde einwilligt, sind erforderlich. — **N. 2. 100.** Nein. — **N. 2. 50.** 1. In die Steuerdeputation (Magistrat). 2. Nein. — **N. 2. 1.** Sie treten von dem Eintritt in die Kasse ab. 2. Die Polizei hat recht. — **Stammlichweise.** Beide Fragen sind zu bejahen. — **S. 2. 105.** 1. Sie können bei dem Bezirkskommando den Antrag stellen, Sie für dienstunfähig zu erklären. 2. Nein. — **N. 2. 33.** Sie haben nicht das Recht, einen einbehaltenen Ueberzieher zu verkaufen, sondern müssen Ihre Forderung eintragen und dann die Pfändung vornehmen. — **N. 36.** 1. Ja. 2. Nein. 3. Das hängt von der Länge der Dienzeit ab. — **N. 2. 12.** Wenden Sie sich an Genossen Gledel, Schützenstraße 17, 3 Tr. — **N. 2. 67.** Klagen Sie freiwillig gegen den Arzt auf Anhebung des Vertrages und auf Schadenersatz; reichen Sie mit der Klage ein Attest eines Arztes oder Baumeisters über die Gesundheitsgefährlichkeit der Wohnung ein und beantragen Sie mit Rücksicht auf das Alter einen neuen Termin anzuberaumen. Zuständig ist das Amtsgericht. — **Hugh. 1.** Nein. 2. Das ist möglich. 3. Nein, aber Hoffmann erhält eine Schuldenlössungsstrafe. — **N. 2. 21.** Leider nein. — **C. 2. 17.** 1. Die Gerichtshof hat für die erforderliche Verpflegung und ärztliche Behandlung bis zur Dauer von sechs Wochen zu sorgen. 2. Erst wenn 26 Wochen hindurch ununterbrochen Erwerbsunfähigkeit vorliegt, wird die sogenannte Krankenrente von der Versicherungsanstalt gezahlt. 3. und 5. Nein. 4. Ein dahn gerichteter Antrag kann an die Versicherungsanstalt gerichtet werden. — **C. 2. 89.** Nein.

— **N. 2. 57.** Der Schwiegersohn ist zur Zahlung nicht verpflichtet. — **N. 2. 99.** Ja. — **C. 2. 67.** 1. und 2. Ja. 3. In jeder Sache; bestimmte Bücher empfehlen wir grundsätzlich nicht. — **N. 2. 20.** Es kommt nicht darauf an, wie viel Sie tatsächlich verdienen, sondern wie die Erwerbsfähigkeit ist. Keineswegs ist jemandem, der eine Rente bezieht, verboten, soviel zu verdienen wie er kann. — **S. 39.** 1. Nein. 2. Durch 1. erledigt. 3. Nein. 4. Ja. 5. Mit dem vollendeten 24. Jahr. 6. Nein.

— **N. 2. 62.** 1. Die Schuld müßte ihr bewiesen werden. 2. Die Annahme eines Verteidigers wäre zweckmäßig. — **N. 11.** 1. Nein. 2. Ja. — **N. 174.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. 2. 10.** Der Chef ist zu dem Abzug keineswegs berechtigt. Sie können Ihren vollen Lohn eintragen. — **Waste 1.** Ein Strafantrag an die Staatsanwaltschaft ist zulässig. — **Nr. 20. Lindstr. 3.** Unsere Auskunft war zutreffend. — **N. 2. 70.** Den Antrag auf Festsetzung der Kosten behufs Vertheidigung vom Gegner ist an das Gericht zu richten. — **N. 2. 3. Abend.** Weider stehen den Betroffenen keine Rechte zu. Der Unfall war kein unter das Unfallversicherungsgezet zu rechender Betriebsunfall. Es hat für die Folgen derselben ein Dritter nicht aufzukommen. — **N. 2. 1000.** Nein.

Adressbuch

für

 Berlin und seine Vororte
 1908

ist erschienen

und wird in der Haupt-Expedition des „Berliner Lokal-Anzeigers“, SW. Zimmerstraße 37-41, zu den bekanntgemachten Preisen ausgegeben.

August Scherl.

Heyn & Goldschmidt

Ecke Pappel-Allee 1-2 Danziger Straße 98 Ecke Pappel-Allee 1-2

Verkauf zu sehr billigen Preisen.

Oberhemden • Serviteurs
 :: Kragen u. Manschetten ::
 :: Handschuhe ::
 Knaben • Garnituren

Damen- u. Kinderschürzen
 :: Knaben-Anzüge ::
 :: Mädchen-Kleider ::
 Knaben- u. Mädchen-Mäntel
 :: Pelzwaren ::

